



Plenarprotokoll

36. Sitzung

Mittwoch, 25. September 2013

Nachruf auf den ehemaligen Landtagsabgeordneten Bernd Schröder..

2889

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/942

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014).....

2890

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/941

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung.....

2891

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1155

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014....

2890

- d) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“.....** 2891
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1156
- Beschluss: 1. Überweisung der Gesetzentwürfe Drucksachen 18/941, 18/942, 18/1155, 18/1156 und 18/1157 an den Finanzausschuss und alle weiteren Ausschüsse des Landtags
2. Überweisung des Berichts Drucksache 18/1106 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung..... 2936
- e) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen.....** 2891
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1157
- Gemeinsame Beratung**
- a) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein.....** 2936
- Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1142 (neu)
- b) Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern.....** 2936
- Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1145
- c) Asylrecht weiterentwickeln - Teilhabe und Chancen verbessern - Ressentiments bekämpfen** 2936
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/598
- Asylrecht weiterentwickeln: Teilhabe verbessern, Ressentiments bekämpfen und Menschenrechtsbeschränkungen aufheben!.....** 2936
- Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/656
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/669
- f) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2013 bis 2017 Finanzplanfortschreibung 2018 bis 2023 Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gemäß Artikel 59 a Landesverfassung.....** 2891
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1106
- Monika Heinold, Finanzministerin 2891
Johannes Callsen [CDU]..... 2894, 2933
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 2900, 2934
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 2906
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 2909, 2933
Torge Schmidt [PIRATEN]..... 2916, 2918, 2919
Lars Harms [SSW]..... 2923
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 2927
Tobias Koch [CDU]..... 2930
Torsten Albig, Ministerpräsident... 2931
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 2934
Rainer Wiegard [CDU]..... 2935

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/1162		Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 18/1135	
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	2937	b) Berichts Antrag - Herausforde- rungen der Sparkassen.....	2956
Astrid Damerow [CDU].....	2937	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1126	
Serpil Midyatli [SPD].....	2938	Andreas Breitner, Innenminister....	2956
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2939	Wolfgang Kubicki [FDP].....	2958
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2941	Tobias Koch [CDU].....	2959
Angelika Beer [PIRATEN].....	2942	Thomas Rother [SPD].....	2960
Lars Harms [SSW].....	2943	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2961
Andreas Breitner, Innenminister....	2945	Torge Schmidt [PIRATEN].....	2962
Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 18/1145 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozi- alausschuss		Lars Harms [SSW].....	2963
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/1142 (neu)		Beschluss: 1. Überweisung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/1135 an den Innen- und Rechtsaus- schuss	
3. Annahme der Be- schlussempfehlung Drucksache 18/1162.....	2947	2. Annahme des Antrags Drucksache 18/1126.....	2964
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spiel- bankgesetzes des Landes Schles- wig-Holstein (SpielbG SH)	2947	Gemeinsame Beratung	
Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU Drucksache 18/1125		a) Keine reformpädagogischen Ex- perimente an unseren Schulen...	2964
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2947	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1128	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2949	b) Keine Experimente bei Schrift- spracherwerb und Rechtschrei- bung an den Grundschulen Schleswig-Holsteins.....	2964
Peter Eichstädt [SPD].....	2950	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1149	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2952	Rechtschreibung an Grund- schulen.....	2964
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2953	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1189 (neu)	
Lars Harms [SSW].....	2954	Wissenschaftliche und schul- praktische Aufarbeitung der Methode „Lesen durch Schrei- ben“.....	2964
Andreas Breitner, Innenminister....	2955		
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Sozial- ausschuss und den Finanzaus- schuss.....	2956		
Gemeinsame Beratung			
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes.....	2956		

Änderungsantrag der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 18/1191

* * * *

Heike Franzen [CDU]..... 2965, 2973
Anita Klahn [FDP]..... 2966
Martin Habersaat [SPD]..... 2967, 2974
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]..... 2969, 2973
Sven Krumbeck [PIRATEN]..... 2970
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 2971
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 2972
Dr. Waltraud Wende, Ministerin
für Bildung und Wissenschaft.. 2975

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

Beschluss: 1. Änderungsantrag
Drucksache 18/1191 durch die
Mitantragstellung zum Ände-
rungsantrag Drucksache 18/1189
(neu) erledigt
2. Überweisung der An-
träge Drucksachen 18/1128 und
18/1149 sowie des Änderungsan-
trags Drucksache 18/1189 (neu)
als selbstständigen Antrag an den
Bildungsausschuss..... 2976

**Tätigkeit des Petitionsausschusses
in der Zeit vom 1. April 2013 bis
30. Juni 2013**..... 2976

* * * *

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 18/1121

Uli König [PIRATEN], Berichter-
statter..... 2976

Beschluss: Kenntnisnahme des Be-
richts Drucksache 18/1121 und
Bestätigung der Erledigung der
Petitionen..... 2977

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist Herr Abgeordneter Peter Lehnert. - Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus gute Genesung!

(Beifall)

Von der Landesregierung ist wegen wichtiger dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene Minister Reinhard Meyer beurlaubt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben!

(Die Abgeordneten erheben sich)

Zu Beginn dieser Tagung habe ich die traurige Pflicht, an unseren geschätzten Kollegen, den ehemaligen Landtagsabgeordneten Bernd Schröder zu erinnern, der nach langer schwerer Krankheit in der Nacht von Montag zu Dienstag verstorben ist. Geboren am 15. Mai 1950 in Kiel trat Bernd Schröder zunächst als Soldat auf Zeit in die Bundeswehr ein. Nach Erwerb der Fachhochschulreife und einem Studium der Verwaltungswissenschaft, das er als Diplom-Verwaltungswirt abschloss, wurde er Kommunalbeamter. Mit Fug und Recht kann man über Bernd Schröder sagen: Das Dienen, der uneigennützig Einsatz für seine Mitmenschen, war die Kraft, die ihn antrieb. Deshalb begriff er es früh als seine ganz persönliche Verantwortung, sich über sein berufliches Engagement hinaus für unsere Gesellschaft einzubringen und die Zukunft zu gestalten.

Seine politische Heimat fand Bernd Schröder in der SPD, für die er über viele Jahre hinweg zunächst in der Kommunalpolitik aktiv war, und zwar als erster Stadtrat von 1990 bis 1996 und bis 2003 als Mitglied der Ratsversammlung und des Magistrats der Stadt Pinneberg, ausgezeichnet mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille. Das sind die wichtigsten Stationen. Von 1996 bis zum Ende der 17. Wahlperiode im Juni 2012 gehörte Bernd Schröder dann dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. Hier brachte er sich unter anderem in die Arbeit des Europaausschusses sowie im Innen- und Rechtsausschuss ein.

Bestimmt wurde die politische Vita Bernd Schröders jedoch durch die Wirtschafts- und Verkehrspolitik: Ganz gleich ob als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, als langjähriges Mitglied des Wirtschaftsausschusses und zuletzt als dessen

Vorsitzender; Bernd Schröder hat immer wieder Maßstäbe gesetzt. Er war ein unermüdlicher Kümmerer, ein profilierter Landespolitiker, der Dinge in Bewegung brachte. Er war jemand, der nicht nur das Problem beschrieb, sondern nach Lösungen suchte und diese auch fand.

Er sei ein eher konservativer Wirtschaftspolitiker, so hat sich der Sozialdemokrat Bernd Schröder einmal selbst eingeordnet. Damit umschrieb er - sicher ungewollt -, was ihn vor allem auszeichnete: Bernd Schröder war ein Brückenbauer. Er war jemand, der in der Sache hart streiten konnte, der klare Vorstellungen hatte und diese auch deutlich zum Ausdruck brachte. Er war aber kein Dogmatiker, sondern ein durch und durch bescheidener, aufrichtiger und pragmatisch handelnder Mensch, der gleichsam im Stillen und auf unterschiedlichsten Ebenen höchst erfolgreiche Arbeit für unser Land leistete: Bei der Umwandlung der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft GeWoGe in eine Genossenschaft, als Initiator des Pinneberger Kindertages oder bei der Errichtung des Servicehafens Helgoland, der heute ein wesentlicher Baustein der Offshore-Strategie Schleswig-Holsteins ist.

Das sind nur wenige Beispiele, die deutlich machen, dass sich Bernd Schröder Verdienste erworben hat, die den Tag überdauern werden. Er genoss den Respekt und das Vertrauen vieler Menschen; über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg.

Meine Damen und Herren, Bernd Schröder hat lange und mit großer Tapferkeit gegen seine Krankheit gekämpft. Auch wenn es ihm oft nicht anzumerken war: Er hatte Schweres durchzustehen, und doch verließen ihn bis zuletzt nie der Mut und sein schier unerschütterlicher Optimismus. Dass sich all sein Hoffen nicht mehr erfüllt hat, das lässt uns alle mit tiefer Trauer zurück. Wir erinnern uns in Dankbarkeit an Bernd Schröder. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen Bernd Schröder inzuhalten. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 5, 6, 10, 14, 15, 27, 29, 32, 35, 40, 41, 43, 44 und 47 ist eine Aussprache nicht geplant.

(Präsident Klaus Schlie)

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 2, 19, 20, 33, 46, 48, 51, 53 und 54.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 4 und 7, Gesetzentwürfe zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs sowie zum Mindestlohn und Antrag zu Lohnuntergrenzen; die Tagesordnungspunkte 8, 9, 16, 17, 18 und 52, Gesetzentwürfe und Bericht zu den Haushaltsberatungen 2014; die Tagesordnungspunkte 13 und 24, Änderung des Sparkassengesetzes und Antrag zu den Herausforderungen der Sparkassen; die Tagesordnungspunkte 21 und 49, Große Anfrage zur Lehrersituation und Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2012/2013; die Tagesordnungspunkte 22, 23, 25, 28 und 39, Anträge zum Autobahnbau, zur Elbquerung, zum Schienenverkehr sowie zum Bundesverkehrswegeplan und zur LKW-Maut; die Tagesordnungspunkte 26 und 38, Schriftspracherwerb und Rechtschreibung an den Grundschulen sowie die Tagesordnungspunkte 31, 34 und 45, Unterbringung und Ausbildung von Flüchtlingen sowie Entwicklung des Asylrechts.

Nach der Verständigung zwischen den Fraktionen wird der Tagesordnungspunkt 30, Planungen der Landesregierung: Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung, mit einer Redezeit von 5 Minuten für jede Fraktion und für die Landesregierung aufgerufen. Der Tagesordnungspunkt wird am Donnerstag vor der Mittagspause aufgerufen.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Ich bitte die Fraktionen um Mitteilung, wann die von der Fraktion der FDP beantragte Aktuelle Stunde aufgerufen werden soll. - Ich glaube, so lautet die Verständigung.

Meine Damen und Herren, der Innen- und Rechtsausschuss hat mit der Drucksache 18/1177 eine Beschlussempfehlung zum Normenkontrollverfahren der Bayerischen Staatsregierung und der Hessischen Landesregierung zum Länderfinanzausgleich mit der Bitte um Beschlussfassung in dieser Tagung vorgelegt.

Ich schlage vor, diesen Punkt als Tagesordnungspunkt 47 a in die Tagesordnung einzureihen und ihn am Freitag ohne Aussprache aufzurufen.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 14. Tagung.

Wir werden heute unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Donnerstag findet eine einstündige Mittagspause von 14 bis 15 Uhr statt. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der Besuchertribüne begrüße ich den Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Norddeutschland, Herrn Bischof Gerhard Ulrich. - Herr Bischof, seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenso begrüße ich den Bischofsvertreter, Herrn Magaard. - Seien Sie uns herzlich willkommen, Herr Magaard!

Herr Bischof, haben Sie auch herzlichen Dank für die ökumenische Andacht, die wir heute Morgen vor Beginn dieser Plenartagung feiern durften. Schwester Maria Magdalena, ich begrüße Sie ebenso herzlich und freue mich, dass wir die Andacht immer in ökumenischer Gemeinsamkeit feiern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich auf der Besuchertribüne - ich hoffe, dass das jetzt richtig ist - Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule aus Wedel. Ist das korrekt? - Das scheint nicht korrekt zu sein. Dann werden wir nachher noch in Erfahrung bringen, wen wir stattdessen auf der Tribüne begrüßen.

(Heiterkeit)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8, 9, 16, 17, 18 und 52 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/941

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/942

(Präsident Klaus Schlie)

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1155](#)

d) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1156](#)

e) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1157](#)

**f) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2013 bis 2017
Finanzplanfortschreibung 2018 bis 2023
Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gemäß Artikel 59 a Landesverfassung**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1106](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann werden wir folgendermaßen verfahren, was die Worterteilung angeht: Zuerst werde ich das Wort der Frau Finanzministerin für die Landesregierung erteilen, danach dem Herrn Oppositionsführer Callsen und dann den Fraktionen nach ihrer Stärke. Zum Schluss hat der Herr Ministerpräsident das Wort.

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundestagswahl ist entschieden. Die Würfel sind gefallen. Was die neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag für unser Land bedeuten, kann heute noch niemand sagen. Aber zwei Dinge stehen bereits fest:

Erstens. Die Landesregierung wird sich wie bisher auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass unser Land von einer künftigen Bundesregierung nicht belastet, sondern entlastet wird.

Zweitens. Es war richtig, unsere Finanzplanung ausschließlich auf der Grundlage der bestehenden Steuergesetze aufzubauen. Damit haben wir unabhängig von der Brautschau der Kanzlerin ein gutes Fundament geschaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir beraten heute den Haushaltsentwurf für 2014 und den Finanzplan 2017 bis 2023. Mein Dank gilt zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und in den anderen Ministerien, die mit großem Engagement das Zahlenwerk aufbereitet und dargestellt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Schleswig-Holstein hat sich 2010 aufgemacht, den **Landeshaushalt bis 2020** wieder in ein **strukturelles Gleichgewicht** zu bringen. 2010 betrug das Haushaltsdefizit des Landes noch unglaubliche 1,1 Milliarden €. Ich muss gestehen, angesichts dieses gewaltigen Defizits hatte ich Zweifel, ob unser Land die Haushaltskonsolidierung aus eigener Kraft schaffen kann. Heute kann ich sagen: Das Zahlenwerk für 2014 ist gut, und die Finanzplanung bis 2023 zeigt, dass wir den Haushalt aus eigener Kraft konsolidieren können. Schleswig-Holstein hat deshalb allen Grund zur Zuversicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Entwurf für 2014 und die Finanzplanung sind ein solides und belastbares Zahlenwerk. Das strukturelle Haushaltsdefizit sinkt im Vergleich zu 2013 um weitere 156 Millionen € auf 612 Millionen €. Ab 2020 werden wir einen strukturellen Haushaltsüberschuss erzielen und in den systematischen Abbau unserer Schulden einsteigen können. Bleibt die Konjunktur gut, wird Schleswig-Holstein bereits 2017 - das wäre dann das erste Mal seit über

(Ministerin Monika Heinold)

50 Jahren - wieder einen Haushaltsüberschuss erzielen. Das, meine Damen und Herren, sind die Zahlen im vierten Jahr der Schuldenbremse, das sind die Fakten im zweiten Haushaltsjahr von Rot-Grün.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Haushalt 2014 und die Finanzplanung machen deutlich: Am Ende des Konsolidierungstunnels wird das Licht langsam sichtbar.

Auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt sieht die Finanzplanung der Landesregierung bis 2020 durchgängig ein großes **Sicherheitspuffer** vor: 60 Millionen nach den Berechnungen der Landesmethode und weit über 400 Millionen € nach der Bundesmethode bis einschließlich 2017. Ab 2021 beträgt der Abstand zur Verfassungsgrenze für die Finanzplanung dann jährlich über 120 Millionen €. Wir bleiben mit unserer Finanzplanung damit nicht nur deutlich unter den Vorgaben, die uns andere setzen, sondern auch noch unter den strengeren Vorgaben, die wir uns in unserer Verfassung selbst gesetzt haben.

Die vorsichtige Haushaltsplanung der Landesregierung trägt auch bereits im laufenden Jahr Früchte. Der **Haushaltsvollzug 2013** liegt nicht nur voll im Plan, sondern dank der guten Konjunktur, niedriger Zinsen und mithilfe der Zensusmittel wird die Neuverschuldung, so die heutige Prognose, am Jahresende geringer ausfallen als ursprünglich veranschlagt.

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, wurde wenn auch nicht zeit-, so aber doch wirkungsgleich, übernommen und im Haushalt sowie in der mittelfristigen Finanzplanung vollständig „verdaut“. Und die niedrigen Zinsen sowie die Zensus-einnahmen ermöglichen es uns, Sondervermögen zu schaffen, um in Verkehrsinfrastruktur, Kita, Schulen und Hochschulen zu investieren. Das sind Fakten, das sind die Zahlen.

Bei der Haushaltsdebatte des vergangenen Jahres haben CDU und FDP noch angezweifelt, dass der Haushalt 2013 die Schuldenobergrenze einhalten wird. Heute zeigt sich, was sich damals bereits angekündigt hat: Die Zweifel sind unbegründet. Die pessimistischen Prophezeiungen bewahrheiten sich nicht. Im Gegenteil: Haushaltsvollzug und Haushaltsplanung machen deutlich: Schleswig-Holstein blickt in eine Zukunft voller Chancen und Möglichkeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist die Botschaft der Zuversicht an die Menschen in unserem Lande. Das ist die Botschaft des Haushaltes 2014 und der Finanzplanung bis 2023.

Die bereinigten **Einnahmen** summieren sich im Haushaltsentwurf 2014 auf über 9,6 Milliarden €, die bereinigten **Ausgaben** auf gut 10 Milliarden €. Die Einnahmen steigen damit um 4,9 %. Die Ausgaben - ohne kommunalen Finanzausgleich - steigen um 1,8 %. Unter Einbeziehung des kommunalen Finanzausgleichs steigen die Ausgaben hingegen um 3,9 %, da wir im Jahr 2014 etwa 225 Millionen € mehr an die Kommunen auszahlen als 2013. Aber selbst unter Einbeziehung dieses außerordentlichen Aufwuchses beim kommunalen Finanzausgleich liegt der Ausgabenaufstieg 2014 einen Prozentpunkt unter dem der Einnahmen. Auch das trägt zur Konsolidierung des Haushalts bei. Nach unserer Finanzplanung sinkt die Nettokreditaufnahme in 2014 auf 377 Millionen €, in 2015 auf 183 Millionen € und in 2016 auf dann nur noch 19 Millionen €. Hält der konjunkturelle Rückenwind an, können wir in 2017 einen Überschuss von 91 Millionen € erzielen.

Meine Damen und Herren, die Verschuldung des Landes und die hohen Zinsausgaben sind nach wie vor besorgniserregend. Der **Schuldenstand** von über 27 Milliarden € ist eine gewaltige Erblast für die heutige und für die zukünftige Generation. Ohne unsere Schulden und die daraus resultierende Zinslast von etwa 960 Millionen € in 2014 würde Schleswig-Holstein bereits heute einen ausgeglichenen Haushalt erwirtschaften. Deshalb führt kein Weg an einem nachhaltigen Konsolidierungskurs vorbei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wer Konsolidieren aber ausschließlich auf den Rotstift reduziert, der macht einen Fehler. Nichts macht das deutlicher, als die vor ein paar Wochen veröffentlichte **Studie von PwC**. Die Studie bezieht sich auf die Zahlen von 2012 und betrifft damit die alte wie die neue Landesregierung. Glaubt man der PwC-Studie, dann haben wir die geringste Studiendichte aller Bundesländer, geben für Schulen, öffentliche Sicherheit und Verkehr deutlich weniger aus als die meisten anderen Bundesländer und investieren in Kultur pro Einwohner beziehungsweise Einwohnerin so wenig wie kein anderes Bundesland.

(Ministerin Monika Heinold)

Daraus lassen sich zwei Schlüsse ziehen: Erstens. Anders als von der Opposition gern behauptet, leisten wir uns in Schleswig-Holstein keine satte Daseinvorsorge. Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern arbeiten geradezu am Limit, am Rande dessen, was noch verträglich ist.

Zweitens. Wir müssen aufpassen, dass sich unser Land nicht von den anderen Bundesländern abkoppelt; denn ein Bundesland, das sich nicht wettbewerbsfähig aufstellt, das nicht in kluge Köpfe investiert und seine Infrastruktur verkommen lässt, schafft weder für Wirtschaft noch für Tourismus Anreize und vernachlässigt die Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Landesregierung hat deshalb nicht nur die strengen **Vorgaben der Schuldenbremse** im Blick. Wir haben zugleich auch den Ehrgeiz, das Land weiter nach vorn zu bringen. Ob wir die schwarze Null 2017 oder erst 2020 erreichen, ist nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage ist, wie wir die schwarze Null so erreichen, dass unser Land **dauerhaft konsolidiert** und zugleich **zukunftsfähig** ist, wie wir es schaffen können, trotz Konsolidierungskurs in Infrastruktur, in Bildung und in unser Tourismusland zu investieren, wie wir Chancen für Hochschulabsolventen und Existenzgründer schaffen können und wie es uns gelingt, kluge Menschen in unserem Land zu halten, für unser Land zu gewinnen, für ein Land, in dem es Chancengleichheit gibt und in dem die Menschen gern wohnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir sind nicht stolz darauf, im Ländervergleich bei allen Ausgaben ganz unten zu liegen. Wir haben den Anspruch, die **Attraktivität des Landes** zu steigern - für Wirtschaft, für Tourismus, für die Menschen in unserem Land. Wir wollen, dass die Menschen in unser Land kommen, denn der nächste Zensus ist die eigentliche Herausforderung für unser Land. Weil wir das erkannt haben, haben wir mit der Regierungsübernahme eine Abkehr von der Politik des „nur Rotstift“ vollzogen. Wir haben stattdessen den zweigleisigen Kurs des Konsolidierens und des Modernisierens eingeschlagen und ihn auch gegen die Kritik der Opposition verteidigt. Diese Kritik war zum Teil sehr heftig, aber wir haben uns nicht beirren lassen. Heute können wir mit Fug und Recht sagen: Es war goldrichtig, diesen Weg zu gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die rot-grün-blaue Landesregierung konsolidiert nicht nur den Haushalt, sondern kümmert sich auch um die **Modernisierung** unseres Landes. Wir kümmern uns darum, dass der **Investitionsstau** ein Stück weit aufgelöst wird, und wir investieren in Bildung. Der 26 Millionen € schwere Sonderfonds für Verkehrsinfrastruktur wird einen wichtigen Beitrag zur Sanierung der Landesstraßen leisten. Wenn es der Haushaltsvollzug zulässt, werden wir diesen Fonds Ende des Jahres noch einmal aufstocken. Die 10 Millionen € schwere Aufstockung des Förderprogramms für Kindertagesstätten wird die Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land verbessern. Mit 10 Millionen € zusätzlich stocken wir das Sondervermögen Hochschulbau auf 50 Millionen € auf. Damit begegnen wir auch hier dem Sanierungsstau, der an unseren Hochschulen extrem groß ist. Ich sage: Wenn der Haushaltsvollzug es erlaubt, wird auch hier Ende des Jahres noch einmal aufgestockt.

Die Landesregierung kümmert sich auch um Klimaschutz und Energieeffizienz. Das haben wir mit unserem Programm zur energetischen Sanierung der Landesliegenschaften deutlich gemacht.

Die Landesregierung kümmert sich um die Zukunftsfragen unseres Landes. Wir setzen 2014 über 18 Millionen € für Verbesserungen im Bereich der Breitbandversorgung ein und machen den ländlichen Raum fit für die Zukunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir erhöhen den Betriebskostenzuschuss für unsere Kitas noch einmal um 16 Millionen €. Damit zahlen Land und Bund gemeinsam über 84 Millionen € für Betriebskosten im Rahmen der U-3-Betreuung. Wir erhöhen die geförderten Ausbildungsplätze in den Altenpflegeschulen um weitere 200 auf dann insgesamt 1.600 Plätze

(Beifall Birte Pauls [SPD])

und leisten somit einen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels im Pflegebereich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir stocken die Plätze für das Freiwillige Ökologische Jahr von 120 auf 160 auf und geben den jungen Menschen damit Chancen und Perspektiven.

Gemeinsam mit den Kommunen sorgen wir dafür, dass der Betriebskostenzuschuss für die Theater

(Ministerin Monika Heinold)

nach siebenjähriger Durststrecke im kommenden Jahr um 1,5 % steigen kann. Zudem ermöglichen wir den Bau des Theaters am Hesterberg in Schleswig. Das zeigt: Die Kultur hat mit Rot-Grün-Blau endlich wieder eine Stimme in unserem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wer in die Zukunftsfelder unseres Landes investieren will, der muss die Investitionen auch finanzieren. Deshalb erhöhen wir die Grunderwerbsteuer und die Wasserabgaben. Deshalb haben wir uns für eine zeitversetzte Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst entschieden. Deshalb deckeln wir die Ausgaben der Fachressorts im Wesentlichen auf das Vorjahresniveau. Deshalb ist es gut, dass wir beim Personalabbau planmäßig vorankommen. 2014 werden wir weitere 613 Stellen abbauen. Bis Ende 2014 werden damit 1.500 Stellen abgebaut sein; 5.540 sollen es insgesamt bis 2020 werden.

Trotz all dieser Anstrengungen sinkt die **Investitionsquote** im kommenden Jahr. Rechnen wir die 50 Millionen € Zensusmittel für 2014 hinzu, liegt die Investitionsquote bei 7,15 %, also 0,75 % niedriger als in 2013. Das ist natürlich vor allem dem Umstand geschuldet, dass wir innerhalb von zehn Jahren ein strukturelles Defizit von 1,1 Milliarden € abbauen müssen - also weniger.

Finanzielle Möglichkeiten, die es gibt, nutzen wir für zusätzliche Investitionen in unserem Land. Das zeigt vor allem die beschlossene Verwendung der Zensusmittel. Die Mehreinnahmen für 2012 und 2013 werden abzüglich des kommunalen Anteils nur für Investitionen und für den Abbau der Neuverschuldung eingesetzt. Die 50 Millionen € Mehreinnahmen für 2014 werden, so der Vorschlag der Landesregierung, überwiegend für dringend anstehende Investitionen eingesetzt.

Das ist doppelt nachhaltig; denn wir sparen hohe Kosten für Flickschusterei und entlasten spätere Haushalte.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird mit kühlem Kopf und klarem Kurs auch weiterhin auf Konsolidierung und Modernisierung setzen. Vor uns liegt noch eine Wegstrecke, deren Bewältigung sicherlich nicht leicht wird. Die Zahlen und Fakten des Haushaltes 2014 und der Finanzplanung bis 2023 aber geben allen Anlass, diese Wegstrecke mit Optimismus anzugehen.

Unter Rot-Grün-Blau wird das Licht am Ende des Konsolidierungstunnels sichtbar. Es ist das Licht ei-

nes Landes, das seine Aufgaben anpackt und den Ehrgeiz hat, die Vorgaben der Schuldenbremse aus eigener Kraft umzusetzen, und eines Landes, das kluge Köpfe hat, Menschen, die Lust auf Zukunft haben, die anpacken und Chancen nutzen wollen.

Diese Landesregierung ist angetreten, Zukunft zu gestalten. Wir laden alle ein, mit uns in den Wettbewerb um die besten Ideen einzutreten. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Oberbürgermeister hat seinen Oberbürgermeistermantel an. Dieser Mantel ist der, den er trägt, bis ein anderer Mantel kommt. Mit dieser Ausrede machte der damalige SPD-Spitzenkandidat und Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig im Landtagswahlkampf 2012 deutlich, dass ihm Widersprüche zwischen seinem Reden und Handeln und dem seiner Partei völlig egal sind.

Heute reden wir über den Haushaltsentwurf dieser Landesregierung für 2014. Mit dem Haushalt legt eine Regierung die Schwerpunkte ihrer Politik fest. Herr Albig, es sind die Schwerpunkte Ihrer Politik, die Sie damit festlegen. Erzählen Sie deswegen heute also niemandem, dass Sie wieder einen anderen Mantel anhaben.

(Beifall CDU)

Es ist Ihr Haushalt. Es ist Ihre Verantwortung. Deswegen müssen Sie als Ministerpräsident heute den eklatanten Widerspruch zwischen Ihrem öffentlichen Reden und diesem Haushaltsentwurf erklären.

Sie haben noch im Juni dieses Jahres erklärt, dass Sie öffentliche Mittel in Schleswig-Holstein zukünftig nur noch für drei Bereiche ausgeben wollen: gut ausgebildete Menschen, eine gute Infrastruktur und Schuldentilgung. Sie haben aufgrund der hervorragenden Steuereinnahmesituation im Jahr 2014 fast 370 Millionen € mehr in der Kasse als in diesem Jahr. Schauen wir also einmal genau hin, wie Sie Ihre **Schwerpunktsetzung** damit erfüllen.

Ihre **Neuverschuldung** sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 74 Millionen €. Da stellt sich die Frage:

(Johannes Callsen)

Was passiert eigentlich mit den restlichen fast 300 Millionen €?

Die **Bildungsausgaben** steigen um etwa 12 Millionen €, wenn man die Hochschulen mit dazu zählt. Wenn die öffentlich erklärten Schwerpunkte des Ministerpräsidenten in dieser Regierungskoalition auch nur irgendetwas zu bedeuten haben, dann müssten demnach über 280 Millionen € zusätzlich in den **Verkehrsbereich** fließen. Tatsächlich sind es 3,9 Millionen €.

Die **Investitionsquote** in diesem Land ist bei allem so niedrig wie nie zuvor.

Herr Andresen, es ist wirklich ein Witz, dass ausgerechnet die Grünen gestern dann noch einmal eine weitere Stärkung der Investitionen in diesem Land fordern. Genau das Gegenteil praktizieren Sie mit diesem Haushalt.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Land wollen wissen, wofür dieses Geld im Haushalt ausgegeben wird. Darauf haben sie einen Anspruch; denn trotz der ohnehin komfortablen Steuersituation und der Einnahmesituation drehen Sie auch im eigenen Haushalt an den eigenen Steuer-schrauben dieses Landes. Wofür also geben Sie das Geld aus?

Sie schaffen zusätzliche Stellen im Beamtenapparat und verschieben die längst beschlossenen Stellen-kürzungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie bauen zusätzliche Behörden auf, um die Überwachung Ihrer wirtschaftsfeindlichen Gesetze sicher-zustellen. Sie haben Geld für rot-grün-blaue Lieb-lingsprojekte. Sie machen notwendige und auch vertretbare Kürzungen überall dort rückgängig, wo Ihr Klientel sitzt. Sie zahlen 90.000 € für ein Logo, das Ihre Vorgängerregierung bereits lange abge-lehnt hat. Selbstverständlich sind auch noch ein paar Hunderttausend € drin, um gescheiterte Pro-jekte alter Freunde in Schleswig-Holstein fortzu-führen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nun werden Sie sagen: 12 Millionen € zusätzlich für **Bildung** sind schon einmal etwas. - Tatsächlich aber reicht dieses Geld nicht einmal im Ansatz aus, um die Mehrausgaben durch Ihre bildungspoliti-schen Beschlüsse auch nur im Ansatz zu bezahlen.

(Beifall CDU)

Allein die Lehrerstellen an den Kleinstoberstufen an den Gemeinschaftsschulen belasten den Perso-nalhaushalt mit mehr als 10 Millionen € pro Jahr.

Ihre Bildungsministerin erkaufte sich bei der Lehrer-ausbildung mit 5 Millionen € Frieden zwischen den Universitäten im Land.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wie viele Millionen der Einheitslehrer wegen der daraus zwingend folgenden Angleichung der Besol-dung kosten wird, weiß noch niemand. Weder im Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung findet sich dazu etwas. Das hindert aber niemanden in Ihrer Koalition daran, die entsprechenden Ge-setze bereits jetzt mit Volldampf durch die Gremien zu peitschen, weil es Ihnen in der Bildung nicht um Qualität, sondern um Ihre Ideologie der Gleichma-cherie geht.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Callsen, gestatten Sie eine Zwi-schenfrage beziehungsweise -bemerkung?

Johannes Callsen [CDU]:

Ja.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Callsen, ist es denn die Position der CDU, Lehrerinnen und Lehrer, die ein gleich inten-sives Studium absolviert haben und die vor den gleichen Aufgaben im Unterricht stehen, unterschiedlich zu bezahlen? Ist das die Posi-tion, die die CDU vertritt?

- Nein, das ist nicht die Position der CDU. Sie ge-ben aber keine Antwort auf die Frage, wie Sie dies haushaltstechnisch lösen wollen. Das ist der Vor-wurf.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Ihr zentraler Fehler in der Bildungspolitik besteht darin, dass Sie sich selbst und den Menschen in diesem Land etwas vormachen.

Ihr **Komplettumstieg** auf die **Gemeinschafts-schule** erfordert viel mehr Personal. Das sagen selbst die Ihnen nahestehenden Lehrgewerkschaf-ten. Dieses Personal haben Sie nicht. Selbst Ihre versprochenen 750 zusätzlichen Lehrerstellen ha-ben sich inzwischen als reine Luftbuchung ent-puppt. Sie schieben mehr Stellen in die Gemein-schaftsschulen und schließen kleine Schulen im ländlichen Raum. Den Kampf gegen den Unter-richtsausfall haben Sie längst aufgegeben. Dafür ist schlicht kein Geld mehr da.

(Johannes Callsen)

(Zuruf CDU: Skandal!)

Herr Albig, Sie haben sich vor wenigen Tagen auf Schloss Gottorf so beeindruckt vom Bildungs- und Erziehungsprozess an unseren Schulen gezeigt. Ich sage Ihnen: Ihre Bildungsministerin will genau diesem Bildungs- und Erziehungsauftrag aus dem Schulgesetz streichen. Wenn Sie sich selbst ernst nehmen, dann sorgen Sie dafür, dass der Bildungs- und Erziehungsauftrag wieder ins Gesetz kommt.

(Beifall CDU - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, wir führen die bildungspolitische Debatte morgen im Detail.

Zurück zu Ihrem Haushalt. Herr Albig, damit komme ich zur **Einnahmeseite**. Sie rechnen mit ständig steigenden Steuereinnahmen. Sie haben immer noch nicht erkannt, dass auch diese Steuern von Menschen erarbeitet werden müssen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen in diesem Land stimmen.

Die CDU-geführte Regierung hat genau diese Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein verbessert. Auch deshalb ist die Arbeitslosigkeit so niedrig, und auch deshalb sind die Steuereinnahmen so hoch.

Ihre Politik, Herr Albig, zerstört die **Rahmenbedingungen** für einen **funktionierenden Mittelstand**. Sie vernichtet Arbeitsplätze. Bereits jetzt fällt Schleswig-Holsteins Arbeitsmarktentwicklung langsam aber sicher wieder hinter den Bundesdurchschnitt zurück.

Wenn Ihr wirklich beispielloser Murks aus **Vergabegesetz**, **Mindestlohn** und **Korruptionsregister** in Kraft tritt, werden die Arbeitslosenzahlen in Schleswig-Holstein wieder ganz schnell nach oben steigen. Wir werden das sehen. Da bin ich sicher. Dann bricht Ihre heile Steuerwelt in sich zusammen. Der Murks aus Vergabegesetz, Mindestlohn und Korruptionsregister zeigt besonders deutlich, wie wenig sich der Ministerpräsident für die Politik seiner Regierung interessiert.

Herr Albig, Sie wollen im November - wie Ihre Vorgänger - nach China reisen, um die Wirtschaftsbeziehungen anzukurbeln. Dazu wünsche ich Ihnen aufrichtig viel Erfolg. Ich bitte Sie aber, nicht zu vergessen, eine Übersetzung des Vergabegesetzes mitzunehmen. Wenn Sie den chinesischen Zulieferbetrieben die Bedeutung der Normen für das Umweltmanagement erläutern - in denen es heißt:

„Diese können bei umweltrelevanten öffentlichen Bau- und Dienstleistungsaufträgen in

der Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen bestehen, die bei der Ausführung des Auftrags zur Anwendung kommen sollen ...“

-, dann wird das bei Ihren chinesischen Gesprächspartnern sicher für Begeisterung und Erheiterung sorgen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wahrscheinlich sind Sie für chinesische Löhne!)

Allein dieses Beispiel zeigt die ganze Unsinnigkeit Ihres Vorhabens. Entweder dient Ihr Gesetz nur der Beruhigung des eigenen Gewissens und soll nie ernsthaft umgesetzt werden - das wäre schädlich für unseren Rechtsstaat -, oder Sie setzen es um. Dann werden wir in diesem Land eine nie dagewesene Pleitewelle im Mittelstand erleben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Selbst die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege bringen Sie mit Ihrem Mindestlohngesetz in existenzielle Schwierigkeiten. Sie setzen damit Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein aufs Spiel.

(Beifall CDU)

Herr Albig, auf Ihrer persönlichen Homepage steht noch immer - ich zitiere -:

„Wir wollen kreative und unternehmerische Kraft freisetzen und sie nicht bürokratisch kontrollieren.“

Ich frage Sie: Warum haben Sie das eigentlich nicht ein einziges Mal in der SPD-Fraktionssitzung gesagt, anstatt für genau diese Gesetze die Hand zu heben?

Gleiches gilt für die Anhebung der **Grunderwerbsteuer**. Diese erschwert nicht nur jungen Familien die Erfüllung des Traums vom eigenen Haus, sondern sie verteuert für den Mittelstand, für mittelständische Betriebe, die sich erweitern wollen, genau diese Projekte. Das haben jedenfalls die Anhörungen ausgesprochen deutlich ergeben.

(Beifall CDU)

Wissen Sie, wer der ausschließliche Profiteur dieser Steuererhöhung ist? Auch da lohnt ein Blick in die Stellungnahmen bei den Anhörungen. Es sind Miethaie, Herr Ministerpräsident. SPD, Grüne und SSW machen damit Politik für Heuschrecken. Das ist das Ergebnis der Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

So stark Sie beim Erlassen immer neuer Vorschriften sind: Wenn es darum geht, Rahmenbedingun-

(Johannes Callsen)

gen zu verbessern und unseren Unternehmern zu helfen, versagen Sie in Schleswig-Holstein völlig. Die **einzelbetriebliche Investitionsförderung** in strukturschwachen Gebieten findet nicht mehr statt. Eine Förderung wird künftig nur noch dort bewilligt, wo sich die Unternehmer rot-grün-blauen Par-teiziele verpflichtet.

Das wird in der **Landwirtschaft** besonders deutlich. Dort nimmt die Gängelung mittlerweile ein Ausmaß an, das in Teilen einer Enteignung gleich-kommt. Auch dort werden Sie das Gegenteil dessen erreichen, was Sie zu erreichen vorgeben. Sie wol-len angeblich die mittelständischen Bauern fördern. Die aber haben schlicht keine Zeit, sich mit Ihren ganzen Vorgaben in diesem Land zu befassen und damit auseinanderzusetzen. Sie haben auch kein Geld, um sich Anwälte dafür zu leisten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das sehen wir aber anders!)

Für diese Gängelungspolitik, für diese Umerzie-hungspolitik, wurden die Grünen bei der Bundes-tagswahl gerade deutlich abgestraft.

(Beifall CDU)

Die Menschen haben gezeigt, dass sie diese Politik nicht wollen. Die Menschen wollen nicht - um mit dem Kollegen Robert Habeck zu sprechen - die moralische Erziehung des Menschengeschlechts. Auch deswegen hat Rot-Grün die Bundestagswahl am Wochenende krachend verloren.

(Beifall CDU - Olaf Schulze [SPD]: Schwarz-Gelb auch!)

Von Ihnen hier in Schleswig-Holstein allerdings kriegen sie Bevormundung und Rechthaberei in Reinkultur, und zwar nicht nur im Wahlkampf, son-der, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ko-alition, in Ihrer tagtäglichen Politik. Mittelstand und Handwerk, Landwirtschaft und Fischerei leiden unter Ihrer sozialistischen Bevormundungspolitik. Dabei schrecken Sie selbst vor verfassungsrechtlich schwierigen Eingriffen in das Eigentum nicht zu-rück.

(Heiterkeit SPD)

- Sie können ruhig lachen. Sie werden sehen, wel-che Folgen diese Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein hat.

Sie haben kein Vertrauen in die Menschen Ihres an-geblichen Lieblingslandes.

Meine Damen und Herren, mit all diesen Gänge-lungsgesetzen sind Sie ganz schnell. Den dringen-

den Breitbandausbau in Schleswig-Holstein haben Sie verschoben. Sie lassen zu, dass die private **Hu-sumer Messegesellschaft** von der staatlichen **Hamburger Messe** ausgetrocknet und übernom-men wird. Ihr Hamburger SPD-Kollege Olaf Scholz, Herr Albig, sagte in einem Interview - ich zitiere -:

„Hamburg und Schleswig-Holstein haben in der Sache als Staaten nicht agiert.“

Herr Albig, diplomatischer kann man Ihr Nichtstun für Husum nun wirklich nicht formulieren.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Untätig waren aber nur Sie. Die Hamburger Lan-desregierung war höchst aktiv. Ihr gehört nämlich die Hamburger Messe, und die blockiert im Übr-igen bis heute eine entsprechende Vertragsunter-zeichnung mit Husum.

(Olaf Schulze [SPD]: Also sind Sie doch für Sozialismus!)

All das zeigt eindeutig: Sie geben sich mit Ihren leeren Worten von einer wachstumsorientierten Po-litik der Lächerlichkeit preis. In Ihrer Regierungser-klärung vor fast eineinhalb Jahren, Herr Albig, ha-ben Sie einen **integrierten Westküstenplan** ange-kündigt.

(Zuruf SPD: Richtig so!)

- Ja. - Damit haben Sie auf den Aufschrei von der Westküste gegen Ihre verheerende Politik für den dortigen Raum reagiert. Wir haben dann nach ei-nem Jahr einmal nachgefragt. Der Verkehrsminister äußerte im Mai die Hoffnung - mehr nicht, eine Hoffnung -, im Frühjahr 2014 entsprechende Zwi-schenergebnisse vorstellen zu können.

Nun entnehmen wir den „Husumer Nachrichten“ vom letzten Dienstag, dass der Ministerpräsident den integrierten Westküstenplan der Landesregie-rung dort schon einmal auf einer SPD-Wahlkampf-veranstaltung vorgestellt hat. Diese Kulissenschie-berlei, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nun wirklich unerträglich. Liefern Sie diesen Westkü-stenplan auf den Tisch dieses Hauses.

(Beifall CDU und FDP)

Damit bin ich bei Ihrer verkorksten **Verkehrspoli-tik**. Wenn es darum geht, Verantwortung dem Bund zuzuschieben, dann sind Sie ganz schnell. Wenn es um Ihre eigene Verantwortung geht, sieht man Sie nie. Richtig ist, dass für die Finanzierung von Bun-desprojekten der Bund zuständig ist. Vor der Finan-

(Johannes Callsen)

zierung aber steht die Planung, und für die ist das Land zuständig. Fehlendes Geld zu beklagen, wenn die Planung nicht da ist, ist deswegen unredlich. Genau das tun Sie. Sie versuchen, die Verantwortung für den Stillstand der großen Bauprojekte beim Bund abzuladen. Verantwortlich ist aber diese rot-grün-blaue Koalition. Das zeigen die unbesetzten Stellen beim Landesbetrieb für Straßenbau. Das zeigen die fehlenden Mittel bei der Fremdvergabe der Planungen. Sie opfern die verkehrspolitische Zukunftsfähigkeit unseres Landes dem grünen Koalitionspartner, der Schleswig-Holstein unbedingt zum größten Parkplatz Europas machen möchte.

Das aktuellste Beispiel ist die **B 5**. Sie, Herr Ministerpräsident, saßen daneben, als der SPD-Bundestagskandidat in Husum letzte Woche den dreistufigen Ausbau der B 5 gefordert hat. Wenn Sie ehrlich gewesen wären, dann hätten Sie sofort öffentlich klarstellen müssen, dass das vor 2030 nichts wird. Sie wollen nämlich die B 5 zum nächsten Bundesverkehrswegeplan gar nicht anmelden. Es waren Ihre Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss, die es in der letzte Woche abgelehnt haben, im Ausschuss überhaupt darüber zu beraten.

(Olaf Schulze [SPD]: Kommen Sie doch einmal zum Ausschuss!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schulze, dass Sie Zwischenrufe machen, ist in Ordnung. Aber vielleicht können wir das ein bisschen mäßigen. Sonst stellen Sie eine Zwischenfrage.

Johannes Callsen [CDU]:

Denn der Kollege Matthiessen von den Grünen wollte lieber zum Mittagessen. Wir geben Ihnen aber - insofern, Herr Kollege Schulze, haben Sie recht - am Freitag noch einmal Gelegenheit, das zu korrigieren. Die CDU-Fraktion wird zu diesem Punkt Einzelabstimmung beantragen.

(Beifall CDU)

Herr Albig, Ihr grüner Koalitionspartner meint, unseren ländlichen Raum in Schleswig-Holstein mit Bus, Bahn und Fahrrad komplett erschließen zu können. Dabei hat doch der Kollege Tietze gerade erst einen Chauffeur beantragt, weil er endlich gemerkt hat, dass das in einem Flächenland nicht machbar ist. Verrottende Straßen sind für die Grünen ein willkommenes Mittel zur Umerziehung der Menschen. Deswegen haben Sie sich lange gegen unsere Anträge auf Erhöhung der **Mittel für den**

Straßenbau gewehrt. Nur auf massiven öffentlichen Druck im Bundestagswahlkampf hin hat Ihre Koalition überhaupt einem **Sondervermögen** zugestimmt. Da haben die Regierungsfaktionen noch nicht einmal das Wort „Straße“ in den Titel des Sondervermögens aufgenommen. Sie, Herr Albig, haben eine klare Aussage dazu, wie viel von dem Geld denn jetzt für den Straßenbau bereitgestellt wird, hier im Parlament verweigert.

Wahrscheinlich - die Sorge haben wir schon einmal geäußert - wird es am Ende für den grünen Traum von der **StadtRegionalBahn** ausgegeben. Dieses Projekt steht übrigens wie kein anderes für Ihre Stadt und Land spaltende Politik. Die Umlandkommunen wissen, dass der Bedarf für diese Bahn gar nicht da ist. Dennoch treiben Sie dieses Projekt mit allen Mitteln voran. Die Förderquote wird auf unglaubliche 85 % erhöht. Selbst das reicht Ihnen nicht. Den Gemeinden nehmen Sie jetzt auch noch das Geld vom Bund für die Gemeindestraßen weg; denn damit könnte ja die örtliche Infrastruktur verbessert werden. So etwas darf es aber in einer Landesregierung mit grüner Beteiligung natürlich nicht geben.

Im Wahlkampf, Herr Albig, haben Sie als amtierender Oberbürgermeister mehr Geld für die **Kommunen** gefordert und versprochen. Ihre heutige Politik zeigt das Gegenteil. Jeder Cent, den die Kommunen mehr vom Land bekommen, ist zweckgebunden für neue Aufgaben. Hinzu kommen neue Aufgaben, für die unsere kommunale Familie nicht einen Cent sieht. Die Bürokratiekosten des Vergabegesetzes haben die Kommunen selbst zu tragen. Die Änderung bei der Kita-Sozialstaffel haben die Kommunen selbst zu tragen. Die Änderung bei der Gleichstellung und beim Mitbestimmungsgesetz geht auf Kosten der Kommunen. Sie kürzen die Konsolidierungshilfen. Im Koalitionsvertrag gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Aufgaben, etwa die Lebensmittelüberwachung, die Kontrolltätigkeit der Waffenbehörden und Ähnliches. Das sind alles Dinge, die Sie jetzt bei den Kommunen abladen. Sobald Sie das Geld anderer Leute ausgeben können, kennt Ihre Großzügigkeit keine Grenzen.

Zu alledem kommt die geplante Neuordnung des **kommunalen Finanzausgleichs**. Die Eckdaten sind bekannt: Die Städte bekommen viel mehr, die Kreise unter dem Strich viel weniger. Darauf war das Gutachten eindeutig ausgerichtet. Erfasst wurden nämlich nicht die Aufgaben, sondern die für die Erledigung dieser Aufgaben entstehenden Kosten. Wer seine Aufgaben kostengünstig erledigt, ist bei

(Johannes Callsen)

SPD, Grünen und SSW der Dumme. Wohl dem, der viel Geld ausgibt.

Sie sagen, das wird den Kreisen nicht wehtun, weil der Bund ja die Kosten für die Grundsicherung übernimmt. Aber bei den kreisfreien Städten belasten Sie die Kosten für die Grundsicherung. Das ist eine Ungleichbehandlung, die im Ergebnis dazu führt, dass die Kreise nicht anders können, als die Kreisumlage zu erhöhen und sich das Geld von den Gemeinden wiederzuholen. Wenn diese sich dann aus Mangel an Geld zusammenschließen müssen, haben Sie das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel erreicht: Gemeindegrößen von mehr als 8.000 Einwohnern.

(Beifall CDU)

Ich komme damit im Zusammenhang mit der FAG-Reform zum Thema **Kultur**, weil auch Sie, Frau Finanzministerin, es eben angesprochen haben. Denn auch die Kultur wird darunter leiden, wenn Sie den Kreisen jetzt in die Kasse greifen. Wie sollen die eigentlich noch die Dynamisierung der Theaterkosten aus dem FAG-Topf mittragen, für die Frau Spoorendonk sich so rühmt? Ganz zu schweigen übrigens von den FAG- und den Kommunalmitteln für das Schleswiger Theater! Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, mit dieser Politik entziehen Sie dem Schleswiger Theaterneubau komplett die Grundlage.

Wo ich gerade beim SSW bin: Wie können Sie eigentlich zulassen, dass dem **Landesteil Schleswig**, für den Sie doch angetreten sind, wie man in Ihrem Wahlprogramm liest, aus dem **FAG** insgesamt 6 Millionen € entzogen werden? Das müssen Sie nun wirklich Ihren Wählern im Norden erklären. Während im Haushalt 2014 die Zuschüsse für die dänischen Einrichtungen überrollt werden, muss der Schleswig-Holsteinische Heimatbund mit 50.000 € weniger auskommen. Das müssen Sie den Menschen in diesem Land erklären.

(Beifall CDU)

Ich sage nur: Uns hätten Sie an dieser Stelle Klientelpolitik vorgeworfen.

Meine Damen und Herren, ich nannte eben all die Gesetze, die unseren Kommunen mehr und mehr Bürokratie aufbürden. Eines der zentralen Wahlkampfthemen des heutigen Ministerpräsidenten war der **Bürokratieabbau**. Wir werden in dieser Landtagssitzung ja noch über den Bericht des Ministerpräsidenten zum Bürokratieabbau reden. In diesem Bericht steht ein zentraler Satz - ich zitiere -:

„Dazu bedarf es als politischer Zielsetzung eines Kulturwandels im Umgang mit Vorschriften und Rechtsetzung mit einer entsprechenden quantitativen Einschränkung als Normenvorgabe.“

Herr Albig, Ihre Beamten haben recht. Diese Zielsetzung ist Ihre Aufgabe. Dieser Satz in dem Bericht allerdings ist ein verzweifelter Hilfeschrei Ihrer Fachleute. Siebürden Ihren Verwaltungen immer mehr Aufgaben auf. Kein Wunder, dass **Personalmanagement und -abbau** nicht vorankommen. Dabei haben Sie dieses Thema doch extra zur Chefsache erklärt und die entsprechende Abteilung in die Staatskanzlei gezogen.

Allerdings: Das einzige bislang öffentlich gewordene Ergebnis Ihrer Chefsache Personalabbau war der peinliche Versuch, eine B-7-Stelle einzurichten. Auch die Grünen scheinen wenig Vertrauen in Ihre Chefsache zu haben. Sonst hätte Kollege Andresen gestern nicht ein zentrales Personalmanagement der Landesregierung einfordern müssen.

Es gibt noch mehr Hilfeschreibe aus der Beamten-schaft. Der Generalstaatsanwalt hat Sie auf schwere Fehler im **Korruptionsregister** hingewiesen. Gleiches gilt für das Landeskriminalamt, dessen Stellungnahme sich übrigens der Innenstaatssekretär zu eigen gemacht hat. Letzte Woche haben dazu die Justizministerin und der Innenminister im Innen- und Rechtsausschuss Stellung genommen. Sie glaube dem Wirtschaftsminister, sagte die Justizministerin; die Bedenken seien ausgeräumt. Ob mit dem Generalstaatsanwalt überhaupt einmal darüber gesprochen worden sei, konnte sie nicht sagen. Das Gesetz wurde wie schon das Vergabegesetz von den Regierungsfractionen trotz schwerster rechtlicher Bedenken und eines Aufschreies der Betroffenen durch die Ausschüsse gewunken. Und Sie, Herr Ministerpräsident, nennen das Ganze noch Bürokratieabbau!

Herr Albig, Ihr SPD-Fraktionsvorsitzender auf Sylt hat Ihnen neulich gesagt: „Wir hatten mehr von dir erwartet.“ Wahrscheinlich hat er recht. Ich sage deutlich: Die Menschen in Schleswig-Holstein können und müssen mehr von einem Ministerpräsidenten erwarten.

Herr Albig, ob dieser Haushalt zeigt, dass Sie sich selbst nicht ernst nehmen, oder ob er zeigt, dass Sie Ihre Prioritäten nicht durchsetzen können, ist mir offen gestanden egal. Aber dieser Haushalt stellt die Weichen dafür, dass bei einem ohnehin beängstigenden Schuldenstand viel mehr ausgegeben und viel weniger eingenommen wird. Ihre Politik wird

(Johannes Callsen)

die Menschen in diesem Land in städtische und ländliche Bevölkerung spalten. Ihre Politik lässt unsere Infrastruktur verkommen. Ihre Politik schwächt unsere Schulen. Ihre Politik bremst das Wirtschaftswachstum. Und Ihre Politik ist ohne Perspektive für Schleswig-Holstein. Das kann nun wirklich niemandem in Schleswig-Holstein egal sein.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Willy Brandt hat uns beigebracht:

„Politik taugt nur etwas, wenn sie das Leben der Menschen besser macht.“

Diesem Anspruch fühlen wir uns verpflichtet. Mit dem Haushalt 2014 und dem vorgeschlagenen Sondervermögen kommen wir eben diesem Anliegen nach. In unserem Koalitionsvertrag haben SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SSW deshalb festgehalten - ich zitiere -:

„In Schleswig-Holstein wird sich zeigen, wie wir das Haushaltsdefizit nachhaltig abbauen können, ohne gleichzeitig die Defizite im Bildungs- und Sozialbereich als unvermeidlich hinzunehmen.“

Das ist genau unser Anspruch. Gelingen wird uns dies über eine **Modernisierung** des Landes, eine Modernisierung, die mit der **Konsolidierung** des Haushalts Hand in Hand geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Koalition sagt auch offen und ehrlich, dass wir die Einnahmen erhöhen müssen. Die direkten Stellschrauben des Landes sind dafür allerdings begrenzt. Wir mussten die Entscheidung treffen, die **Grunderwerbsteuer** zu erhöhen. Bei den Zinsentwicklungen ist das vertretbar. Herr Kollege Callsen, Sie haben gar nichts gesagt zu der sozialistischen Tat der schwarz-gelben Regierung, die Grunderwerbsteuer selbst von 3,5 auf 5 % erhöht zu haben. Das habe ich in Ihrer Rede eigentlich vermisst.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die christliche Nächstenliebe, Herr Kollege Callsen, würde eigentlich gebieten, Ihnen einmal einen

unserer Redenschreiber auszuleihen, damit es hier nicht ganz so traurig zugeht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit großen Erwartungen blicken wir nach Berlin. Eine neue Bundesregierung muss endlich ihrer Verantwortung für die Länder und Kommunen gerecht werden. Ein Politikwechsel ist weiterhin unverzichtbar. Wenn wir einen handlungsfähigen Staat, gleiche Bildungschancen für alle, eine gute Infrastruktur und soziale Gerechtigkeit wollen, müssen wir das auch finanzieren können. Diejenigen mit dem höchsten Einkommen müssen künftig etwas mehr für das Gemeinwohl leisten.

Unbenommen davon bleibt auch richtig: Wir müssen **Ausgaben** auf den Prüfstand stellen. Wir müssen abwägen, was geht und was nicht, was wir uns noch leisten können und auf was künftig verzichtet werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz des engen finanziellen Handlungsspielraums beweist die Regierungskoalition auch mit ihrem zweiten Haushalt, dass es möglich ist, unmittelbar positive Akzente für das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger zu setzen.

Schon bei unseren Kleinsten fangen wir an. Überall im Land haben künftig mehr Kinder die Gelegenheit, eine **Kita** zu besuchen. Den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nehmen wir ernst. Zugleich haben wir in Schleswig-Holstein die Sozialstaffel dahin gehend geändert, dass alleinerziehende ALG II-Empfänger künftig von den Kita-Gebühren befreit werden.

Ich habe seitdem viele Kitas im Land besucht, beispielsweise „Ich und Du“ in Flintbek oder das Doli-Einstein-Haus in Pinneberg. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben hier viel geleistet, um rechtzeitig eine ganze Reihe von Betreuungsplätzen zu realisieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher haben mir aber auch bestätigt: Die unsinnigen Milliarden, die Schwarz-Gelb in das Betreuungsgeld steckt, werden in der Infrastruktur - für Betreuungsplätze und Qualität - dringender benötigt. Wir erhöhen deshalb im Haushalt 2014 die Finanzmittel für die Kitas.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Als Küstenkoalition stehen wir an der Seite der Familien und der Kommunen, wenn wir dies tun.

Finanzmittel in Krippen und Kindergärten - das sind Investitionen in Kinder, in die Familien, in die Gleichstellung, in die Freiheit des Einzelnen, in die Wirtschaft. Kurz: Ein Euro hier ist ein Vielfaches wert. Kitas sind erster Teil unserer Priorität Nummer eins, der **Bildung**. Denn diese Regierung weiß: Wer aufgrund mangelnder Bildung keine Chancen am Arbeitsmarkt erhält und lebenslang auf soziale Transferleistungen angewiesen ist, wird der Gesellschaft wesentlich mehr Kosten verursachen, als rechtzeitige Investitionen in seine Bildung gekostet hätten. Das ist ungerecht und volkswirtschaftlich falsch, und deswegen machen wir es anders, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben morgen Gelegenheit, über das neue **Schulgesetz** zu debattieren, obwohl Kollege Callsen ja eigentlich alle Tagesordnungspunkte der Tagung schon mehrmals abgehandelt hat. Wir werden aber mit Blick auf den Haushalt feststellen müssen: Um Schulden zu reduzieren, müssen wir auch **Lehrerstellen** abbauen. Aber zugleich tragen wir dem Ziel der nachhaltigen Bildung Rechnung, indem wir das in erheblich geringerem Maße tun können, als die sogenannte demografische Rendite es hergeben würde oder Schwarz-Gelb es hier vorgesehen hatte. Wir sind uns dabei der Tatsache bewusst, dass wir eine strategische Versorgungslücke bei den Lehrerstellen haben, die nach Berechnung zwischen 1.300 und 1.500 Stellen liegt. Wir können diese Lücke nicht auf einen Schlag schließen, aber wir werden alles dazu tun, um den Abstand zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen.

In der Hauptsache geht es aber darum, dass wir einen langjährigen Kraftakt unternehmen müssen, um für mehr **Qualität** in der **Bildung** zu sorgen - vom längeren gemeinsamen Lernen über Inklusion bis hin zur Schulsozialarbeit und zu einer verbesserten Lehrerbildung. Bildung entscheidet über Lebenschancen; wir dürfen kein Kind zurücklassen. Das ist das Credo dieser Koalition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sichern die Unterrichtsversorgung auch über den Vertretungsfonds in Höhe von 12,1 Millionen €. Die Förderung der Ganztagsangebote bleibt mit 6,8 Millionen € ebenso unverändert wie die

Schulsozialarbeit mit 4,6 Millionen €. Denn wir wissen, dass Schule mehr ist als Unterricht.

Wer Chancengleichheit will - und wir wollen sie -, darf es nicht hinnehmen, dass die Bildungs- und Lebenschancen junger Menschen immer noch vom Bankkonto und vom Bildungsstand ihrer Eltern abhängen. Das haben wir zu ändern; das ist unsere Pflicht. Das erwarten übrigens alle Menschen von uns in diesem Land.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Das unterscheidet uns übrigens auch in unserem Blick auf die Familie. Deshalb fördern wir auch ganz unterschiedliche Schulen, nicht nur die Schulen der dänischen Minderheit, sondern auch die deutschen Schulen in privater Trägerschaft.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Für die dänischen Schulen haben wir bereits mit dem Haushalt 2013 mit der Rückkehr zur 100-Prozent-Förderung das Notwendige, ja das eigentlich Selbstverständliche, getan.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Statt den SSW hier anzusprechen, hätten Sie sich entschuldigen sollen für die Junge Union mit deren Ansätzen, was den SSW betrifft, Herr Kollege Callsen. Der Auftritt in Schleswig und die Kommentare dazu waren peinlich. Dafür musste man sich eigentlich schämen.

(Christopher Vogt [FDP]: Die drei Richter waren peinlich?)

Mit der neuen Berechnungsgrundlage zur Förderung der deutschen Privatschulen hinsichtlich der Schülerkosten ist eine Gesamtsteigerung von fast 5,1 Millionen € - um 9 % - herausgekommen. Die meisten Waldorfschulen und die meisten allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft profitieren. Einige wenige verlieren, wie wir auch durch eine Reihe von Briefen und Karten erfahren. Es gibt deshalb Übergangsfristen, um das abzufedern.

Ziel muss es aber sein, dass alle unsere Kinder und Enkel nah an ihrem Wohnort die Schulen besuchen und den höchstmöglichen Abschluss machen können, egal ob in Kiel oder Lübeck, in Leck oder Schwarzenbek. Genau das ermöglichen wir den Familien auf dem Land. Hören Sie endlich auf, gegen die **Gemeinschaftsschulen im ländlichen Raum** zu polemisieren. Das wollen nicht einmal Ihre eigenen Bürgermeister, was Sie hier an Unsinn vortragen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In unsere **jungen Menschen** investieren wir aber auch in anderer Hinsicht. Jugendbegegnungen und -beteiligungen sind unverzichtbarer Bestandteil unserer **Ostseekooperation** und unserer **Europapolitik**. Europa ist unsere Zukunft. Wir werden den europäischen Gedanken und das solidarische Miteinander der Menschen weiterhin fördern, auch über eine starke Vertretung des Landes in Brüssel und im Hanse-Office.

Eine solche Politik dient übrigens auch der Demokratie und Toleranz, dem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus, einem Ziel, das wir auch mit unserem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und mit unserer Minderheitenpolitik verfolgen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wohl wissend, dass das nicht populär ist, füge ich hinzu: Zur Demokratie gehört im Übrigen auch, dass wir ein **bürgernahes und transparentes Parlament** finanziell auskömmlich ausstatten. Deshalb finde ich es richtig, dass wir die Fraktionsmittel entsprechend den Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst erhöhen; denn wenn wir über einen guten Lohn reden, meinen wir damit auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Landtag. Die sorgen für Bürgernähe und fachliche Expertise.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Johannes Callsen [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land wird im nächsten Jahr für seine **Hochschulen** rund 4,5 Millionen € mehr ausgeben. Das entspricht einer Steigerung von etwa 1 %. Das ist zugegebenermaßen nicht viel, ermöglicht es den Hochschulen aber, mit neuen Herausforderungen wie den wachsenden Studierendenzahlen und der anstehenden Reform der Lehrerbildung angemessen umzugehen. Reden Sie einmal mit jungen Studierenden. Ich tue das über meine Arbeit im Auswahlausschuss der Friedrich-Ebert-Stiftung regelmäßig. Kürzlich berichtete mir eine junge Studentin der Medizin, Mutter von zwei Kindern, von ihrem Studienalltag. Es sind viele Herausforderungen, vor die wir unsere jungen Mitmenschen stellen. Wir müssen für gute Studienbedingungen mehr tun. Deshalb wird unser **Sondervermögen** hier gut angelegt sein. Gleichzeitig steht unsere Politik für Lehre und Forschung im krassen Gegensatz zu den Unischließungs- und UKSH-Privatisierungsplänen unserer Vorgängerregierung.

Zur Bildung und zur Lebensqualität im „echten Norden“ gehört auch ein **vielfältiges kulturelles Angebot**, ob Gut Seekamp mit der Hans-Kock-Stiftung, das Industriemuseum Elmshorn, das Museum „Tuch und Technik“ in Neumünster, die KZ-Gedenkstätte in Kaltenkirchen oder auch die NordArt im Kunstwerk Carlshütte. Einige habe ich während meiner diesjährigen Sommerreise besucht. Leider können wir sie nicht alle finanziell fördern. Ich bin aber froh, dass unter Federführung von Anke Spoo-rondonk die Kultur aus ihrem Mauerblümchenda-sein endlich wieder herausgetreten ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem landesweiten Kulturdialog und mit wichtigen Gesetzesprojekten wie dem Denkmalschutzgesetz hat sie begonnen, Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren. Sie wollten doch gar keinen Denkmalschutz, Sie haben immer gesagt: Wirtschaft hat bei allem Vorrang. Wir wollen durchaus vernünftig mit Menschen umgehen, die ihre Denkmäler pflegen, aber wir wollen ein Denkmalschutzgesetz, das diesen Namen verdient.

Die Regierung führt übrigens diesen Kulturdialog nicht mit leerer Hand. Ein Zuwachs bei der Kulturförderung um 16 % ist keine Selbstverständlichkeit. Viele Vereine, Verbände und Einrichtungen der Kultur sowie in andere Bereichen werden es zu schätzen wissen, dass diesmal der Rasenmäher im Schuppen bleibt. Bis Mai 2012 diente er in der Haushaltspolitik dazu, allen prozentuale Kürzungen zuzumuten. Da war es egal, ob es vielleicht genau diese 5 % waren, die für eine kleine Einrichtung das Aus bedeutet hat.

Insofern haben wir hier eine andere Politik, nicht nur im Kulturbereich, sondern auch anderswo, weil wir uns genau ansehen, was eigentlich die Folgen dessen sind, was wir im Haushalt beschließen.

Wirtschaftliche Stärke erlangen wir über die bereits angesprochene **Modernisierung** unseres Landes. Ich denke beispielsweise an die **Breitbandversorgung**, aber auch an die **Verkehrsinfrastruktur**, deshalb unser Anliegen eines Sondervermögens. Wir investieren in die Zukunft und sichern die Mobilität der Menschen. Dabei gibt es Landes- und Bundesaufgaben. Ich denke an den Nord-Ostsee-Kanal oder an den Verkehrsknotenpunkt in Rendsburg. Da muss unser Gewicht stärker werden. Das ist Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft und die Lebensqualität aller Generationen. Da wird man im Norden ein Stück stärker zusammenarbeiten müssen. Wir wünschen uns natürlich

(Dr. Ralf Stegner)

auch einen neuen Verkehrsminister in Berlin, jedenfalls einen, der weiß, wo der Nord-Ostsee-Kanal liegt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Na, Sie müssen ganz still sein, Herr Arp, wenn ich höre, was Sie in der Vergangenheit zu Arbeitnehmerrechten so alles von sich gegeben haben, kann ich nur sagen, dass das jedenfalls nicht unsere Politik ist, was Sie da vorgetragen haben.

(Beifall SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW] - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber es gibt auch eine Reihe von Herausforderungen, die beispielsweise mit der neuen Förderperiode der **Europäischen Strukturfonds** zusammenhängt, Herausforderungen, die wir im Haushalt lösen werden. Ich denke an die Beratungsstellen „Frau & Beruf“ oder auch an die Weiterbildung. Da die Höhe der Mittel gegenüber der gegenwärtigen Förderperiode leider jedoch niedriger ausfallen, müssen wir konzentriert Schwerpunkte setzen. Wir wollen wissen und Innovation stärken, Ausbildung verbessern, Arbeit schaffen, den sozialen Zusammenhalt sichern, Daseinsvorsorge gewährleisten sowie Klimaschutz und Energiewende umsetzen. Das ist der rote Faden - ich korrigiere mich: der rot-grün-blaue Faden -, mit dem wir versuchen werden, Inhalte und Prioritäten bei diesen Europäischen Strukturfonds richtig zu setzen.

Für das wirtschaftliche Gelingen ist gute Arbeit die Grundlage. Herr Kollege Callsen, dafür haben Sie offenbar null Verständnis. Wenn ich Ihre permanenten Tiraden hier höre, dass wir alles, was wir mit der guten Arbeit angekündigt haben, umsetzen, und Sie das stört, zeigt es nur, dass Sie gar nicht verstanden haben, warum Sie abgewählt worden sind, Herr Kollege Callsen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Schleswig-Holstein wird und soll wirtschaftlich stark sein, weil es gerecht zugeht. Unser Dreiklang aus **Tariftreue, Mindestlohngesetz** und dem **Korruptionsregister** steht dafür. Wir sorgen dafür, dass es sich in Schleswig-Holstein lohnt, für die öffentliche Hand zu arbeiten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

sei es als Auftragnehmer oder als Beschäftigter einer Institution, die vom Land finanziert wird. Lohn-dumping erteilen zumindest wir eine klare Absage.

Das ist mir immer wieder in Gesprächen gesagt worden, und wenn Sie immer so viel über China reden, habe ich fast den Eindruck, Sie wollten hier chinesische Löhne einführen. Das kann ja wohl nicht die Zukunft sein. Wir brauchen ordentliche Löhne in Deutschland, nur dann kommt unsere Gesellschaft in Ordnung. Dann sind übrigens auch die beteiligt, die unseren Wohlstand erwirtschaften.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir brauchen klare Grenzen, damit Arbeit sich lohnt, damit die guten Löhne, die unsere schleswig-holsteinischen Unternehmen zahlen, nicht unterlaufen werden, und damit wir schwarzen Schafen ein wirksames Instrument entgegensetzen können.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Auch schwarze Schafe bleiben Schafe, Herr Kollege Garg.

Davon profitieren die Beschäftigten, und es profitieren all die ehrlichen Unternehmen in unserem Land. Auch das trägt zur sozialen und finanziellen Nachhaltigkeit bei.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die **Übernahme des Tarifabschlusses** im Angestelltenbereich auch für Beamtinnen und Beamte ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in unserem Land. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist es uns gelungen, im Dialog mit den Betroffenen, den Gewerkschaften und den Personalräten einen Kompromiss zu finden, der gute Arbeit auch im öffentlichen Dienst sichert.

Davon profitieren unter anderem auch die **Polizistinnen und Polizisten**, denen wir für ihre Arbeit, die sie für unser Gemeinwesen leisten, teilweise unter hohen Risiken für ihre eigene Person leisten, zu Dank verpflichtet sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben auch unsere Zusage eingelöst und in diesem Haushalt erheblich mehr Geld für Ausstattung, Fahndungen, Ermittlungen und Einsätze bereitgestellt. Im investiven Bereich werden wir die Modernisierung von Polizeirevieren weiter fortführen, wie zum Beispiel in Elmshorn und anderswo.

Wir gewähren auch die angemessene **Finanzausstattung der Gerichte**. Durch die Bereitstellung ausreichender Mittel für Beratungs- und Prozesskostenhilfe erhalten auch diejenigen Zuschuss zur

(Dr. Ralf Stegner)

Rechtsgewährung, die es sich nicht leisten können, den Kampf für ihr Recht aus eigener Tasche zu bezahlen. Dazu gehört ebenfalls unser Vorhaben der Aufhebung des Sanierungsstaus in den Justizvollzugsanstalten. All das sind übrigens keine populären Themen, aber notwendig, und wir gehen sie an.

Für **Präventionsprogramme** zur Therapie von Sexual- und Gewaltstraftätern sowie den **Opferschutz** stellen wir im Haushalt der Justizministerin wieder zusätzliche Mittel zur Verfügung. Unsere Justizpolitik soll den Menschen zu ihrem Recht verhelfen und Kriminalität frühzeitig verhindern.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Landesregierung steht an der Seite der **Kommunen**, und die Koalition tut es insgesamt ebenso. In den Kommunen verbringen die Bürgerinnen und Bürger ihren Alltag. Hier spielt sich das Leben ab. Schon deshalb brauchen wir handlungsfähige Kommunen. So treffen wir Vorsorge dafür, dass die Kommunen mit der Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen nicht alleingelassen werden und diese Menschen auch menschenwürdig untergebracht und betreut werden können. Herr Innenminister, wir sind Ihnen sehr dankbar für die Initiativen, die Sie diesbezüglich anstoßen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei der Ausgestaltung der **Konsolidierungshilfen** haben wir einen vernünftigen Ausgleich der Interessen von haupt- und ehrenamtlicher Verwaltung geschaffen und die Anforderungen an die Konsolidierungsleistungen gesenkt, um sozialen Kahlschlag und personellen Stillstand zu verhindern. Hierfür haben wir den Kommunen zusätzlich 15 Millionen € für Konsolidierungshilfen aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt.

Herr Kollege Callsen, wenn Sie hier so über die Kommunen und die Mittel reden, die angeblich um keinen Euro erhöht worden seien, frage ich Sie: In welchem Land leben Sie eigentlich? Sie kriegen gar nichts von dem mit, was hier passiert. Nehmen Sie wenigstens die Realität zur Kenntnis, wenn Sie hier schon im Landtag nicht ordentlich reden können. Das ist das, wozu ich Sie wirklich auffordern möchte.

(Johannes Callsen [CDU]: Sie machen eine Umverteilung! - Zuruf Heike Franzen [CDU])

Bei der Haushaltskonsolidierung werden wir auch eine aufgabengerechte **Anpassung** des **FAG** an die

finanzpolitische Wirklichkeit in den Kommunen fortsetzen. Wir wollen, dass die Erfolge der Konsolidierungshilfen durch eine künftig auskömmliche Finanzierung gesichert und die Ursachen für die Schieflage vieler kommunaler Haushalte endlich beseitigt werden.

Wir lassen uns durch das Störfeuer von Union und FDP nicht einschüchtern, die in ihrer Regierungszeit nicht den Mut hatten, das Notwendige zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin gebürtiger Rheinland-Pfälzer, aber ich lebe seit 1990 in Schleswig-Holstein. Wer sagt, dass 90 % der Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein mehr Geld erhalten und dann gleichzeitig feststellt, das sei eine Austrocknung des ländlichen Raumes, der muss auf einem anderen Globus zuhause sein. Ich bringe das geografisch nicht zusammen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In dem laufenden Diskussionsprozess werden wir uns mit allen sachlichen Beiträgen beschäftigen und dort Korrekturen vornehmen - transparent im Dialog, Sie kennen das von uns -, wo nachweislich von unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen worden ist.

Der Innenminister und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen guten Weg angefangen. Sie werden sich der Diskussion offensiv stellen, und wir werden das im Parlament zwischen den Lesungen auch tun und werden alles aufnehmen, was vernünftigerweise verändert werden muss.

Ich habe davon gesprochen, dass wir Politik für die Menschen machen. Respekt verdient auch, wer sein Leben lang zum Wohle der Gesellschaft gearbeitet hat. Eine Möglichkeit, dies von der Landesseite zu gewährleisten und zu unterstützen ist, etwas für diejenigen zu tun, die im Alter auf Hilfe angewiesen sind. **Pflege** ist mittlerweile in vielen Familien in Schleswig-Holstein ein schwieriges Thema, nicht leicht und fröhlich, sondern meist belastend und sehr drängend. Wir erhöhen die Ausbildungskapazitäten in diesem Bereich um weitere 200 Plätze, wie wir das 2013 begonnen haben. Ausreichende **Fachkräfte** werden einer der wichtigen Bestandteile der künftigen Gesellschaft sein. Sie auszubilden und dann noch angemessen zu bezahlen und ihre häufig sehr schwierige Arbeit zu würdigen, das muss unser Anspruch sein.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Wenn wir langfristig denken und planen, müssen wir auch über den **Erhalt unserer Umwelt** nachdenken. Dafür wollen wir die **Energiewende** und setzen dies auch weiterhin, so gut wir das können, mit aller Kraft um. Der Ausbau erneuerbarer Energien hilft nicht nur, den guten Zustand der Umwelt wiederherzustellen und zu erhalten, sondern er bietet auch große Chancen für den Wirtschaftsstandort in unserem Land und schafft Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Dabei setzen wir auf eine dezentrale Energieversorgung und wollen die Entwicklung und Nutzung von Speichertechnologien voranbringen.

Eine landesweite flächendeckende **Biotopkartierung** wird ein Bild über den Zustand von Natur und Landwirtschaft eröffnen, das für eine nachhaltige verantwortungsvolle Landesentwicklung notwendig ist.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei all diesem sind wir auf das gute Miteinander von Naturschutzverbänden und Landwirtschaft angewiesen. Wir wollen auch zukünftig eine **starke Landwirtschaft** in Deutschland. Sie soll Kulturlandschaften erhalten, natürliche Lebensgrundlagen schützen und zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume beitragen. Eine gegenüber der Bevölkerung vermittelbare Agrarpolitik bedarf aber eines grundlegenden Systemwechsels. Darum kommen wir nicht herum. Nur eine umwelt-, klima- und verbrauchergerichte Landwirtschaft kann auch durch öffentliche Mittel unterstützt werden.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werden wir die Entwicklung des ökologischen Landbaus unterstützen und die konventionelle Landwirtschaft gleichermaßen im Blick behalten.

Für die Zukunft gilt auch: Ja, wir **konsolidieren den Haushalt**. Schuldenbremse ja, aber im Gegensatz zur Vorgängerregierung aus sozialer Verantwortung. Wir investieren, um zukünftige Reparaturkosten zu vermeiden. Wir konsolidieren, um unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten. Wir tun dies mit einer verlässlichen Politik, die sichere Planung ermöglicht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie haben von der Finanzministerin in einer sehr klugen Rede gehört, die sich so angenehm von dem

unterschieden hat, was der Oppositionsführer hier beizutragen hatte, wie das aussehen kann.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat eine Politik gemacht, für die Hoteliers, für die Freunde des Glücksspiels, für diejenigen, die am Ende des Monats ihr Geld nicht nachzählen müssen, bevor sie eine Ausgabe tätigen, für alle, die überzeugt sind: denkt nur jeder an sich, ist allen geholfen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Herr Kollege Kubicki, ich habe dreifachen Grund, mich zu freuen, das Sie hierbleiben. Der eine Grund ist: Wir merken, wie dringend wir einen Oppositionsführer brauchen. Ich hoffe, Sie sind nicht dadurch überlastet, die APO noch mitzuführen. Der zweite Grund ist: Sie werden vor den Gefährdungen geschützt, die Sie in Berlin erwartet hätten, wie wir aus Ihren Interviews wissen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das bedauere ich durchaus!)

Der dritte Punkt: Wir haben eine Wette über den Wahlausgang abgeschlossen, und Kubicki ist immer zuverlässig, er verliert immer und zahlt pünktlich. Heute ist der Wein angekommen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was ich aber sagen möchte: Ihr Motto für die Politik war immer, Politik ist die Kunst, für viele möglichst wenig und für wenige möglichst viel zu tun. Wir halten es genau umgekehrt. - Das war ein bisschen schnell, für den Morgen. Ich wiederhole es. Sie haben gesagt: Die Kunst der Politik ist, für viele möglichst wenig und für wenige möglichst viel zu tun. Wir halten es genau umgekehrt.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben einen Politikwechsel. Die Regierungskoalition macht Politik für Familien, für Menschen, die auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind, für Menschen, die sich für ihre Mitmenschen engagieren, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Unternehmen, die ihre Mitarbeiter anständig entlohnen und unter Lohndumping gelitten haben, für diejenigen, die die Lebensqualität in Schleswig-Holstein erhalten, für diejenigen, die gleiche Bildungschancen für Kinder wollen, für all diejenigen, die für das Gemeinwohl eintreten. Wir wollen das Leben in diesem Land besser machen - heute und zukünftig. Dafür stehen wir. Dafür ma-

(Dr. Ralf Stegner)

chen wir Politik. Dafür macht es Spaß, Politik zu machen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon viel über Zahlen gehört: die Höhe der Nettoneuverschuldung, Zensusmittel und Personalabbau. Hinter all diesen Zahlen aber steht konkrete Politik. Ein Zuschuss zum Kindergartenplatz, die Finanzierung eines Ausbildungsplatzes in der Altenhilfe, die Sanierung der Landesstraße in Lauenburg. Haushaltspolitik ist Gestaltungspolitik. Sie ist eine Mischung aus Sachzwang, Pflichtaufgaben und möglichst eigener Schwerpunktsetzung. Wir gestalten, und wir gestalten nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Das zeigt sich sowohl bei der Frage, wie die Schuldenbremse umgesetzt wird, als auch bei der Frage, wo wir Schwerpunkte setzen.

Für meine Fraktion liegen die **Schwerpunkte** auch beim Haushalt 2014 auf Investitionen in **Bildung und Klimaschutz**. Uns geht es bei Investitionen um die Zukunft in Schleswig-Holstein und nicht um das Hier und Jetzt zwischen den Wahlen. Wir üben Solidarität mit den zukünftigen Generationen. Wir wollen, dass auch spätere Generationen in Schleswig-Holstein noch die Freiheit haben, so zu leben, wie sie wollen, die Möglichkeiten haben, zu gestalten.

Albert Camus formulierte es einmal wie folgt: Die Freiheit besteht in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten. Ja, unser Haushalt ist in der Tat ein Haushalt der **Pflichten** und der **Altlasten**: Schulden in Höhe von 23 Milliarden €, Zinsen, Pensionszahlungen, Instandsetzung maroder Infrastruktur. All das frisst den Großteil unserer Steuergelder auf. Daneben steht aber die Herausforderung, den Haushalt und das Land zu sanieren, um der nächsten Generation weniger Pflichten und mehr Gestaltung zu ermöglichen, als es zurzeit der Fall ist. Ein Mehr an Freiheit.

Wir danken Frau Ministerin Heinold und all ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für den vorgelegten Haushaltsplan.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein Haushaltsplan, der den Geist der Küstenkoalition atmet, den Geist der Nachhaltigkeit und Modernisierung. In der vergangenen Legislaturperiode hat eine sogenannte Haushaltsstrukturkommission in Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshofpräsidenten **Eckpunkte** für einen **Haushalt** ausgeklüngelt. Das war Hinterzimmerpolitik vom Feinsten. Nicht nur die Opposition, auch die gesellschaftlichen Akteure blieben vor der Tür. **Dialog?** - Das war nicht ihr Ding. Wir wollten das anders machen, und wir machen das anders: in der Bildungspolitik, beim kommunalen Finanzausgleich, bei der Energiewende. Diese Regierung führt allerorten Gespräche, wie keine andere. Das bieten auch wir als Fraktion zu den Haushaltsberatungen an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Mit dem Landeshaushalt 2014 meistert die Landesregierung den Spagat zwischen Schuldenbremse und Aufbruch. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Ab heute steht dieser Haushalt nun zur Diskussion, und wir sind sehr gespannt auf die konstruktiven Vorschläge der Opposition. Die Rede von Herrn Callsen lässt leider vermuten, dass es wieder nur auf einen platten Schlagabtausch hinauslaufen wird. Schade, denn damit werden wir als Parlament unserer Aufgabe nicht gerecht, um die besten Konzepte zu streiten.

Liebe Opposition, sehen wir es doch einfach einmal locker. Der Wahlkampf ist vorbei, und bis zur nächsten Wahl ist es noch lange hin - so hoffen wir jedenfalls. Wie wäre es, wenn Sie mitmachen und uns nicht mit Fundamentalopposition und billigem Populismus abpeisen würden?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hört sich aus Ihrem Mund gut an!)

Was wir als grüne Landtagsfraktion in Oppositionszeiten geschafft haben, müsste doch eigentlich einer großen Fraktion wie der CDU auch gelingen:

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Erarbeitung eines alternativen Haushaltsentwurfs, der konstruktiv, kreativ und finanzierbar ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich fordere Sie auf: Nennen Sie uns Ihre Ideen, Ihre durchgerechneten Konzepte, die das Land voranbringen! Lassen Sie uns in der Sache miteinander streiten, denn das tut unserer Demokratie gut.

(Eka von Kalben)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber doch nicht in der ersten Lesung, Frau von Kalben!)

Herr Callsen, ehrlich gesagt würde mich auch Ihre Haltung zum **kommunalen Finanzausgleich** interessieren. Wenn Ihre Haltung ist „Alles weiter so“, Zonenrandförderung, intransparentes System, ungerechtes System - bitte, das ist auch eine Haltung -, dann sagen Sie das offen, oder sagen Sie, wie es besser gemacht werden soll!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, die **konjunkturellen Rahmenbedingungen** sind unzweifelhaft günstig. Die Steuereinnahmen sind höher, als wir zu Regierungsantritt der Küstenkoalition hoffen durften. Zusätzlich geben uns die Zensusergebnisse die nötige Beinfreiheit, deutliche Akzente zu setzen und die Ziele unseres Koalitionsvertrags mit Leben zu erfüllen.

Bei uns stehen Bildung, Klimaschutz und Schuldenabbau im Mittelpunkt. Immer wenn wir finanziellen Spielraum haben, werden wir diese Zielsetzung mit Beschlüssen unterstützen. So haben wir es mit den Zensusmitteln gemacht, und so werden wir es auch beim Haushaltsabschluss 2013 machen. Deshalb investieren wir mehr Mittel als geplant in den Erhalt unserer maroden Infrastruktur. Erhalt statt Neubau, das ist unser Credo.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Mit unserem Sondervermögen für die Hochschulen können Klimaschutzmaßnahmen an der häufig maroden Bausubstanz der Hochschulen endlich in Angriff genommen werden. Das spart Betriebskosten in der Zukunft. Das hilft dem Klimaschutz. Das schafft Aufträge für den Mittelstand. Das schafft bessere Studienbedingungen in Kiel, in Lübeck, in Flensburg und an den Fachhochschulen im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn eines ist auch klar: Wir müssen **in die Köpfe investieren**. Nur so kann unser Land zukunftsfähig werden. Wenn wir jungen Menschen gute Studienbedingungen in Schleswig-Holstein bieten und sie sich hier beheimaten, ist das eine gute Chance für uns, dem drohenden Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. Auch deshalb ist Bildung die entscheidende Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildung fängt bereits bei den Kleinsten an. Die **Kita**, wie wir sie verstehen, ist kein Aufbewahrungsort, sondern ein Bildungsort. Wo wäre das wenige Geld, das wir zu verteilen haben, besser aufgehoben als hier, in den Kindertagesstätten?

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Für eine Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung des Betreuungsangebots für die Kinder unter drei Jahren werden bereits im Jahr 2014 zusätzlich 30 Millionen € mehr als von der alten Landesregierung geplant zur Verfügung gestellt. Der Betrag wird bis 2017 auf 80 Millionen € aufwachsen. Jeder Euro, den wir heute in die Bildung investieren, wird sich in Zukunft mehrfach amortisieren.

Herr Callsen, ja, wir setzen auch auf **Bildungsinvestitionen** in die **Schulen**. Unser Ziel ist es, allen Kindern eine Chance zu geben, unabhängig vom Elternhaus. Das ist keine ideologische Verblendung, wie Sie das bezeichnen, sondern europäischer und globaler Standard.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Neben den Schwerpunkten Bildung und Klimaschutz fühlen wir uns dem Abbau unserer Schulden und der **Sanierung der Landesfinanzen** verpflichtet. Wir halten geraden Kurs auf dem Abbaupfad. Unsere Finanzministerin hat einen Haushaltsplan vorgelegt, nach dem wir mit Sicherheit im Jahr 2020 - wenn die Konjunktur gut läuft, sogar schon früher - einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen werden. Das ist weit mehr als Licht am Ende des Tunnels. Wir sind auf einem sehr guten Weg. Die Anstrengungen, die wir Bürgerinnen und Bürgern zumuten müssen, lohnen sich.

Denn wir haben nicht nur die Altschulden und Pensionsverpflichtungen der letzten Jahrzehnte im Gepäck, wir haben auch noch die **Schulden der Infrastruktur** und die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern. Auch Straßen, Brücken und der Nord-Ostsee-Kanal sind genauso wie öffentliche Gebäude, die man jahrzehntlang nicht oder unzureichend gepflegt hat, Schulden. Diese Schulden stehen nicht in Bilanzen, sie stehen weder im Landes- noch im Bundeshaushalt. „Erhalt statt Neubau“ ist die Maxime grüner Verkehrspolitik. Wir können uns nicht beides leisten.

(Wolfgang Kubicki [FDP] und Hans-Jörn Arp [CDU]: Ihr wollt es nicht!)

Richtig wäre es gewesen, für jeden Neubau in öffentlicher Hand - Straße, Brücke, Tunnel oder Kanal - eine Rückstellung zum Erhalt einzuplanen, die

(Eka von Kalben)

der natürlichen Abnutzung entspricht. Dies wurde versäumt, und wir werden noch mehrere Jahre brauchen, bis wir den finanziellen Rückhalt haben, um dies mit Hilfe der **Doppik** sicherzustellen. Nur wenn diese Kosten von vornherein eingepreist werden, werden die Kosten auf lange Sicht transparent, und manche Wirtschaftlichkeitsrechnung wird anders, wahrscheinlich ehrlicher und realistischer aussehen.

(Volker Dornquast [CDU]: Wollen Sie die Doppik einführen?)

Den Diskussionen zu Generationenbilanzen, die wir dazu auf Anregung der FDP im Finanzausschuss führen wollen, schaue ich mit Spannung entgegen.

- Ich habe eben den Zwischenruf gehört, ob wir die Doppik einführen wollen. Ich habe gesagt, dass wir dazu noch kein Konzept geplant haben, sondern dass das eine wirklich große Kraftanstrengung ist. Wir haben das im Finanzausschuss schon diskutiert oder - Entschuldigung - im gemeinsamen Arbeitskreis Finanzen in der Koalition.

(Zurufe)

Die Erfahrungen aus Hamburg zeigen, dass das eine große Kraftanstrengung kostet. Insofern muss man das Thema mit Sorgfalt angehen.

(Volker Dornquast [CDU]: Dann viel Vergnügen!)

Meine Damen und Herren, die Koalition aus SPD, Grünen und SSW hat es sich zum Ziel gesetzt, eine Haushalts- und Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die Lebensqualität für alle schafft, ohne Umwelt, Natur und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Wir wollen gemeinsam eine gerechte Gesellschaft schaffen, in der niemand ausgeschlossen ist von Bildung und Arbeit und einem Leben in Würde.

Mit der **Energiewende** übernehmen wir eine weltweite Vorreiterrolle. Damit können wir in Schleswig-Holstein zeigen, dass es möglich ist, den Umbau zu einer klimafreundlichen Energieversorgung zu schaffen. Wir können dem stockenden internationalen Klimaschutz so ganz neue Impulse geben und die drohende Klimakatastrophe noch abwenden.

Gleichzeitig können innovative Unternehmerinnen und Unternehmer mit diesen politischen Rahmenbedingungen Tausende neue Jobs schaffen, und alte Abhängigkeiten vom Import teurer Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas werden beseitigt. Die Wirtschaft, die wir brauchen, soll Wohlstand für alle

schaffen. Deshalb investieren wir mit unseren Haushaltsmitteln in **nachhaltige Wirtschaft und Energiewendeprojekte**, wie zum Beispiel in Speichertechnologie in Itzehoe, in Tourismus und Naturbildung am Bungsberg, oder wir ertüchtigen den Hafen in Brunsbüttel unter anderem für Offshore.

Wir setzen auf eine nachhaltige Wirtschaft als Leitbild. Bisher wird unsere Wirtschaft fast ausschließlich anhand ihres Wachstums beurteilt. Die Fixierung von Politik und Medien allein auf das **Bruttoinlandsprodukt** hat uns in die Irre geführt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

Über die wichtigsten Dinge, die das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nämlich nichts aus. Was ist mit Gesundheit? Was ist mit Kultur? Was ist mit einer intakten Natur? Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, kann es uns auf lange Sicht sogar ärmer machen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich kenne viele Menschen, denen die Summe auf dem Gehaltsscheck weniger wichtiger ist als das Arbeitsklima,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auch Hartz-IV-Empfänger? Unglaublich!)

Menschen, denen die Qualität ihrer Arbeit, ihres Handwerks mehr wert ist als die Summe, die sie dafür erhalten. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität, einen neuen **Wohlstandsindikator**, der die soziale und ökologische Dimension des Wohlstands mit umfasst.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Feuchtwiesen!)

Wir wollen eine Wirtschaft, die die Menschen und nicht die Märkte in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, neben diesen größeren Rädern, die wir zu drehen haben, setzen wir im Landeshaushalt auch sehr kleine, spürbare Akzente, Akzente von Humanität. Ich danke der Gesundheitsministerin - die gerade draußen ist - dass sie ein uns wirklich wichtiges Anliegen in den Entwurf aufgenommen hat: die **medizinische Versorgung** von Menschen per **anonymem Krankenschein**. Der anonyme Krankenschein soll Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus Zugang zu medizinischer Versorgung geben. Dies sind kleine Maßnah-

(Eka von Kalben)

men in einem Landeshaushalt, aber existenzielle Maßnahmen für die betroffenen Menschen.

Wenn auch dies als „grüne Spielwiese“ abgetan wird, ist das an Zynismus nicht zu überbieten. Menschen haben unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ein unveräußerliches und unabdingbares Menschenrecht auf Gesundheit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Kranke Menschen ohne Papiere sind abhängig von inzwischen etablierten Parallelsystemen, wie zum Beispiel der medizinischen Flüchtlingshilfe, die jedoch nicht allerorts vorhanden sind. Nichtstaatliche Organisationen zur medizinischen Versorgung dieser Gruppe können keine verlässliche und ausreichende Versorgungsstruktur bieten, da sie größtenteils ehrenamtlich und auf Basis privater Spenden operieren. Wir können diese wichtige Aufgabe nicht dem Ehrenamt allein überlassen. Darum bin ich froh, dass wir uns mit unseren Koalitionspartnern auf eine neue und humane Regelung verständigen konnten.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch einmal zum Zusammenhang von **Nachhaltigkeit** und **Freiheit** zurückkehren. Freiheit ist für uns Grüne nicht der Verzicht auf Spielregeln, und es ist mehr als der Verzicht auf staatliche Regulierungen. Freiheit im grünen Sinne bedeutet, für künftige Generationen die Freiheitsrechte zu bewahren: die Freiheit, gesundes Wasser zu trinken und saubere Luft zu atmen; die Freiheit, seinen eigenen Weg zu gehen, ohne den oft erwähnten Schuldensack tragen zu müssen; die Freiheit, sicher zu leben, ohne Angst zu haben, dass der Klimawandel für vermehrte Sturmfluten sorgt oder die Ernte hinwegfegt; die Freiheit von giftigen Altlasten in unseren Böden und atomar verseuchtem Müll in den Zwischenlagern.

Freiheit bedeutet für uns auch die Freiheit der nachfolgenden Generationen. Das ist der große Unterschied zwischen dieser Küstenkoalition und denjenigen in der Opposition, die unsere Politik als Gängelei beschreiben und den Verzicht auf Spielregeln mit Freiheit verwechseln. - Danke sehr.

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir jetzt auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule Wedel - sie steckten im Stau auf den Straßen Schleswig-Holsteins -

(Volker Dornquast [CDU]: Wo gibt es denn Stau?)

und Schülerinnen und Schüler des Regionalen Berufsbildungszentrums Wirtschaft der Landeshauptstadt Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Wahl ist vor der Wahl - lieber Kollege Dr. Stegner, das haben Sie zu Recht festgestellt. Mir ist heute Morgen aufgefallen, dass es mir keine Mühe macht, mental wieder im Schleswig-Holsteinischen Landtag anzukommen. Ich freue mich auf die nächsten Wochen und Monate, wenn Sie dem Hohen Haus hier erklären, warum die Sozialdemokraten in einer Koalition mit der CDU/CSU urplötzlich das Betreuungsgeld verteidigen,

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- warten Sie doch einmal ab! -, erklären, warum die Absenkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers eine sinnvolle Maßnahme gewesen ist und warum die Pkw-Maut wieder eingeführt werden soll. Ich freue mich darauf, das zu hören. Eloquent genug sind Sie ja, Herr Kollege Dr. Stegner, das auch plausibel zu machen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihren Regierungserklärungen die Messlatte bisher immer sehr hoch gelegt. Ihre erste Regierungserklärung hier im Landtag haben Sie mit folgenden Worten begonnen:

„Europa schaut heute auf uns und auf das, was wir miteinander auf den Weg bringen.“

Schaute Europa auf diesen Haushalt, sähe es einen Haushalt, der kaum Perspektiven aufzeigt, jedenfalls keine Leitlinien setzt und keine Richtung vorgibt.

Sie haben in Ihrer Haushaltsrede im Januar dieses Jahres richtig erkannt, dass das Land in den vergangenen 25 Jahren im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern nur unterdurchschnittlich gewachsen ist. Sie haben damals vollmundig erklärt:

„Wir wollen, dass Schleswig-Holstein stärker wächst als in der Vergangenheit.“

Wenn ich Frau von Kalben heute richtig verstanden habe, ist das nicht mehr das Motto Ihrer Regierung,

(Wolfgang Kubicki)

denn sie will nicht mehr das **Wachstum** des **Bruttoinlandsprodukts**, sondern einen **Wohlfühlindex** zum Maßstab der Politik machen.

Wenn Schleswig-Holstein in seinem Landeshaushalt eine Investitionsquote von weniger als 7 % hat und Bayern eine **Investitionsquote** von 16 %, Herr Ministerpräsident, erklären Sie der deutschen Öffentlichkeit, erklären Sie dem Hohen Haus, wie Sie diese Wachstumsschere zwischen Schleswig-Holstein und den anderen Bundesländern verringern wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn ich davon ausgehe, dass Ihre Sätze damals ernst gemeint waren - das tue ich -, dann lässt der nun vorgelegte Haushaltsentwurf nur einen Schluss zu: Sie konnten sich mit Ihrer richtigen Ansicht nicht durchsetzen. Sie stehen zwar noch an der Spitze der Landesregierung, aber Sie sind vom Steuermann zum Matrosen degradiert worden. Das Ruder haben zwischenzeitlich andere übernommen.

Das Land kann sich keinen entschlossenen Zauderer als Ministerpräsidenten leisten, dessen Macht an seiner Bürotür in der Staatskanzlei endet.

(Beifall FDP)

Letzte Woche haben die beiden Altkanzler der SPD, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung auf die Frage, welche Eigenschaften man denn in höchster Regierungsverantwortung benötige, geantwortet: „Konsequenz, Urteilskraft und Tatkraft.“ Zumindest Konsequenz und Tatkraft lassen Sie, seitdem Sie im Amt sind, gänzlich vermissen.

(Beifall FDP)

Nicht mit dem Durchschneiden von Bändern und dem Verleihen von Orden bleibt ein Ministerpräsident in Erinnerung, sondern mit dem Setzen von Leitlinien.

Wie Ihre Regierung arbeitet und voranschreitet, können wir exemplarisch am **Verkehrsetat** sehen. Der Verkehrsminister hat in einem Pressegespräch im April 2013 darauf hingewiesen, dass er dringend mehr finanzielle Mittel braucht, um die Landesstraßen zu sanieren. Nachdem Sie in diesem Haushaltsjahr bereits effektiv die Hälfte der 7 Millionen € für den Landesverkehrswegeplan gestrichen haben, kommt es jetzt noch schlimmer.

Im Haushaltsentwurf 2014 können wir Folgendes lesen: Vordergründig werden dem Einzeltitel „An den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Investitionen“ 4,8 Millio-

nen € mehr zugeführt. Die Mittel werden jedoch durch eine gleich hohe Umschichtung der Mittel aus dem „Kostenbeitrag des Landes zum Ausbau der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung“ aufgebraucht. Gleichzeitig hat die Landesregierung dem Verkehrsminister in seinem Einzelplan jedoch eine globale Minderausgabe in Höhe von fast 10,5 Millionen € verordnet.

Wer den Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums mit seinen vielen durchlaufenden Mitteln, mit seinen gesetzlichen Leistungen, die dem Grunde und der Höhe nach gebunden sind, kennt, der wird schnell feststellen: Um so eine globale Minderausgabe zu erwirtschaften, wird der Verkehrsminister um eine spätere Kürzung der **Verkehrsinvestitionen** gar nicht herumkommen.

(Beifall FDP und CDU)

Dass sich Herr Minister Meyer auf dieses Spiel einlassen musste, zeigt, wie gering die Wertschätzung für seine Themen und sein Haus in der Landesregierung sind. Am 30. April 2013 wurde Minister Meyer in den „Kieler Nachrichten“ mit den folgenden Worten zitiert. Ich bitte auch Frau von Kalben, das Revue passieren zu lassen:

„Es darf nicht nur in Köpfe investiert werden, Geld muss auch in Beton fließen. Wir müssen mehr tun, damit zum Beispiel auch die Wirtschaft gute Bedingungen hat, weiter zu wachsen.“

Er hat danach noch Folgendes ausgeführt:

„Wir müssen uns fragen: Was ist uns die Infrastruktur wert?“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich höre, die Grünen erklärten jetzt: Sanieren gehe vor Neubau.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erhalt!)

- Erhalt gehe vor Neubau, Kollege Tietze. Das ist auch ein biblisches Motto. Ich frage mich, ob Sie das wirklich ernst meinen oder ob das nichts anderes sein soll als die Legitimierung Ihrer Verhinderungspolitik im Verkehrsbereich.

(Beifall FDP und CDU)

Ihre Aktivitäten, man müsse Prioritäten setzen, man könne A 20 und feste Fehmarnbelt-Querung nicht gleichzeitig machen - Sie wollten und wollen beides gar nicht -, genau wie die Erklärung, man müsse zuerst den Nord-Ostsee-Kanal instandsetzen, bevor man sich um Straßenbau kümmere - obwohl Sie genau wussten, dass die Mittel aus völlig anderen

(Wolfgang Kubicki)

Töpfen kommen -, ist immer nur die Legitimierung Ihrer Verhinderungspolitik, die Schleswig-Holstein schlicht und ergreifend zurückwerfen und nicht voranbringen wird.

(Beifall FDP und CDU)

Überlegen Sie sich doch einmal, was passiert, wenn die Elbtunnelröhren - aus welchem Grund auch immer - einmal geschlossen werden müssen. Überlegen Sie sich, was passiert, wenn die **A 7 südlich der Elbtunnelröhren** saniert werden muss. Die Brückenpfeiler, auf denen die Autobahn steht, haben genau den Jahrgang der Brückenpfeiler der Rader Hochbrücke. Wohin soll der Verkehr aus Schleswig-Holstein denn in die südlichen Länder abgeführt werden? Wie sollen denn Menschen nach Schleswig-Holstein kommen? Herr Ministerpräsident, Sie sagen: „Europa schaut auf uns“. Sie waren doch in Kopenhagen, Sie waren doch in den anderen nordischen Staaten. Sie schauen auf dieses Nadelöhr Schleswig-Holstein, das einmal Drehscheibe werden sollte und mittlerweile Korke in der Flasche Verkehrspolitik geworden ist.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Seit dem ersten Tag führt der eingeschlagene Weg der Koalition in der Verkehrspolitik in die Sackgasse. Während der Verkehrsminister, dem die Bedeutung der Infrastruktur bewusst ist, aufs Tempo drückt, ziehen die Grünen die Handbremse, und der SSW sitzt auf der Hinterbank und schaut aus dem Fenster. So bringt man das Lieblingsland nicht voran.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn Europa auf **Schleswig-Holsteins Verkehrspolitik** blickt, dann stellt es fest, dass hier zweispurige **Radwege** parallel zu gesperrten Landesstraßen verlaufen. Bei aller Sympathie für das Zweirad - Herr Ministerpräsident, das werden Sie in China erleben -, mit dem Drahtesel lassen sich keine nennenswerten **Güterverkehre** abwickeln. Die Chinesen sind bei dem Versuch bereits gescheitert.

(Beifall FDP und CDU)

Von grünen Wiesen und Fahrradwegen allein kann man keinen Lebensunterhalt bestreiten. Herr Steinbrück, Kanzlerkandidat der SPD und - wie ich finde - wirklich ein bedeutender Sozialdemokrat - das meine ich in allem Ernst -, hat in seiner Zeit als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen den Grünen einmal vorgeworfen, sie würden in der gemeinsamen Lokomotive ständig „bremsen, um Blumen zu pflücken“. So sein Bild; das sind nicht meine Worte. Ein Lieblingsland allein aus Wiesen,

Feuchtbiotopen und Naturschutzgebieten kann ökonomisch nur noch für wenige Menschen ein Lieblingsland sein.

Der Erhalt des **Landesstraßennetzes** ist kein Gnadenbrot für den ländlichen Raum, sondern eine der **Kernaufgaben** des Landes.

(Beifall FDP und CDU)

Die ausbleibende Sanierung der Straßen führt zu erhöhten Folgekosten, welche spätere Generationen ausbaden müssen. Ich sage Ihnen: Fahren Sie doch einmal an die Westküste, Frau von Kalben! Sie waren doch da. Fragen Sie einmal die Unternehmen, was sie benötigen, damit sie dort wieder Arbeitsplätze anbieten können. Ihre Politik wird dazu beitragen, dass dort Arbeitsplätze vernichtet werden und Menschen dort ihre Lebensqualität verlieren, statt sie zu gewinnen.

(Beifall FDP und CDU)

Die Koalition erinnert bei der Verkehrspolitik an ein Tollhaus. Damit schwächen Sie die Stimme des Landes in Berlin. Die **Außendarstellung** ist desaströs. Herr Ministerpräsident, Sie stellen sich in Berlin als lautester Marktschreier dar, indem Sie den Bund auffordern, mehr für Investitionen zu tun. Wie glaubwürdig ist eine solche Forderung, wenn Sie seit Regierungsbeginn die Investitionen in Ihrem Landeshaushalt um über 100 Millionen € zurückgefahren haben, wenn Sie verkünden, der Bund stelle nicht genügend Mittel für den Ausbau des Straßennetzes zur Verfügung, Ihr Koalitionspartner aber öffentlich ausschließt, dass, solange sie, die Grünen, mitregieren, auch nur ein Kilometer der **A 20 westlich der A 7** gebaut wird? Wie glaubwürdig ist eine solche Politik mit Ihren Forderungen in Berlin?

(Beifall FDP und CDU)

Mit einer solchen dauernden Aufforderung in Verbindung mit derartigen Handlungen machen Sie sich unglaublich - und - wie ich finde - auch ein bisschen lächerlich. Sie werden von den Akteuren schlicht nicht mehr ernst genommen. Sollte die Bahn von der Zwei-plus-eins Variante bei der **Hinterlandanbindung** der festen **Fehmarnbelt-Querung** abrücken, dann werden Sie hieran mit Ihrer Politik einen maßgeblichen Anteil haben.

Wenn es einmal vorangeht, dann ist diese Landesregierung nicht der Antreiber, sondern immer der Getriebene. Es waren die Hamburger, die Schleswig-Holstein dazu gedrängt haben, die Planungen für die **S 4** voranzutreiben. Ohne Hamburg hätten Sie bei Ihrem grünen Koalitionspartner bis heute

(Wolfgang Kubicki)

die Illusion am Leben gelassen, dass eine Bimmelbahn für Kiel verwirklicht wird. Die S 4 und die S 21 sind für unsere wirtschaftliche Entwicklung entscheidend. Dort gibt es wichtige Pendlerströme. Dort werden die Kapazitäten dringend benötigt.

Die **StadtRegionalBahn** in Kiel ist dagegen nur ein grünes Prestigeobjekt, dessen Kosten-Nutzen-Verhältnis unterirdisch ist, das die beteiligten Kommunen überfordert und die künftigen Generationen über alle Maßen belastet.

(Beifall FDP)

Nach einem Jahr Rot-Grün-Blau erinnert Schleswig-Holstein in vielen Teilen an einen Selbstbedienungsladen: Da soll ein völlig gescheiterter Öko-Park von Mecklenburg-Vorpommern für eine sechsstellige Summe nach Schleswig-Holstein übertragen werden. Da sollte einem altgedienten Parteisoldaten der Ruhestand versüßt werden. Sparbeschlüsse, die gemeinsam beschlossen wurden und die einigen aus Ihrer Koalition nicht weit genug gingen, sollten auf einmal aufgehoben werden. Ich bin gemeinsam mit den Steuerzahlern dieses Landes hochofrend, dass Sie Ihre Pläne durch den öffentlichen Druck zumindest in diesem Fall innerhalb von nur 24 Stunden wieder zurückgezogen haben. Besser wäre es gewesen, sie gar nicht erst ins Spiel zu bringen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner, wir werfen Ihnen nicht vor, dass Sie den Koalitionsvertrag umsetzen, aber Sie müssen von uns nicht erwarten, dass wir zu allem, was Sie tun und was wir für falsch halten, jubeln.

Zu den Gesetzesvorhaben, die Sie auf den Weg bringen wollen, zum **Mindestlohngesetz** und zum **Antikorruptionsregister**, sage ich: Hören Sie doch einmal auf Ihre eigenen Leute aus der Regierung. Diese Vorhaben sind handwerklicher Murks und schaden dem Land Schleswig-Holstein, wenn es darum geht, es voranzubringen, und zwar unabhängig von der Frage, ob das, was Sie gut gemeint haben, nicht unter Umständen besser umgesetzt werden kann.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, das Amt und die damit einhergehende Macht scheinen für Sie nicht mehr Mittel zum Zweck zu sein, um Politik für die Menschen zu machen, sondern um die Interessen einiger weniger zu sichern. Ich habe immer wieder gehört, die FDP sei eine Partei, die **Klientelpolitik** betreiben würde. Wenn dies richtig wäre, dann hätten wir

mehr als 5 % erreicht, das kann ich Ihnen sicher sagen.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, weil ich Ihnen sicher sagen kann, dass die Hoteliers, die reichen Erben, die Ärzte und die Mitarbeiter in der Pharmaindustrie zusammen mehr als 5 % der Bevölkerung auf die Waagschale werfen. Wenn man aber jemandem vorwerfen und dies auch dokumentieren kann, dass von ihm Klientelpolitik betrieben worden ist und wird, dann sind Sie es, denn Sie betreiben eine Klientelpolitik für die Versorgung der eigenen Parteigenossen, und das ist etwas, was man in der Öffentlichkeit häufiger dokumentieren sollte.

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben einmal gesagt: Zuerst das Land, dann die Partei. Bei Ihnen scheint das Motto eingezogen zu sein: Zuerst die Person, dann die Partei, dann das Land. Ich finde, das sollte alsbald ein Ende haben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Thema Wachstum zurückkommen. Da wird eine Werbeagentur beauftragt, einen neuen Slogan für das Land zu entwerfen. Heraus kommt ein anscheinend bereits auf Vorrat produziertes Wappen mit dem Satz „**Der echte Norden**“. Was soll uns das sagen? - Wo ist der falsche Norden? Wo ist der unechte Norden? - In Mecklenburg-Vorpommern oder in Hamburg? - Warum sind wir der echte Norden und die anderen nicht? - Dieser bescheidene Einfall wird auch noch mit 90.000 € belohnt. Dazu soll nach Medienberichten im kommenden Jahr noch eine **Werbekampagne** für 500.000 € folgen, weil die Menschen begreifen müssen, was der echte Norden ist. Das ist wahrscheinlich der Norden, in den man nicht reisen kann, weil es keine Verkehrsverbindung dorthin gibt, oder aus dem man nicht mehr heraus kommt, weil die Verkehrsverbindungen gekappt worden sind.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wem wollen Sie glaubhaft machen, dass das Land ein Einnahmeproblem hat, wenn es solche Ausgaben beschließt? - Unternehmen lockt man nicht durch Sprüche ins Land, sondern durch Taten. Bayern ist doch nicht wegen des Zitats „Laptop und Lederhose“ erfolgreich, sondern weil sich hinter dem Satz eine prosperierende Wirtschaft verbirgt. Übrigens ist Bayern das einzige Bundesland ohne offiziellen Leitspruch, was die durchschlagende Erfolgskraft solcher offiziellen Leitsprüche dokumentiert. Wir brauchen keine neuen Sätze. Wir brauchen be-

(Wolfgang Kubicki)

fahrbare Landesstraßen und flächendeckende Glasfasernetze.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Gern stellen Sie sich als moderne und zukunftsorientierte Koalition dar. Wenn ich mir Ihre **Agrarpolitik** und die **Schwerpunkte im Umweltministerium** anschauere, dann sehe ich aber nur Vergangenheit. Der Haushaltsentwurf sieht vor, dass der Titel „Zuschüsse zur Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum an Gemeinden und Gemeindeverbände“ um über 1 Million € gekürzt wird.

Die **Bauern und Fischer** werden von Ihnen bei ihrem Einkommenserwerb behindert: Knickerlass, Dauergrünlandgesetz, Einschränkung der Stellnetz-fischerei; man kann den Eindruck gewinnen, Sie wollten geradezu, dass Schleswig-Holstein nur noch für den Eigenbedarf produziert. Den Höhepunkt erreicht hatte Ihre Gängelung, als der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr ein Sonntagsfahrverbot für einzelne Mährescher verhängte. So etwas allein zu überlegen zeigt, wie weit sich die Landesregierung von der Lebenswirklichkeit entfernt hat. Ernten muss man dann, wenn das Wetter dafür stimmt, nicht dann, wenn es der Landesregierung passt.

(Beifall FDP und CDU)

Ihre Politik öffnet keine Horizonte, sondern sie engt sie ein. Freiheit ist in erster Linie ein Grundrecht und muss nicht von der Obrigkeit verordnet werden.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, das sagt die „Freiheit in Person“.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Herr Kollege Dr. Stegner, ich weiß, dass es Sie ärgert, dass wir in Schleswig-Holstein trotz Ihrer vehementen Werbekampagne immer noch mehr als 5 % erreicht haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben überdurchschnittlich verloren in Schleswig-Holstein!)

- Ja, ich freue mich, dass die Sozialdemokraten im Bund und anderswo so dramatisch Stimmen zuge-wonnen haben. Bei dieser herausragend guten Politik und bei einem so eloquenten Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD hätte ich erwartet, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Schleswig-Holstein Ihnen die Stimme gibt. Sie sind in Schleswig-Holstein bei 30 % und beim Bund bei 25 % gelan-

det. Ich sage einmal: In der Großen Koalition werden wir erleben, dass Sie weiter auf ein Minimum geschreddert werden, was der deutschen Demokratie nicht gut tun kann.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Immer wieder gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kubicki, ich bin mit dem Wahlergebnis meiner Partei überhaupt nicht zufrieden. Ich wollte gern darauf hinweisen, dass es einen bemerkenswerten Unterschied gibt, nämlich dass die FDP in Schleswig-Holstein trotz der „Freiheit in Person“ 1 % schlechter als im Bundesdurchschnitt abgeschnitten hat. Sie haben also 1 % mehr verloren als alle anderen, und wir haben 6 % mehr gewonnen, als das im Bundesdurchschnitt der Fall war. Das befriedigt mich nicht, aber es entwertet ein bisschen Ihr hier vorgetragenes Argument, es sei umgekehrt.

- Ich finde die mathematischen Kenntnisse des Genossen Stegner wirklich herausragend. Herr Dr. Stegner, wir sagen das einmal anders: Wir sind der zweitstärkste Landesverband der FDP. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen aussieht. Sie sind aber mit Sicherheit nicht der zweitstärkste Landesverband der SPD.

Noch einmal: Bei einer so herausragend guten Politik, bei der Politik, die Sie für die Menschen hier gemacht haben, hätten Sie ein völlig anderes Ergebnis erwarten müssen, Herr Dr. Stegner. Sei es drum, ich habe gesagt: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir gucken uns die Ergebnisse der nächsten Wahlen an. Wie Sie wissen, bin ich hier sehr relaxed.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was wir mit der Haushaltspolitik erlebt haben, geht in allen anderen Politikbereichen so weiter. Die **Bildungspolitik** dieser Regierung ist schon keine mittlere Katastrophe mehr. Die Regierung hat es geschafft, innerhalb ihrer kurzen Regierungszeit den größten anzunehmenden Unfall zu produzieren. Das ist eine Leistung für sich. Ich will dabei gar nicht davon sprechen, wie peinlich es ist, wenn die Bildungsministerin es offensichtlich nötig hat, andauernd öf-

(Wolfgang Kubicki)

fentlich zu betonen, dass es so viel Konsens und Dialog wie noch nie gab, während die Bürgerinnen und Bürger gegen genau diese Politik demonstrieren.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir können uns die Demonstrationen an den **Ersatzschulen** doch ansehen. Die Privatschulen sind auf der Zinne, der Deutsche Lehrerverband lehnt alle Ihre Reformen ab, Eltern kämpfen für den Erhalt von G 9 und den Erhalt kleiner Grundschul- und Regionalstandorte, der Gemeindetag hat all Ihre Pläne für nicht umsetzbar erklärt. Auch dass die Landesregierung es nötig hat, Fantasiezahlen zu kreieren, um sich den eigenen Lehrerabbaupfad schön zu rechnen, spricht Bände.

In beiden Punkten scheint die Landesregierung unter Realitätsverlust zu leiden. Sie vermitteln einen falschen Eindruck, und zwar mit Absicht. Auch die inflationäre **Schaffung weiterer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** ist nicht nur bildungspolitischer Mumpitz, sondern auch eine finanzpolitische Torheit. Ich will daran erinnern: Wir leben immer noch in einem Haushaltskonsolidierungsland. Das heißt, dass wir sparsam mit unseren begrenzten Ressourcen umgehen müssen. So ist es wenig sinnvoll, überall Kleinstoberstufen mit entsprechend beschränktem Profilangebot zu etablieren, wenn diese dann in wenigen Jahren wieder aufgrund fehlender Schülerzahlen geschlossen werden müssen, zumal - und das hat die Landesregierung im Rahmen von mehreren Kleinen Anfragen bestätigt - landesweit ausreichend Kapazitäten an Oberstufenplätzen bestehen.

Eine Folge ist, dass Lehrerressourcen, die an anderer Stelle dringend benötigt werden, hier aufgewendet werden müssen. Auch die kommunalen Schulträger müssen unnötige Investitionen in die Schulinfrastruktur tätigen, um die Oberstufen einzurichten. Diese Mittel könnten mit Sicherheit in andere Verbesserungen für die dortigen Schulen fließen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Aber nicht nur, dass neue Investitionen getätigt werden müssen, auch alte **Investitionen** bei **Schulstandorten**, die jetzt durch die neuen Oberstufen Konkurrenz bekommen haben, drohen zu Investitionsruinen zu werden. Die betroffenen Kommunen werden Ihnen für diese Politik danken. Die Stadt Neumünster hat sich mit Bezug auf Bordesholm und Nortorf schon ziemlich klar zu einem solchen Vorgang geäußert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es dieser Landesregierung an Führung mangelt, habe ich erklärt. Herr Ministerpräsident, Sie haben hier im Landtag vollmundig verkündet, der Bürokratieaufwand für Unternehmen solle bis zum Ende des Jahrzehnts halbiert werden, während die regierungstragenden Fraktionen mit dem **Antikorruptionsregistergesetz** und dem **Vergabegesetz** soeben die zwei größten **Bürokratiemonster** des Jahrzehnts erschaffen haben. Das ist übrigens auch kein Wort von mir, sondern das ist ein Wort von der GMSH. Es ist nicht nur ein Wort aus der Wirtschaft. Dies ist ein Wort aus den Ministerien - wenn Sie mit denen reden - ein Wort von Minister Meyer in der Anhörung. Aber das nehmen Sie nicht zur Kenntnis, weil das nicht in Ihr Weltbild passt.

Die **Anhörungsergebnisse** haben Sie komplett unberücksichtigt gelassen. Da bittet der Wirtschaftsminister um dringend notwendige Mittel für die Straße und bekommt im Gegenzug eine globale Minderausgabe in zweistelliger Millionenhöhe in den Haushalt gepackt. Da eröffnen unerwartete Millioneinnahmen aus der Volkszählung Spielräume, und aus den regierungstragenden Fraktionen heißt es dazu nur, man möchte nicht das ganze Spielgeld für die Straßen weggeben.

Da wird von dem notwendigen Personalabbau bis 2020 gesprochen, und zugleich wird ein Denkmalschutzgesetz diskutiert, dessen Umsetzung die Schaffung einer Vielzahl neuer Stellen mit sich bringt, wie wir aus der Denkmalschutzbehörde hören.

Herr Ministerpräsident, unsere Verfassung sieht die sogenannte Richtlinienkompetenz vor. In Artikel 29 der Landesverfassung heißt es dazu:

„Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür die Verantwortung. Sie oder er führt den Vorsitz in der Landesregierung und leitet deren Geschäfte.“

Wer führt eigentlich dieses Land? Herr Ministerpräsident, geben Sie eine Richtung vor und zeigen Sie, wer Koch und wer Kellner ist, statt sich ständig in die Speisekammer oder in den Biergarten zu verliehen!

(Beifall FDP und CDU)

Sie werden feststellen, auch im Rahmen der **Verfassungsklagen** der **Südländer** zum Finanzausgleich, dass man Ihnen von Verfassungswegen sagen wird, dass Sie Ihre eigenen Anstrengungen unternehmen müssen, die wirtschaftliche Leistungsfähig-

(Wolfgang Kubicki)

keit dieses Landes zu erhöhen und nicht darauf bauen können, dass andere die Rechnung bezahlen, die Sie ihnen präsentieren.

(Beifall FDP und CDU)

Ich komme auf einen Punkt zurück, den Sie selbst angesprochen haben. Sie haben im Mai 2013 im Landtag erklärt, dass wir neue Gewerbeansiedlungen begrüßen müssen, und Sie haben dazu wörtlich ausgeführt:

„Wenn ein Unternehmen wie Amazon Interesse zeigt, bei Neumünster ein großes Versandzentrum zu bauen, dann sage ich Ja. Wir haben in Schleswig-Holstein die Fläche, wir haben die Arbeitskräfte, wir haben die Autobahnanbindung.“

Statt Sie für diese Worte zu beklatschen, ist Ihnen die eigene Partei in Neumünster erst einmal kräftig in den Rücken gefallen und warnte vor neuen, prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind zu schwach, um die Interessen des Landes kraftvoll gegenüber einigen in der SPD zu vertreten.

Ich würde dazu gern aus **Peer Steinbrücks Buch „Unterm Strich“** zitieren, das ich allen Sozialdemokraten zur Lektüre empfehle, Herr Kollege Dr. Stegner. Auf Seite 236 heißt es dazu:

„Unzweifelhaft haben die Arbeitsmarktreformen und die Agenda 2010 von Gerhard Schröder dazu beigetragen, dass der Arbeitsmarkt in den Jahren 2005 bis 2008 Aufwind erhielt und am Vorabend der Finanz- und Wirtschaftskrise statt 5 Millionen nur noch 3,3 Millionen Arbeitslose offiziell registriert waren. Der Einwand, dass sich von den 2 Millionen ehemaligen Erwerbslosen viele in einer prekären oder atypischen Beschäftigung wiederfanden, trifft zu, legt aber die abwegige Schlussfolgerung nahe, dass ein Verbleib in der Arbeitslosigkeit diesem Ergebnis vorzuziehen gewesen wäre.“

(Beifall FDP und CDU)

Beschäftigung ist besser als Arbeitslosigkeit. Das zu erkennen muss Konsens sein.

In Richtung des Kollegen Tietze, der ja mittlerweile auch vielleicht daran arbeiten muss, nicht mehr so moraltriefend durch die Gegend zu laufen, füge ich hinzu: Jemand, der sich hinstellt und gegen 450-€-Jobs wettet, darf sich kein Fahrer zu diesen Bedingungen leisten,

(Beifall FDP und CDU)

wobei der nach drei Stunden ausscheiden muss bei einem Mindestlohn von 9,18 €.

(Lachen CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis 2020 muss das **strukturelle Defizit** unseres Landes auf Null zurückgeführt werden. Das haben wir gemeinsam im Mai 2010 beschlossen. Dieser damalige Beschluss muss unabhängig davon, wer die Regierung führt, umgesetzt werden. Aber egal, was ich mir bei Ihnen anschau, ob Finanz-, Stabilitätsbericht oder Haushaltsentwurf, ein Entwurf oder ein Plan, wie man den Weg bis 2020 beschreiten will, lässt sich nirgends erkennen.

Das, was man beim Blick in die Dokumente findet, ist Stückwerk. Frau Kollegin Heinold, erlauben Sie, dass ich das sage, weil Sie es bei uns ja auch gesagt haben. Aber deshalb sage ich es nicht, sondern tatsächlich ist es so, dass sich das, was Sie gefordert haben, an konkreter Beschreibung bei Ihnen bedauerlicherweise auch nicht wiederfindet. Wir können uns aber gern darüber unterhalten, woran das möglicherweise liegen mag.

Es wird nicht an Zielen gearbeitet, sondern es wird vor sich hingewerkelt. Ihre **Haushaltssanierung** beruht bisher nur auf **vier Säulen**:

Erstens: Vorleistungen der Vorgängerregierung. Zweitens: Steuererhöhungen. Drittens: Investitionskürzungen. Viertens: Einsparungen durch die Maßnahmen Dritter, womit eine geringere Ko-Finanzierung der EU-Maßnahmen oder eine höhere Bundesbeteiligung bei gesetzlichen Leistungen gemeint ist.

Statt zu konsolidieren und zu investieren, konsumieren Sie ohne Rücksicht. Ihre Spenderhosen können sich unsere Kinder und Kindeskinde nicht leisten.

Diese Landesregierung muss jetzt nach der Bundestagswahl endlich ein einheitliches Konzept für den Schuldenabbau vorlegen. Es kann nicht sein, dass die Finanzministerin verkündet - übrigens ohne Steuererhöhungen -, schon 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, während der Ministerpräsident noch im Mai hier im Plenum die Schuldenbremse wieder abschaffen wollte. Ich zitiere, Herr Ministerpräsident, noch einmal Ihre Worte:

„Wir sollten das Miteinander - ich glaube, dieses Miteinander ist wichtig - bei der Bundesregierung in die Diskussion bringen: Können wir zusätzliche Investitionen in diesem Bereich zeitweise auf unsere Konsolidierungsbemühungen anrechnen, wenn wir belegen können, dass damit Haushaltsmittel über

(Wolfgang Kubicki)

einen festen Zeitraum auch tatsächlich eingespart werden?“

Sie geben heute Geld aus, das wir nicht haben, um künftig Geld zu sparen, das wir nicht haben. Das ist eine sehr interessante Logik. Das, was Sie gefordert haben, war nichts anderes als die Rückkehr zur Schuldenpolitik, die uns erst in dieses Dilemma geführt hat.

(Beifall FDP und CDU)

Der Haushaltsentwurf 2014 dieser Landesregierung würde ohne die Zensus-Einnahmen ein immer noch höheres strukturelles Defizit als der Haushalt 2012 vorsehen. Der Abschluss des Haushalts 2012 hat sogar den finanzpolitischen Sprecher der SPD, Lars Winter, zu einer euphorischen Pressemitteilung gezwungen. Am 12. Februar dieses Jahres erklärte Herr Winter in seiner Pressemitteilung Folgendes:

„Ein positives operatives Ergebnis von über 200 Millionen €, rund 875 Millionen € unter dem Entwurf ... geblieben und trotzdem wichtige Reformen in die Wege geleitet! Mit ihrem ersten Haushaltsabschluss macht die Küstenkoalition klar, dass Gestalten und Konsolidieren ausgezeichnet zusammenpassen. Kein Wunder, sondern Glück und Verstand: ... Für den Haushaltsabschluss 2012 gilt jedoch erst einmal: Gute Arbeit, Frau Ministerin!“

Inhaltlich sind diese Pressemitteilung und das Lob, das darin formuliert ist, absolut richtig. Allerdings hat Herr Winter übersehen, dass der Haushalt nicht von der rot-grün-blauen Koalition, sondern von der schwarz-gelben Vorgängerregierung verabschiedet wurde. Für das Lob, Herr Winter, bedanken wir uns. Eine solche Weitsicht und Größe lassen viele in Ihrer Partei leider vermissen.

(Lebhafter Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie einen so nachhaltigen Haushalt vorlegen würden, wie es die Vorgängerregierung getan hat, dann wäre auch ich bereit, Sie zu loben. Aber leider gibt auch dieser Haushaltsentwurf kein Signal, wie Sie die Wachstumsschwäche unseres Bundeslandes dauerhaft überwinden wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

„Allzu straff gespannt, zerspringt der Bogen.“ - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dies lässt Friedrich Schiller in „Wilhelm Tell“ sprechen. Dies soll auch zusammenfassender Kommentar zu Ihrem Haushalt sein.

Von der Opposition wird normalerweise erwartet, dass diese schonungslos mit der Politik dieser rot-grün-blauen Regierungskoalition abrechnet. Das wäre auch ein Leichtes, wenn ich nur kurz folgende Stichworte aufzähle: UKSH, Schulgesetz, Digitalfunk, Verbraucherzentrale, strukturelles Defizit, Minderheitenpolitik, Ihr Stimmverhalten im Bundesrat dokumentieren, was in Schleswig-Holstein bald jeder weiß: Diese Landesregierung kann es nicht oder will es nicht.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ganz ohne eine kritische **Bestandsaufnahme** geht es aber natürlich auch nicht. „Am Anfang war das Wort“. So beginnt der Prolog im Johannes-Evangelium. Wir werden es in der demnächst anstehenden Weihnachtszeit vielfach hören. Man kann auch sagen: Am Anfang war der Geist, der Gedanke. Aber diese Politik beginnt mit dem Gegenteil davon; sie folgt dem Motto: Am Anfang war die Zahl, kein Konzept, keine Politik, aber im ganzen Land Porzellan zerdeppert.

Herr Stegner, hier sollten Sie eigentlich klatschen; denn das stammt größtenteils aus Ihrer Rede vom 15. Dezember 2010 zum Haushaltsplan 2011/2012. Das, was Sie damals gefordert haben, hätte von Ihrer Regierung - ja, es ist Ihre Regierung - nun umgesetzt werden können.

Aber zurück zum Freiheitsepos Wilhelm Tell. Dieser Haushalt, Ihr Bogen, ist so straff gespannt, dass wir nicht davon ausgehen können, dass er das Jahr durchhält. Ich prognostiziere, dass wir noch im ersten Halbjahr 2014 einen **Nachtragshaushalt** brauchen werden.

Frau Heinold, Sie rühmen sich in Ihrer Pressemitteilung vom 25. Juni 2013 damit, dass Sie „das strukturelle Defizit um 156 Millionen € im Vergleich zu 2013 gesenkt haben“. Das, Frau Heinold, ist Ihre verfassungsgemäße Aufgabe; dafür sind Sie Finanzministerin. Es wäre auch nicht mehr möglich gewesen, dieses Defizit weiter auszureizen, wie Sie es noch 2013 getan hatten.

Ich lobe gern, wo es geht; aber der Taxifahrer lobt sich auch nicht per Pressemitteilung dafür, dass er seinen Fahrgast pünktlich zum Ziel gebracht hat.

(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg
[FDP])

Weiter erklären Sie, dass Sie die **Verfassungsgrenze** mit einem Sicherheitsabstand von 59 Millionen € einhalten würden. Nun, diese Leistung kann ich in der Tat loben. Nur, der Zahlenwert kommt mir irgendwie sehr bekannt vor. Er entspricht in etwa den strukturellen Mehreinnahmen in Höhe von 66 Millionen €, die Sie sich von der Erhöhung der Grunderwerbsteuer versprechen. Ich halte also fest: Ohne Steuererhöhungen schafft es die Landesregierung nicht, die Schuldenbremse einzuhalten.

Wie so oft ist das Glück mit dem Tüchtigen oder auch mit der Landesregierung. Die **Zensusergebnisse** bringen dem Land Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren strukturelle Mehreinnahmen von 50 Millionen €.

Was könnte man mit diesem Geld alles Sinnvolles in diesem Land bewirken: den Erhalt der Verbraucherzentralen, um eine Stärkung des Verbraucherschutzes zu gewährleisten, was Sie übrigens im Koalitionsvertrag fordern - wenn Sie es nicht finden: Zeile 1.822 -; eine Besserstellung der Frauenhäuser in unserem Land; die Förderung kultureller und sozialer Einrichtungen; ein Expertengutachten zur Struktur der Theaterförderung in Auftrag geben statt im Nebel herumzustochern; mehr Geld für die Förderung von außerschulischer politischer Jugendarbeit, zum Beispiel in Vereinen und Verbänden des Landesjugendrings; ein modernes Lernmanagementsystem anstoßen; die Ankündigung zur Verbesserung der Gedenkstättenförderung endlich in die Tat umsetzen, auch zugunsten der kleinen ehrenamtlich geführten Einrichtungen; eine Senkung der Neuverschuldung; die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, das Vorantreiben des Breitbandausbaus in ländlichen Gebieten; die Förderung der Inklusion, unter anderem an Schulen und in öffentlichen Einrichtungen durch gezielte Maßnahmen und vor allem durch finanzielle Unterstützung; ein Evaluationsprogramm für strafprozessuale Maßnahmen.

Ich will nun etwas allgemeiner zu einigen Bereichen Stellung nehmen. Sehen wir uns die **Schullandschaft** an. Sie wollen sie umbauen, weg vom frühen Selektieren, hin zu längerem gemeinsamen Lernen. Das finden wir gut, aber wir wissen auch, dass dies nur mit ausreichend und entsprechend ausgebildetem **Personal** möglich sein wird. Wir kämpfen mit einem strukturellen Defizit von rund 1.600 Stellen. Für die Inklusion benötigen wir mindestens 1.000 weitere Stellen. Das ist ohnehin ein echter Batzen, eine große Herausforderung. Aber

was tut die Politik? Sie streichen ab dem nächsten Jahr jeden Tag eine Lehrerstelle. Sie kürzen die Kontingentstundentafeln. Wir erfragen gerade, welchen Gegenwert an Stellen das ausmacht. Was ist das für eine Politik, die den Wert der Bildung immer wieder unterstreicht, ihr aber gleichzeitig den quantitativen und damit den qualitativen Boden unter den Füßen wegzieht. Die demografische Rendite ist längst aufgebraucht, von der zehrt niemand mehr. Alles, was jetzt gestrichen wird, wird herausgeschnitten aus einem System, das ohnehin schon auf Reserve fährt.

(Zuruf PIRATEN: Unerhört!)

Da ist keine Luft nach oben. Da fallen wir nach unten durch. Daher sind die Hinweise auf Inklusion, auf bessere individuelle Förderung und auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrer nicht mehr als eine rot-grüne Ankündigungspolitik. Damit kommt man vielleicht ein Jahr lang durch, aber irgendwann muss man etwas zeigen, muss man etwas tun. Dann ist Handeln gefragt. Gebe es die Aufforderung, die Hosen herunterzulassen, stünde die Regierung jetzt blank da.

Während andere Länder aus der Hüfte kommen und die besten Bewerberinnen und Bewerber für das Lehramt anwerben, träumt Schleswig-Holstein vor sich hin. Auch das zeigt unsere große Anfrage, über die wir morgen noch sprechen werden.

Seit über einem Jahr fordern wir PIRATEN ein modernes **Gesundheitsmanagement für Lehrkräfte**. Nichts geht da. Wir wollen unsere Lehrer gesund und möglichst lange im Schuldienst behalten, weil wir sie brauchen.

(Beifall PIRATEN)

Wir sitzen nur in einer Arbeitsgruppe nach der anderen und pflegen das, was die Regierung unter der Marke Dialog verkauft, nämlich das Aussitzen aller schwierigen Themen. Am Rande dieser Plenartagung kommen wir mal wieder zu ODIS zusammen. Ich sehe aber nicht, wie wir diesbezüglich im Haushalt vorankommen sollen.

An anderer Stelle kündigt die Ministerin eine Stärkung der kulturellen Jugendbildung an. Aus der Zeitung erfahren wir, dass drei Ministerinnen die **kulturelle Bildung** verbessern sollen. Drei Mal 5.000 € soll es geben. Aber mehr kultureller Unterricht? Weit gefehlt! Vehement, so heißt es in der Presseberichterstattung der „sh:z“ vom 24. September 2013, habe die Bildungsministerin widersprochen. Es gehe um Vernetzung. - Toll! Da sollen sich dann auch Ehrenamtler und Stiftungen einbrin-

(Torge Schmidt)

gen. Die Idee ist nicht verkehrt, aber von Steuerung und Förderung durch die Landesregierung keine Spur. Da will die Kulturministerin, obwohl gar nicht zuständig, den Besuch von NS-Gedenkstätten verpflichtend machen. Finanzierungskonzept oder staatliche Förderung? - Fehlanzeige! Ich kann mir schon denken, wie das gehen soll: Das kann man durch Vernetzung erreichen. Das können dann Ehrenamtler machen. Die machen ohnehin schon viel für Pflege und Erhalt der Gedenkstätten. Zahlen dürfen das dann die Eltern. So läuft das in dieser Regierung.

Erinnern wir uns an das **Schulgesetz**, über das wir morgen diskutieren. Warum lehnen die Gemeinden diesen neuerlichen Entwurf ab? Weil sie befürchten, dass sie die Kosten, die die Regierungsideen generieren, alleine tragen müssen, weil auf Regierungsebene eine Politik der Ankündigung gemacht wird, die andere umsetzen und finanzieren müssen. Die anderen sind erfahrungsgemäß die Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein oder die Kommunen, Hauptsache nicht der Landeshaushalt.

Weiter: Ich erinnere an die **Kita-Gesetzgebung**. Mein Kollege Wolfgang Dudda hat im Ausschuss ganz klar signalisiert, dass auch wir eine Vereinheitlichung der Kita-Beiträge politisch wollen, wir aber vorher gern wüssten, wie viel das kostet, damit wir entsprechend disponieren können.

(Beifall PIRATEN und Heike Franzen [CDU])

Erst hieß es: Das kostet nicht so viel. Aber wie viel ist „nicht so viel“? Beziffern konnte diese Regierung das bisher nicht. Aber es ging ja auch nicht um die Quintessenz, sondern nur um das politische Signal. Als klar wurde, dass die kommunalen Spitzenverbände mit ihrer sechsstelligen Prognose wohl recht haben würden, verzog sich die Regierung hinter das Konnexitätsprinzip.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage Frau Abgeordnete Erdmann?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Nur zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, da Sie über viele Ver-

anstaltungen reden, bei denen Ihre Fraktion nicht vertreten war - zum Beispiel haben Sie gerade über die Veranstaltung zur kulturellen Jugendarbeit gesprochen -, möchte ich darauf hinweisen, dass wir im Anhörungsverfahren zu dem Gesetzentwurf eines Kita-Gesetzes mehrfach nachgefragt haben. Sie haben offensichtlich nicht mitbekommen, dass die Einzigen, die diese Zahlen liefern können, die kommunalen Spitzenverbände sind. Wir haben mehrfach nachgefragt. Die kommunalen Spitzenverbände haben mehrfach betont, dass sie keine Angaben zu den anfallenden Kosten machen können. Erst nachdem das Gesetz verabschiedet worden ist, gab es das erste Mal Zahlen. Ich möchte, dass Sie das einfach mal zur Kenntnis nehmen. Das war Thema, auch im Anhörungsverfahren.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sie wissen, dass es das typische Problem der Konnexität ist, dass die kommunalen Spitzenverbände immer gezwungen werden, die Kosten genau zu beziffern. Sie haben natürlich Schwierigkeiten, das genau zu beziffern. Sie sollen exakte Zahlen liefern, sind dazu aber leider kaum in der Lage. Sie bleiben trotzdem auf den Kosten sitzen.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das löst doch das Problem nicht! Das ist doch Stillstand!)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Aber man kann doch nicht sagen: Wir wissen nicht, wie viel das kostet, also peitschen wir das durch. Das kann doch auch nicht die Lösung sein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zusatzfrage der Abgeordneten?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie würden Sie entscheiden, wenn Sie Folgendes wüssten: Das Ziel ist eigentlich in Ordnung. Es gibt einen bundesgesetzlichen Anspruch. Die Kreise sagen Ihnen in zwei Sätzen: Eigentlich sind kaum Familien betroffen, die Hartz IV beziehen und keine Ermäßigung bekommen; das sind also vernachlässigenswerte Fälle. Auf der anderen Seite sagen die Kreise aber: Es wird Millio-

(Torge Schmidt)

nen € kosten. - Wie würden Sie entscheiden? Würden Sie warten? Wie würden Sie das Problem lösen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielleicht hätte man einfach auf die kommunalen Spitzenverbände warten können? Man hätte warten können; denn sie haben die Zahlen ja später geliefert.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau, aber erst später!)

Wie gesagt: Die Kosten interessieren Sie nicht mehr, weil die Musik von anderen bezahlt werden muss. Wir haben das von unabhängiger Seite wissenschaftlich prüfen lassen. Siehe da, die Landesregierung ist sehr wohl für die Kosten verantwortlich. Eine Spur davon findet sich im Haushaltsentwurf indessen nicht. Das lässt man einfach weg. Das politische Signal ist erfolgt, der Rest versinkt im Nebel der Erinnerung.

Mit der Erinnerung ist das ohnehin so eine Sache. Da unterstreicht diese Regierung in ihrem Konzept zur Kulturförderung die Bedeutung des **Heimatländes**, indem sie ihn als unverzichtbar für die Heimat- und Regionalkultur bezeichnet, und streicht dann dem Verband mit Zigtausend Mitgliedern im zweiten Jahr nacheinander als so ziemlich einziger Einrichtung mit institutioneller und projektbezogener Förderung die Mittel so stark, dass von der hauptamtlichen Geschäftsstelle nur noch ein Rudiment übrig bleibt.

(Zuruf PIRATEN: Unglaublich!)

So fördert diese Landesregierung, was sie für unverzichtbar hält. Sie nennen das Förderung. Ich nenne das Zerschlagung. Es wundert mich schon ein bisschen, dass ich mich als PIRAT in diesem Haus für eine ausgeglichene Kulturförderung starkmachen muss. Ich tue das, obwohl ich ganz auf der Seite der Regierung bin, wenn es um die Stärkung unserer Minderheit geht. Aber dass gleichzeitig die Heimat- und Regionalkultur so herbe Einschnitte erfahren soll, lehne ich ab, nicht, weil es sich dabei gegebenenfalls um eine Art Mehrheitskultur handelt, sondern, weil die Anliegen dieses Kulturkreises einen ebenso hohen Wert haben wie alle anderen auch.

(Beifall PIRATEN und Heike Franzen [CDU])

Ich verstehe das gar nicht. Da sitzen tatsächlich auch noch Sozialdemokraten im Vorstand des SH-HB, aber helfen tut keiner. Wenn die Regierung zu

dem Schluss kommt, hier nicht fördern zu wollen, hier keine Zukunftsperspektive eröffnen zu wollen, dann kann sie das tun. Das ist politisches Handeln. Aber dann soll sie das auch ehrlich sagen und die Betroffenen nicht am langen Arm verhungern lassen.

(Beifall PIRATEN)

Genau das machen Sie doch im Moment mit den **Hochschulen**. Sie blockieren die Bundesmittel, weil Sie eine Ganz-oder-gar-nicht-Strategie im Rahmen der Bundesratspolitik verfolgen. Es macht doch keinen Sinn, alles abzulehnen, wenn man wenigstens ein bisschen bekommen kann.

(Beifall PIRATEN)

Ich teile Ihre Auffassung, dass wir das Kooperationsverbot kippen müssen. Das Ringen um Kompromisse sieht aber anders aus als totale Blockade.

(Beifall PIRATEN)

Das ist eine Kunst, bei der diese Regierung Nachhilfe nötig hat. Wenn sich die Regierung des Herrn Albig aber selbst Nachhilfe gibt, klappt das nicht. Wir warten immer noch auf den Ersatz von ODIS, um endlich den Weg freizumachen für ein modernes Gesundheitsmanagement auch für Lehrerinnen und Lehrer.

Es gibt keine ehrliche Bestandsaufnahme über Daten zu den **Schulressourcen**. Wir wollen ein modernes System mit ausgewiesenem Sachverstand etablieren, das der Regierung hilft. Ich traue einer Regierung, die ihren Lehrbedarf nicht seriös prognostizieren kann, nicht zu, über die Einrichtung von kleinen Oberstufen zu entscheiden,

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

weil diese gar nicht weiß, wie die Schülerströme tatsächlich aussehen.

(Beifall PIRATEN)

Darum bleiben wir dabei: Wir brauchen einen landesweit gültigen und vorzuschreibenden **Schulentwicklungsplan**.

(Beifall PIRATEN)

Sie haben in diesem Bereich keine Ahnung. Es ist nicht nur so, dass Sie zu wenig wissen. Sie haben auch keinen Drang, diese Wissenslücken zu schließen. Das ist mehr als alles andere bedauerlich für jemanden, der für Bildung verantwortlich ist.

(Zuruf: Also können sie nicht und wollen sie nicht!)

(Torge Schmidt)

Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Mit diesem Tenor beantworten Sie Kleine und Große Anfragen, wann immer Sie wollen, und sind am Ende des Tages froh, diese wieder einmal hinter sich gebracht zu haben. Ich zähle auf diese Art zu viele verlorene Tage für dieses Land. Darüber trösten auch die Sonntagsreden des Ministerpräsidenten nicht hinweg. Sie sind ohnehin nur noch dafür da, den SPD-Fraktionsvorsitzenden in Schwung zu bringen.

(Beifall PIRATEN, Wolfgang Kubicki [FDP] und Anita Klahn [FDP])

Wie oft hat Herr Dr. Stegner diese Regierung korrigieren müssen? Wie oft hat er Aussagen des Ministerpräsidenten einsammeln müssen? Dafür hätte er schon den einen oder anderen Fleißschein verdient - auch außerhalb der Schule.

Warum sollen wir uns fleißig an **strukturelle Veränderungen** in diesem Land begeben? Wir müssen ran an das Bibliotheksgesetz. Wir haben tolle Anregungen aus Dänemark erhalten. Wir wollen die Öffnungsklauseln im Schulgesetz im Hinblick auf ein Stiftungsgesetz für schleswig-holsteinische Landesmuseen und auch zum Beispiel im Hinblick auf Parks und Gärten nutzen. Wir wollen eine Überprüfung der Theaterstruktur auf unabhängiger wissenschaftlicher Grundlage. Wir wollen so weit es geht im Kulturbereich die Projektförderung auf institutionelle Förderung umstellen.

Wir wollen die Schulstruktur in diesem Land so erhalten, dass jeder Schüler und jede Schülerin freien Zugang zu einem breiten und ausgewogenen Bildungsangebot hat.

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

Dazu gehört auch die Stärkung der außerschulischen Bildungsarbeit in den Vereinen und Verbänden, zum Beispiel des Landesjugendrings. Wir wollen auch die Mädchenarbeit fördern und die Finanzierung der Frauenhäuser auf den Prüfstand stellen. Wir haben in diesem Bereich viel zu tun.

Kommen wir zu einem anderen Bereich. Die von der Landesregierung angestrebte **Umverteilung der Mittel** zugunsten des ÖPNV im Verhältnis 70 zu 30 wurde bislang nicht vollzogen. Auch im Haushaltsentwurf 2014 erfolgt keine Umschichtung. Seit einigen Jahren begnügt sich die Landesregierung damit, die Radwege gesondert aufzulisten, um den Ansatz für den Straßenbau optisch zu verkleinern. Es stellt sich die Frage, ob Sie nicht willens sind, dieses Versprechen einzulösen, oder

ob Sie es aufgrund von Verträgen und Vereinbarungen gar nicht können.

Nach einem Jahr wurde die Erhöhung der Mittel für die **Verbraucherzentralen** Schleswig-Holsteins, denen 2013 zusätzlich 40.000 € zur Energieberatung einkommensschwacher Haushalte bereitgestellt wurden, wieder zurückgenommen. War es das? Konnten damit alle einkommensschwachen Haushalte beraten werden?

Uns liegen Informationen vor, dass es wohl erst ab Mitte des Jahres zu einer Verfügbarkeit der Mittel kam. Die Verbraucherzentralen stehen nun erneut vor der Schließung. Nach Angaben der Verbraucherzentralen werden sich die Tarifierhöhungen in zusätzlichen Kosten von 92.000 € widerspiegeln. Bereits jetzt müssen über die Projektfinanzierung fast 15 % der Gemeinkosten und damit der grundlegende Erhalt der Verbraucherzentralen finanziert werden.

Für eine Landesregierung, die sich für Tariftreue, fairen Wettbewerb und einen Mindestlohn einsetzt, ist es ein sehr schwaches Zeichen, wenn die Verbraucherzentralen schon mit ihren Mitarbeitern verhandeln müssen, um die Tarifierhöhungen nur zeitversetzt übertragen zu können.

(Beifall PIRATEN)

Wir PIRATEN treten weiterhin für eine Stärkung der Verbraucherzentralen ein und wollen deshalb den Titel um 70.000 € erhöhen.

(Beifall PIRATEN)

Die prognostizierten **Mehreinnahmen** durch den **Zensus 2011** sollen für Infrastrukturvorhaben des Landes mit dem Ziel der Vermeidung höherer Haushaltsbelastungen verwendet werden.

Selbstverständlich steht noch kein Konzept zum konkreten Einsatz der Mittel; denn dieses muss erst zeitnah erarbeitet werden. Das ist schon sehr bedauerlich für eine Landesregierung, die bei jeder Gelegenheit anerkennt, dass sich die Landesstraßen in einem sehr schlechten Zustand befinden, aber nun von dem Geldsegen nahezu überrascht wird.

Nur eines ist für Sie sicher: Sie wollen das Geld ausgeben. Das Sondervermögen Hochschulanierung soll aufgestockt werden. Die Idee, weniger Schulden zu machen, scheint abwegig. Die genauen Planungen sollen mit der Nachschiebeliste veröffentlicht werden.

Wenn die Opposition Vorschläge macht, wird vonseiten der Regierung beziehungsweise der regierungstragenden Fraktionen eingewendet, dass die

(Torge Schmidt)

Mittel dazu fehlen würden. Wenn die Landesregierung jedoch weitere Ausgaben finanzieren will, erhöht sie einfach die Steuern. Allein die Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 1,5 Prozentpunkte auf 6,5 % soll dem Landeshaushalt 81 Millionen € Mehreinnahmen beschern. Rechnet man den Anteil heraus, der an die Kommunen durchgereicht wird, verbleiben 66 Millionen € strukturell im Landeshaushalt.

Bei Mehreinnahmen in dieser Höhe ist es kein Kunstwerk, die Verfassungsgrenze um 59 Millionen € zu unterschreiten. Für das Jahr 2014 ist ein strukturelles Defizit von 671,4 Millionen € einzuhalten. Die Landesregierung veranschlagt im Haushalt ein strukturelles Defizit von 612 Millionen €.

Die Landesregierung kommt der Forderung der PIRATEN nach einer **Stärkung** des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz nach und erhöht seinen Stellenplan um eine E 14-Stelle und zwei E 13-Stellen.

(Beifall PIRATEN)

Das übertrifft sogar die Forderung der PIRATEN aus dem letzten Jahr nach einer E 13-Stelle und zwei E 12-Stellen.

(Beifall PIRATEN)

Was im letzten Jahr noch für nicht umsetzbar gehalten und als eine Gefahr für den Landeshaushalt verteufelt wurde, ist nun möglich, auch wenn sich an den Rahmendaten nichts geändert hat. Schön, dass dies ein Jahr später möglich ist und die Landesregierung endlich ihrem Koalitionsvertrag nachkommt. Dies entspricht auch den Vorgaben der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit; denn bisher wurden sowohl Einnahmen unterschätzt als auch Ausgaben nicht angegeben.

Durch den **Stellenabbaupfad** sollen von 2010 bis 2020 etwa 215 Millionen € eingespart werden. Im Zeitraum von 2013 bis 2017 bewirkt der Stellenabbau eine Ausgabenbegrenzung von 90 Millionen €. Es ist interessant, dass die gleiche Landesregierung im Gegenzug die Mittel aus den einmaligen Mehreinnahmen für den Zensus im letzten Jahr für Spielräume aufgrund niedriger Zinsbelastungen gern und oft für Sondervermögen verwendet.

Konsolidierung ist eine Gesamtaufgabe. Sie kann nicht einzelnen Ressorts übermäßig aufgebürdet werden. Am Service für die Bürger wird gespart, um Prestigeprojekte glänzen zu lassen. Nun ja, der Glanz ist vorbei, und die Profis sind in die Amateurliga abgestiegen.

(Beifall PIRATEN)

Im letzten Haushalt war es das Wirtschaftsministerium, das trotz Stellenabbaupfad eine weitere Stelle für einen Staatssekretär geschaffen hat. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 werden trotz des Abbaupfades in der Staatskanzlei weitere Stellen geschaffen. Dabei reden wir nicht von den Stellenverschiebungen aus dem Innenministerium. Es wäre schön, wenn die Landesregierung aufzeigen könnte, inwieweit sich der weitere Staatssekretär bisher amortisiert hat und welche Rendite er erwirtschaftet hat.

(Beifall PIRATEN)

Fragen zu **Kosten** aus den **Verträgen mit Privaten** wurden mit dem Verweis auf Datenschutz nicht beantwortet, während bereitwillig die Daten von Tausenden von Bürgern an die Deutsche Bahn herausgegeben werden. Auf dieser Grundlage kann man kaum vom Parlament erwarten, dass es der Landesregierung freie Hand lässt. Wir können das Interesse der privaten Vertragspartner durchaus nachvollziehen, nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, was sie vom Steuerzahler erhalten. In solchen Verträgen muss zukünftig aber bitte ausdrücklich klargestellt werden, dass diese Daten veröffentlicht werden können.

(Beifall PIRATEN)

Das Parlament und der Bürger haben ein Anrecht darauf, selbst zu prüfen, ob die Beauftragung vertretbar oder unvertretbar ist.

(Beifall PIRATEN)

Der **Digitalfunk** ist im letzten Jahr mit großem Tamtam eingeführt worden, und seitdem hört man nichts. Das stimmt natürlich nicht ganz. Es gab Fehlermeldungen und Ausfälle, weil man ein Minimum an Ausfallsicherheit wie redundante Systeme für nicht erforderlich hielt. Doch etwas hat der Digitalfunk gebracht. Die nicht ohne Grund hohen Sicherheitsstandards der Polizei bedeuten aufgrund der **kooperativen Leitstellen** Mehrkosten für die Kommunen, ohne einen echten Vorteil mit sich zu bringen. Das gehört aber ohnehin zur geübten Politik. Kosten bei den Kommunen interessieren das Land nicht. „Wir“ bedeutet das gesamte Land Schleswig-Holstein. Das bedeutet keine transparente Kostenverschiebung auf die Kommunen mehr. Wer etwas politisch will, der muss auch für die Kosten geradestehen und sie nicht auf Dritte abwälzen.

(Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Kommen wir zur **Energiepolitik**, auch zur bundespolitischen. Dass mit der FDP energiepolitisch am Ende nichts mehr zu erreichen war, haben wir alle längst verstanden. Wer wie Herr Brüderle das Industrieprivileg ausweitet, der kann sich nicht beschweren, wenn dieser Griff ins Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger bestraft wird.

(Beifall PIRATEN)

Wer nicht in der Lage ist, sich klar vom Fracking zu distanzieren, wer wie Herr Rösler ein Moratorium verhindert, wer so offensichtlich die Interessen einiger weniger vertritt, der braucht sich nicht wirklich über solch ein Wahlergebnis zu wundern.

Jetzt, da dieser Stolperstein aus dem Weg geräumt ist, geht es darum, ein klares Ziel zu definieren, zu beschreiben, wie es mit der Energiewende weitergeht, wie die Kosten dieser von den meisten gewollten Energiewende gerecht verteilt werden, ohne den Ausbau der erneuerbaren Energien zu gefährden. Da müssen Sie hier auch einmal Klartext reden und dies anschließend umsetzen.

Egal, ob sich die SPD auf den Stillstand im Rahmen einer Großen Koalition in Berlin einlässt oder nicht - das **EEG** gehört auf den Prüfstand, und die **Industrieprivilegien** müssen der schwarz-gelben bundespolitischen Vergangenheit angehören.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir erwarten von unserer Landesregierung, dass sie sich hierfür unmissverständlich einsetzt. Nutzen Sie Ihre Mehrheit im Bundesrat, um Ihre Wahlversprechen umzusetzen.

Weiter: Wenn es darum geht, Tatkraft zu demonstrieren, dann stellen Sie sich gern an die Spitze der Bewegung. Wenn es aber darum geht zu sagen, wie es weitergehen soll, wenn es darum geht, Fünfe gerade sein zu lassen oder auf schwierige Fragen auch einmal unangenehme Antworten zu geben, dann kneifen Sie. Da möchte sich der selbsternannte Energiewendeminister, Herr Habeck, plötzlich nicht mehr dazu äußern, wie man das mit dem Schallschutz bei Offshore-Windanlagen macht. Da müssen plötzlich die Gemeinden die Munitionsalasten selbst abräumen, damit sich die Offshore-Unternehmen ansiedeln, weil die Landesregierung das nicht hinbekommt. Der zuständige Minister findet Offshore scheinbar eh zu teuer. - Echt jetzt? Ist das Ihre Antwort? Ist das Ihre Haushalt gewordene Vision einer Energiewende? Was zu kompliziert ist, das interessiert mich nicht. Wenn es unbequem ist, wird der Bürgerwille ignoriert, und der viel ge-

rühmte Dialog endet in bürokratischen Verordnungen.

Weiter: Sie wollen bis zu 50 Millionen € Mehreinnahmen für **Infrastrukturmaßnahmen** verwenden. In Anbetracht des Sanierungsstaus für die Landesstraßen von mehr als 100 Millionen € ist dies richtig. Doch was Sie uns unter Infrastrukturvorhaben verkaufen wollen, kommt einer Mogelpackung gleich. Ihnen liegt einmal wieder kein Konzept zum konkreten Einsatz der Mittel vor.

Nur eines wissen Sie: Sie wollen das Sondervermögen für die **Hochschulsanierung** aufstocken. Die Hochschulen sind Ihr Argument, um finanzielle Mittel in **Sondervermögen** zu parken, die Verschuldung zu erhöhen und die Schuldenbremse zu umgehen. Ich erinnere gern an die Debatte im letzten Jahr, in der Sie, Herr Kollege Andresen, mir vorwarfen, ich würde den Sanierungsstau an den Hochschulen und das Potenzial von PROFI, diesen zu beseitigen, verkennen. Was daraus geworden ist, können wir nun sehen, nämlich nichts.

(Beifall PIRATEN)

Die einzigen zusätzlichen Mittel, die zum Beispiel an die Universitäten in Kiel und Flensburg fließen, sind Mittel aus dem Exzellenz-Budget. Da hilft PROFI null. Da merken wir von den großen Potenzialen gar nichts.

Weiter: Bei **PROFI B** sollen Mittel umgeschichtet werden. Erst nach mehrmaligem Nachfragen wurden uns überhaupt belastbare Zahlen zu **PROFI A** genannt. Die Ausgaben zur Hochschulsanierung stellen mitnichten einen Großteil der Ausgaben dar. Sie sollten sich vielleicht einmal daran erinnern, Herr Kollege Andresen, dass die Landesregierung dort sitzt und Sie hier. Sie haben die Landesregierung zu kontrollieren. Sie sind nicht Teil dieser Landesregierung. Sie sind Teil des Parlaments, auch wenn Ihre parlamentarische Fantasie für diese verfassungsgemäße Aufgabe offenbar nicht mehr ausreicht.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Auch kleine Schritte sind Schritte. Deshalb freut uns, dass die Landesregierung die im letzten Jahr von uns geforderten zusätzlichen Stellen beim unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz beschaffen will. Aber keine Sorge, bis zu einem gewissen Grad vertraue ich der Kompetenz einer Landesregierung, die noch im letzten Jahr 80.000 € für externe Gutachten benötigte, um Mautgebührenanträge für den Herrentunnel zu prüfen, dass sie in der Lage ist, einen Mindestlohn fernab von Wahlkampf und ohne Beteiligung der Gewerkschaften festzulegen.

(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN)

Wie Sie sehen, wirft der Haushaltsentwurf auch in diesem Jahr wieder mehr Probleme auf, als er Lösungen aufzeigt. Genau aus diesem Grund, sehr geehrte Damen und Herren, bedarf es erheblicher Änderungen zum Haushaltsentwurf.

(Beifall PIRATEN)

Hoffen wir, dass sich dies in den kommenden Beratungen doch noch zum Guten ändert. Kollegin Heinoold, vor etwa einem Jahr sagten Sie an dieser Stelle - ich zitiere -:

„Auch die Opposition muss liefern und darf sich nicht in der Chill-out-Area verkriechen.“

Das werden wir auch weiterhin tun. - Ich danke.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach anderthalb Jahren in der Regierung wird jetzt immer deutlicher, wie sich das Regierungshandeln in den letzten Monaten geändert hat. Die rot-grün-blaue Koalition setzt in allen Politikfeldern auf **Kommunikation** und **Dialog**. Das wird natürlich auch im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr deutlich. In diesem Jahr haben wir die schlimmsten Fehler der alten Regierung korrigiert und sind auf eine **soziale und nachhaltige Politik** umgesteuert. Jetzt wird diese soziale und nachhaltige Politik in weiteren Schritten umgesetzt. Unsere Politik schafft die kalte Sparpolitik unserer Vorgänger ab und setzt auf soziale Gerechtigkeit, Bildung für alle und Zukunftsinvestitionen statt sozialer Kälte. Meine Damen und Herren, das ist gut; denn das ist gut für die Menschen in unserem Land. Denen gegenüber sind wir in der Verantwortung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ihnen heute vorgelegte Haushaltsentwurf macht deutlich, dass die soziale Schräglage der letzten Jahre der Vergangenheit angehört. Wir investieren wieder mehr Geld in die **Sucht- und Schuldnerberatung**. Außerdem setzen wir darauf, dass die soziale Infrastruktur wieder angemessen gefördert werden muss, damit negative Auswirkungen auf die Gesellschaft vermindert werden können.

Gerade das ist eine Investition in die Zukunft und führt auch langfristig zu Einsparungen an anderer Stelle. Soziale Krisensituationen dürfen sich nicht verselbständigen oder gar verfestigen. Das ist der Anspruch, den die Bürgerinnen und Bürger zu Recht an die Politik stellen. Dieser Verantwortung stellen auch wir uns.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir die Struktur der Frauenhäuser und die **Frauenberatungsstellen** wieder stärken. Hier steht nicht die Frage im Vordergrund, ob wir uns mit Hamburg über ein gemeinsames Konzept für die Unterstützung für Frauen in Not einigen können. Das wird natürlich angestrebt und ist auch sinnvoll. Aber ungeachtet dessen ist es zwingend notwendig, losgelöst von gemeinsamen Projekten die vorhandene Infrastruktur zu stärken, damit Frauen in Not im wahrsten Sinne des Wortes nicht vor verschlossenen Türen stehen. Für uns sind Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen nicht „nice to have“, sondern ein unabdingbarer Teil der sozialen Infrastruktur.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt für den Bereich der **Kindergärten**. Auf der einen Seite wollen wir mit einer vernünftigen Sozialstaffelregel dafür sorgen, dass auch sozial Schwache die Chance auf einen Kindergartenplatz und damit auf mehr Bildung für ihre Kinder erhalten. Auf der anderen Seite stecken wir gerade auch viele Mittel in den Ausbau der Kindertagesstätten. Insbesondere die Betreuung der unter Dreijährigen liegt uns am Herzen. Wir stecken viel Geld in den Ausbau der Kindertagesstätten. Wir sehen dieses natürlich als eine Maßnahme, die dazu führt, dass beide Elternteile wieder die Chance haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Aber auch hier ist es wichtig, die soziale Dimension dieser Maßnahme deutlich zu machen. Wenn wir wollen, dass bildungsferne Schichten mehr Chancen im Leben erhalten, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass die Kinder hier im Kindergarten erste Schritte im Bildungssystem machen können. Deshalb müssen so viele Kindergartenplätze wie möglich angeboten werden. Genau das fördern wir.

Das ist auch wieder ein Unterschied zu Schwarz-Gelb. Sie wollten es in Ihrer Regierungszeit auf einen Rechtsstreit mit den Kommunen ankommen lassen. Wenn man ehrlich ist, dann ging es Ihnen auch in der Frage des Ausbaus der Kindertagesstätten.

(Lars Harms)

ten eher um die Frage, wie viel Geld Sie sparen können, als um soziale oder gesellschaftliche Fragen. Das ist eben im Kern der Unterschied. Wir reduzieren Maßnahmen nicht auf ihren Spareffekt, sondern betrachten natürlich auch die Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Nachhaltigkeit einer Maßnahme.

Man kann nicht über die **Integration von Migrantinnen und Migranten** fabulieren, wenn man gleichzeitig für die Kinder dieser Gruppen nicht genügend Kindergartenplätze zur Verfügung stellt. Wir wollen dafür werben, dass gerade auch viele Kinder aus Migrantenfamilien das Angebot der Kindertagesstätten nutzen. Deshalb ist ein Betreuungsgeld der falsche Ansatz; vielmehr müssen wir auch von Bundeseite her mehr Geld in die Kindertagesstätten stecken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir tun als rot-grünblaue Koalition genau das und hoffen, dass sich diese Erkenntnis auch auf Bundesebene durchsetzt.

Da wir schon beim Thema Bildung sind, lassen Sie mich feststellen: Durch diesen Haushalt wird deutlich, dass die Küstenkoalition auch im Schulbereich die richtigen Schwerpunkte setzt. Mit neuen **Schulgesetzänderungen** schaffen wir neue Strukturen auf der einen Seite und mehr Unterstützung für freie Schulen auf der anderen Seite.

Betrachten wir erst einmal die **öffentlichen Schulen**. Wir merken alle, wie schwierig es ist, die Ansprüche zu erfüllen, die durch Eltern, Schüler und auch die Lehrerschaft an uns gestellt werden. Das war auch früher nicht anders. Man kann sicherlich immer etwas besser machen, wenn die Ressourcen dafür da sind. Nur, die finanziellen Mittel sind so, wie sie jetzt sind, nämlich begrenzt. Das spiegelt natürlich auch der Haushalt für 2014 wider. Wir werden zwar mehr Lehrerstellen schaffen, als noch unter der alten Regierung geplant waren. Aber es werden kurzfristig nicht so viel mehr sein, wie wir es uns alle gewünscht haben. Trotzdem muss hier das Augenmerk insbesondere auf die Tendenz gelegt werden.

Über einen längeren Zeitraum bis 2020 werden wir mehr Lehrer im System lassen als bisher geplant, und deshalb können wir mit Fug und Recht sagen, dass es mit uns in der Bildungspolitik aufwärtsgeht.

Dies zeigt auch gerade die Tatsache, dass wir auch in der Struktur handeln. In Zukunft wird es nur noch **zwei weiterführende Schulformen** geben,

nämlich die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium, die auch vielfältig miteinander kooperieren können. Diese **Strukturänderung** wird auch mittel- und langfristig Ressourcen freispülen, die in die Qualität und manchmal auch in die Quantität des Unterrichts einfließen können. Das ist allerdings nur die, wenn man so will, ökonomische Seite dieser Maßnahme.

Viel wichtiger ist uns auch hier die **soziale und bildungspolitische Dimension** dieser Maßnahme. Ziel ist es, mehr Schülerinnen und Schüler an einen höheren Bildungsabschluss heranzuführen als bisher und nicht Schulsysteme gegeneinander auszuspielen. Wir reden also nicht nur über Abiturienten, sondern eben gerade auch über alle anderen Schulabschlüsse. Und wir reden auch hier von besseren Bildungschancen von sozial Schwachen und von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir wollen allen Menschen eine bessere Bildung ermöglichen, und dafür werden wir noch einiges über das bisher Erreichte hinaus tun.

Bildungspolitische Maßnahmen aber auf das öffentliche Schulsystem zu begrenzen wäre der falsche Weg. Die **freien Schulen** bilden ein weiteres Element der Bildungslandschaft in unserem Land. Natürlich bilden die freien Schulen erst einmal nur bildungspolitische Wünsche von bestimmten Gruppen ab. Deshalb ist es nicht Aufgabe des Staates, jedes Bildungsideal von einzelnen Gruppen vollständig zu finanzieren. Aber es ist schon staatliche Aufgabe, hier für eine Grundfinanzierung zu sorgen, die die Möglichkeit von alternativen Schulangeboten überhaupt unterstützt. Wer sich das neue Schulgesetz und den vorgelegten Haushalt ansieht, der wird erkennen, dass genau dieser Ansatz jetzt umgesetzt wird.

Die freien Schulen erhalten eine transparente und nachvollziehbare Berechnungsgrundlage für ihre zukünftige Finanzierung, und sie erhalten dadurch Planungssicherheit. Beides an sich wäre schon ein Erfolg, aber mir ist es natürlich wichtig zu erwähnen, dass diese Umstellung auf eine neue Finanzierung auch dazu führt, dass die freien Schulen schon im Jahr 2014 mehr als 5 Millionen € an Zuschüssen bekommen werden. Das sind fast 9 % mehr Zuschüsse, und das ist ein unheimlicher finanzieller Kraftakt. Aber für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, auch hier etwas zu tun.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Finanzierung für Schulen in freier Trägerschaft hat aber auch eine minderheitenpolitische

(Lars Harms)

Dimension. Wir sind in diesem Jahr glücklicherweise wieder zu einer gerechten Finanzierung für die **dänischen Schulen** zurückgekehrt und stellen diese gerechte Finanzierung jetzt auf die gleichen Beine wie die Finanzierung der freien Schulen. Für die Finanzierung der dänischen Schulen hat das Land eine besondere Verantwortung. Die dänischen Schulen fungieren nämlich als Regelschulen für die dänische Minderheit. Der Dänische Schulverein erfüllt einen Gewährleistungsauftrag, der sonst durch das öffentliche Schulsystem erfüllt werden müsste. Gäbe es die dänischen Schulen nicht, müsste die Beschulung der Kinder der dänischen Minderheit mit Unterricht in dänischer Sprache im öffentlichen Schulsystem erfolgen, ähnlich wie es in Sachsen und Brandenburg öffentliche sorbischsprachige Schulen für die sorbische Minderheit gibt.

Diese Gewährleistungspflicht ergibt sich nicht nur aus unserer Landesverfassung, sondern insbesondere auch aus der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen. In dieser Charta hat sich das Land verpflichtet, für die Kinder der dänischen Minderheit Schulunterricht auf Dänisch oder zumindest in einem ausreichenden Anteil in dänischer Sprache zu gewährleisten. Genau diesen bundesgesetzlichen Anspruch erfüllt das Land dadurch, dass der Dänische Schulverein diese Schulen betreibt. Genau deshalb ist eine 100%-Förderung nicht nur sinnvoll, sondern eben auch rechtlich geboten. Eine Gleichstellung der dänischen Schulen mit den öffentlichen Schulen ist somit der einzig anwendbare Maßstab, rechtlich geboten und natürlich auch gerecht. Und wir machen das.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erlauben Sie mir hier noch einen weiteren Hinweis auf die Minderheitenpolitik. Für uns als Küstenkoalition ist es ganz wichtig, dass **Minderheitenpolitik** bei allen Initiativen mitgedacht wird. Für uns ist die Minderheitenpolitik eine Querschnittsaufgabe, und bei allen Initiativen muss betrachtet werden, ob minderheitenpolitische Aspekte einbezogen werden können. Deshalb wird die friesische Kulturarbeit zusätzlich aus Glücksspielmitteln finanziert, und deshalb werden alle drei Minderheiten bei zukünftigen Planungen des Landes angehört. Auch werden die drei Minderheiten in Zukunft einen Sitz im Landesplanungsrat haben. Dies zeigt, dass wir die Minderheiten nicht als eine finanzielle Belastung, sondern als eine gesellschaftliche Bereicherung sehen, die eben auch mit ihren speziellen Sichtweisen eine Bereicherung für die Mehrheit sein können.

Dies muss sich in der Gesetzgebung ausdrücken, und dies muss sich auch in der Gestaltung des Haushaltes ausdrücken. Deshalb haben wir in diesem Bereich alle Kürzungen der alten Regierung zurückgenommen, und deshalb ist es eine fortwährende Aufgabe, die vorhandenen Strukturen bei den Minderheiten zu erhalten und zu stärken.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Erhalten und stärken“ sind auch die Stichworte, wenn es um unsere eigenen Liegenschaften geht. Es kann nicht sein, dass wir das, was dem Land gehört, nach und nach verfallen lassen. Bestes Beispiel, was dann passiert, sind die Straßen. Wir fordern schon seit Jahren sehr deutlich, dass gerade auch der Bund seiner Verantwortung hier nachkommen muss. Wenn wir heute sehen, wie marode die Rader Hochbrücke ist und dass im Rendsburger Tunnel die Teerdecke dem Lastverkehr schon nach wenigen Wochen nicht mehr standhalten kann, kann man erahnen, dass dem **Erhalt der Straßeninfrastruktur** eine gewichtige Rolle zukommen wird. Vor diesem Hintergrund investieren wir genau in diesem Bereich und versuchen, Investitionen in unser Landesstraßennetz vorzuziehen. Ähnliches sehen wir aber auch bei der Hafeninfrastruktur, wo es dann nicht nur um den Erhalt, sondern auch um den Ausbau der Infrastruktur geht. Auch hier werden wir investieren müssen, um unsere Häfen zu erhalten und für die Zukunft zu stärken.

Wesentliche **Infrastrukturmaßnahmen** betreffen aber insbesondere unseren **Gebäudebestand**. Mit dem Programm PROFI tragen wir dazu bei, dass große Teile unseres Gebäudebestandes energetisch saniert werden können und so die Unterhaltungsausgaben für kommende Jahre reduziert werden. Wir investieren hier also in die Zukunft und sparen langfristig Geld in den kommenden Haushalten. Dies mag als Beweis dafür dienen, dass nicht jede Investition nur als Ausgabe gesehen werden muss, sondern auch als eine Grundlage dafür, zukünftige Kosten zu minimieren.

Deshalb gehen wir auch den **Sanierungsstau** in den **Hochschulen** konkret an. Auch hierfür haben wir ein Sondervermögen angelegt, das dazu beitragen wird, den Sanierungsstau abzubauen. Das ist auch Basis dafür, dass Forschung und Lehre an den Hochschulen bessere Bedingungen bekommen. So gesehen investieren wir hier ganz konkret und sichtbar in die Bildungsinfrastruktur und zeigen damit, dass wir in allen Bereichen der Bildung - der frühkindlichen Bildung, der Schulbildung und auch der Hochschulausbildung - vorankommen wollen.

(Lars Harms)

Verantwortung für das Land drückt sich aber nicht nur direkt haushaltspolitisch aus, sondern auch indirekt. Natürlich spielen hierbei auch weitere Rahmenbedingungen eine Rolle. So haben wir bewusst das **Sparkassengesetz** dergestalt geändert, dass keine Gefahr besteht, dass sich private Banken in die Sparkassen einklagen können.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, der Erfolg gibt uns recht. Die Welt ist nicht untergegangen, nachdem wir der möglichen Privatisierung einen Riegel vorgeschoben haben. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen gehen untereinander Kooperationen ein, und niemand muss die Sorge haben, dass extreme Renditeerwartungen dazu führen, dass sich die Sparkassen aus der Fläche verabschieden. Genau das wäre aber die Gefahr gewesen. Aus sozialpolitischer Sicht wäre dies ein Super-GAU gewesen, weil dann eben wieder die Frage gestellt worden wäre, ob man auf dem flachen Land noch eine vernünftige Versorgung mit Bankdienstleistungen hätte vorhalten können.

Es ist eben nicht nur eine finanzpolitische Frage, wenn es um die Sparkassen geht, sondern auch eine sozialpolitische Frage. Es wäre auch finanzpolitisch höchst fragwürdig gewesen, weil wir alle wissen, dass die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken das Rückgrat für die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind. Wer ihnen dieses Rückgrat bricht, der sorgt dafür, dass diese Unternehmen in der Fläche eine ungewisse Zukunft gehabt hätten. Genau das wollten wir nicht. Durch unser Sparkassengesetz stärken wir auch und gerade die **kleinen und mittleren Unternehmen**. Und nebenbei bemerkt führt der Erhalt dieser Unternehmen auch dazu, dass sich die Einnahmesituation bei Land und Kommunen verbessert und weiter Steuern hier bei uns und nicht anderswo gezahlt werden.

Das führt mich zwangsläufig zu unserem Gesetzespaket aus **Tariftreuegesetz, Mindestlohngesetz und Korruptionsregistergesetz**. Wir werden diese Gesetze ja noch einmal an anderer Stelle debattieren. Aber schon jetzt sei darauf hingewiesen, dass wir es sind, die unsere heimischen Unternehmen vor unlauterer Dumpinglohnkonkurrenz schützen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Das ist auch gut so, lieber Kollege Arp.

(Beifall SSW und SPD)

Durch unser Maßnahmenpaket tragen wir dazu bei, dass es überhaupt noch möglich bleibt, dass öffentliche Aufträge durch unsere Unternehmen vor Ort

ergattert werden können. Wer nur den Dumpinglöhnen das Wort redet, der nimmt billigend in Kauf, dass unsere heimischen Unternehmen von der Landkarte verschwinden. Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass unsere Unternehmen eine faire Chance haben, und wir wollen, dass die Arbeitsplätze hier vor Ort erhalten bleiben und gut bezahlt werden. Konkurrenzfähige Unternehmen und vernünftig bezahlte Arbeitnehmer sind nämlich der eigentliche Garant dafür, dass auch wirklich hier bei uns Steuern gezahlt werden. Deshalb wollen wir eben nicht, dass nur wenige alles bekommen, sondern dass viele genügend bekommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fängt dann eben auch bei der Gesetzgebung an: Wer sich nur auf Großkonzerne fokussiert und auf Steuererleichterungen für Reiche setzt, der regiert am Volk vorbei und bekommt dann irgendwann auch einmal die Quittung dafür.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir setzen darauf, dass wir etwas für die Menschen vor Ort tun, und wir setzen darauf, die Lebenswirklichkeit der Menschen positiv zu beeinflussen. Haushaltspolitik ist somit für uns nicht nur eine Rechenaufgabe oder eine Frage von buchhalterischer Kleinkrämerei. Für uns bedeutet Haushaltspolitik, für die Menschen wirklich etwas zum Positiven zu verändern. Deswegen stellen wir Mittel für einen **Demenzplan** ein, um für die Herausforderungen des demografischen Wandels vorbereitet zu sein und Betroffenen wie Angehörigen zur Seite zu stehen. Deshalb investieren wir in die **Infrastruktur der Theater** in Schleswig-Holstein. Wir brauchen ein Landestheater, und wir brauchen auch eine Spielstätte in Schleswig. Hier hat unsere Kulturministerin ein hervorragendes Angebot gemacht, das die kulturelle Infrastruktur auf dem flachen Land stärken wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Johannes Callsen [CDU]: Toll! Ich lache mich kaputt!)

- Lieber Kollege Callsen, ähnlich sieht es auch mit der **Gedenkstättenarbeit** aus. Trotz aller Haushaltszwänge wollen wir, dass die Gedenkstättenarbeit weiter ausgebaut wird. Wir brauchen diese Erinnerungsstätten, damit auch junge Leute sehen können, was Intoleranz, Menschenfeindlichkeit gleich welcher Art und Radikalismus anrichten können. Deshalb ist es auch richtig, darüber nachzudenken, wie man Schülerinnen und Schüler an

(Lars Harms)

die eigene Geschichte heranzuführen kann. Für uns ist jedenfalls auch diese Art der Arbeit eine Investition in die Zukunft - wenn man so will, eine Investition in eine bessere Zukunft!

Wie ich am Anfang meiner Rede deutlich gemacht habe, ist Sparen kein Selbstzweck, sondern - wenn überhaupt - Mittel zum Zweck, nämlich Mittel dazu, wieder **finanzielle Spielräume in der Zukunft** zu schaffen. Deshalb werden wir die Schuldenbremse, die wir in der Verfassung verankert haben, einhalten. Dieses ist Verfassungsauftrag und unser ureigenstes Anliegen zugleich. Wir als SSW haben uns seinerzeit sehr bewusst dafür eingesetzt, dass die **Schuldenbremse** in der Verfassung verankert wird. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass die Schuldenbremse und die Einhaltung der Kriterien, die uns durch den Stabilitätsrat aufgegeben worden sind, nicht zur Debatte stehen. Diese Rahmenbedingungen sind das Korsett, in dem sich unser Haushalt bewegt.

Das schließt aber trotzdem nicht aus, dass man sozial verantwortlich handelt. Es ist auch bei einer **Haushaltskonsolidierung** nicht notwendig, sozialen Kahlschlag durchzuführen, das unterscheidet uns in der Sichtweise doch sehr von manch anderen. Wir wollen beides: den Haushalt nachhaltig sanieren und gleichzeitig sozial verantwortlich handeln. Der Haushalt, der Ihnen heute vorgelegt wird, zeigt überdeutlich, dass dies möglich ist.

Im Landtagswahlkampf warb die CDU mit einem Plakat, das darstellte, dass eine mögliche „Dänen-Ampel“, wie sie es nannte, einen Schlingerkurs fahren würde. Passiert ist das Gegenteil. Mit der Küstenkoalition geht es geradewegs in eine positive und sozial gerechte Zukunft.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Gar kein Kurs! - Heiterkeit CDU und FDP)

Daran werden sich auch die Kollegen von CDU und FDP gewöhnen müssen. Daran werden wir auch in den kommenden Jahren kontinuierlich weiterarbeiten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort zu einem weiteren Wortbeitrag.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer über Haushaltspolitik spricht, muss sicherlich eine langfristige Perspektive entwickeln und vor allem auch die **Nachhaltigkeit** ins Zentrum stellen. Uns als Koalition wird immer wieder etwas vorgeworfen - das war bei den Haushaltsberatungen letztes Jahr schon so und im Wahlkampf so, das wird sicher auch dieses Jahr in den weiteren Beiträgen der Kollegen haushaltspolitische Sprecher der Opposition kommen werden -, und zwar, dass wir nicht nachhaltig sind, dass wir die **Schuldenbremse** reißen werden, genauso wie Sie es uns in der Vergangenheit vorgeworfen haben. Da gilt es doch erst einmal festzustellen, dass wir das letztes Jahr nicht getan haben und dass wir das mit dem Haushaltsentwurf für 2014 wieder nicht tun werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben vom Fraktionsvorsitzenden der CDU gehört, dass es nur darum gehe, rot-grün-blaue Klientelpolitik zu betreiben, Lieblingsprojekte abzusichern und Nachhaltigkeit nicht im Blick zu haben. Herr Callsen, ich frage Sie genauso wie die anderen Oppositionsfraktionen, was Sie damit eigentlich genau meinen, ob Sie damit meinen, dass wir nach wie vor beispielsweise einen Schwerpunkt bei Frauenhäusern setzen, um notleidenden Frauen zu helfen, ob Sie damit meinen, dass wir den Breitbandausbau vorantreiben wollen, ob Sie damit meinen

(Zuruf)

- wir stecken da wesentlich mehr Geld rein, als Sie es jemals zuvor getan haben -, ob Sie mit **Klientelpolitik** die Ausbildung im Bereich der Pflege meinen, ob Sie damit notleidende Flüchtlinge meinen oder ob Sie damit den Anstieg beim kommunalen Finanzausgleich meinen. Alles das müssen Sie beantworten, und all das haben Sie bisher nicht beantwortet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir können uns gern auch ein bisschen näher ansehen, was die Opposition eigentlich für Ideen hat oder für mangelhafte Konzepte hier vorlegt oder eben nicht vorlegt. Da sind es vor allem die PIRATEN, die es schaffen, hier alles zu kritisieren. Das wird durch die Rede des Kollegen Schmidt oder durch Zwischenrufe der Kollegin Beer untermauert. Aber das alles reicht mir nicht aus. Da sage ich -

(Rasmus Andresen)

wie letztes Mal -: Legen Sie bitte eigene Schwerpunkte vor, erstellen Sie ein eigenes finanzpolitisches Konzept. All das fehlt. All das wäre aber dringend notwendig, wenn Sie sich als Partei neu aufstellen wollen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

- Nein, das alles hat er nicht vorgetragen. Es war ein Sammelsurium an Vorwürfen, aber es war kein Konzept.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber schauen wir uns die CDU und das an, was die CDU so fordert. Da gibt es eine ganze Reihe von **Forderungen**, die man zwar im Einzelnen diskutieren und wozu man unterschiedliche Positionen haben kann, die aber insgesamt nicht zusammenpassen. Dazu gehört zum einen, dass einer der größten Kritikpunkte von Ihnen ist, dass wir die **Grunderwerbsteuer** über den Satz hinaus anheben, auf den Sie sie ohnehin schon angehoben haben. Das kann man kritisieren.

(Tobias Koch [CDU]: Warten Sie doch mal ab!)

Das kann man kritisieren, aber dann muss man sich auch damit auseinandersetzen, dass Sie mit dem, was Sie machen, weitere Lücken in Höhe von 66 Millionen € in den Landeshaushalt und 15 Millionen € in den die Kommunen reißen, denn, Herr Koch und Herr Callsen, das sind die Summen, die den Kommunen und im Landeshaushalt fehlen werden. Es ist unredlich, wenn man es in Regierungsverantwortung - Herr Wiegard sitzt hier im Raum - selbst besser gewusst und anders gemacht hat.

(Zuruf CDU)

Herr Koch und Herr Callsen, wie populistisch das ist, sieht man im Übrigen auch daran, dass die Bundesregierung - ich erinnere mich an die letzte Landtagsdebatte, die wir hier vor der Bundestagswahl geführt haben - von den ganz großen, ganz bösen rot-grünen **Steuerplänen** zur Einkommensteuer und Vermögensabgabe und davon gesprochen hat, dass das alles ganz schlimm sei. Was passiert heute? - Um den Weg für eine Große Koalition frei zu machen, denkt Finanzminister Wolfgang Schäuble über mögliche Steuererhöhungen nach. Das ist die Finanzpolitik der CDU: vor der Wahl das eine, nach der Wahl das andere.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Gleichzeitig fordert der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Arp, dass mehr Geld für **Straßensanierung** gezahlt werden muss - 20 Millionen € mehr -, gleichzeitig fordern Sie nach wie vor, dass Straßen gebaut und nicht nur saniert werden sollen. Auch das kann man politisch und inhaltlich diskutieren, aber auch das bedeutet Konsequenzen für die Haushaltspolitik. Jeder Kilometer Straßenbau kostet beispielsweise eine Viertel bis eine halbe Lehrerstelle. Es ist eine ganz klare Prioritätensetzung, die Sie vornehmen, die Sie aber nicht mit Zahlen unterlegen und die nicht zu dem passt, was Ihr hehrer Anspruch in anderen Politikbereichen und in der Finanzpolitik ist.

Das Gleiche gilt für andere Bereiche. Das Gleiche gilt für Frau Damerow, die sich als polizeipolitische Sprecherin hinstellt und davon redet, dass es **polizeifreie Zonen** in diesem Land geben werde. Auch das unterfüttern Sie haushaltspolitisch null und überhaupt nicht. Das Ganze gilt auch im **Bildungsbereich**, wo Sie gern mehr machen würden, aber das auch irgendwie nicht so ganz zusammenkriegen oder unterfüttern.

Das Ganze passt vor allem nicht mit der Forderung zusammen, die Sie, Herr Koch, aufstellen, die lautet, dass wir die Einhaltung der **Schuldenbremse** auf 2017 vorziehen sollen. Das ist eine Forderung, die Sie letztes Jahr formuliert haben. Ich weiß nicht, ob Sie noch dazu stehen, dass wir die Einhaltung der Schuldenbremse vorziehen sollten. Das wäre auch eine gute Forderung. Das könnte man auch machen. Es passt aber nicht zu den Forderungen, die darüber hinaus noch in der CDU existieren und die ich gerade genannt habe. Denn die Einhaltung der Schuldenbremse vorziehen, würde bedeuten, dass wir 335 Millionen € mehr kürzen müssten, als wir es durch die Schuldenbremse, so wie sie jetzt angelegt ist, und die Haushaltskonsolidierung, die wir machen wollen, anlegen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Andresen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Torge Schmidt?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, klar.

Torge Schmidt [PIRATEN]: Herr Kollege Andresen, stimmen Sie mit mir überein, dass wir in der ersten Lesung des Haushalts sind und die Anträge zum Haushalt von der Op-

(Rasmus Andresen)

position erst im November kommen, um in der zweiten Lesung beraten zu werden?

(Beifall PIRATEN und Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, ich gebe Ihnen recht, dass wir in der ersten Lesung sind und es sicherlich in irgendeiner Form Haushaltsanträge der Opposition geben wird. Ich erinnere Sie jetzt zu diesem Zeitpunkt aber schon daran, was bei Ihnen alles nicht zusammenpasst. Wenn Sie sich hier hinstellen und in Redebeiträgen mit großen Worten die Koalition kritisieren, dass alles nicht zusammenpasse, dass wir die Schuldenbremse rissen, dass wir falsche oder zu wenig Schwerpunkte setzten, dann müssen Sie sich daran auch schon in der ersten Lesung messen lassen. Haushaltspolitik fängt nicht erst mit der ersten Lesung an und hört mit der zweiten Lesung im Dezember auf, sondern sie ist eine grundsätzliche Entwicklung. Von der Seite der PIRATEN wurde bisher wenig vorgelegt, und das, was von der CDU an Forderungen im Raum steht, passt gar nicht zueinander. Das darf man auch in der ersten Lesung formulieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern. Das verlängert nämlich die Redezeit, die sonst knapp wird.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Andresen, sind Sie mit mir nicht auch der Meinung, dass die Vernunftbegabtheit der Menschen so unbegrenzt groß ist, dass wir mit großer Freude auf die Haushaltsanträge von CDU, FDP und PIRATEN warten, um festzustellen, ob sie ein schlüssiges Alternativkonzept darstellen, das einen Teil der Unverträglichkeit miteinander verbindet? Das dürfen wir doch in freudiger Erwartung entgegennehmen. Dann wollen wir uns gern mit dem vergleichen. Insofern sollten wir den Kollegen ein bisschen Mut machen, damit sie nicht ganz so deprimiert aus dieser Haushaltsdebatte herausgehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Im Gegensatz zu Ihnen werden wir das tun!)

- Ich gebe Ihnen recht. Ich möchte hier niemanden deprimieren, aber ich stelle trotzdem fest, dass die Erwartungshaltung so ist, wie ich es eben formuliert habe, und dass sich die Punkte, die ich gerade eben am Verhalten der Opposition kritisiert habe, auch in den Haushaltsanträgen auflösen müssen. Ich bleibe diesbezüglich erst einmal skeptisch.

Wir müssen langfristig und nachhaltig denken, wenn wir Haushaltspolitik machen. Deshalb sind die Schwerpunkte, die auch meine Kollegin und Fraktionsvorsitzende unserer Fraktion, Eka von Kalben, vorhin genannt hat, absolut richtig. Es sind für uns Bildung und Klimaschutz und ganz, ganz viele andere Sachen. Wir fordern beispielsweise eine Bündelung in der **Wirtschaftsförderung**. Wir wollen ähnlich, wie es der Leiter des Instituts für Weltwirtschaft, Professor Snower, fordert, Wirtschaftspolitik in Zukunft besser bündeln. Wir wollen, dass an der Westküste ein Energie-Cluster gemacht wird, bei dem wir Wirtschaftsförderung sinnvoller einsetzen, als es in den letzten Jahren getan wurde. Da ist noch Luft nach oben.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen beispielsweise auch das Programm PROFI A aufstocken. Dies ist ein erfolgreiches Programm, für das vonseiten der Landesregierung bisher schon ganz viele Sanierungsprojekte angemeldet wurden. Es sollten aber auch noch weitere Projekte gemacht werden. Nach wie vor wollen wir die Einführung von intelligenten Zählern in der Landesverwaltung vorantreiben.

Wir glauben, dass da noch Luft nach oben ist. Wir wollen im **Bildungsbereich** ganz viel für Kitas und Schulen machen. Wir haben das schon debattiert und werden es in den nächsten Tagen noch weiter debattiert werden. Wir wollen auch weiter schrittweise die Unterfinanzierung der Hochschulen bekämpfen. Das ist mir auch wichtig. Das kommt in den Debatten von vielen Seiten meistens zu kurz. Deshalb sage ich es hier noch einmal: Die Hochschulen haben nicht nur bei der Sanierung, sondern auch in ganz vielen anderen Punkten eine haushaltspolitische Priorität.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht darum, die **Personalkosten** weiter im Blick zu haben und beispielsweise da nicht nachzulassen, auch wenn das dazu führt, Leute aufzuschrecken,

(Rasmus Andresen)

dass außerhalb des Raumes Pressemitteilungen geschrieben werden. Beim Anstieg der Personalkosten müssen wir aber so reagieren, dass wir weiterdenken. Deshalb fordern wir - ähnlich wie die Opposition, als sie noch Regierungsverantwortung hatte - einen **Pensionsfonds**. Dieser kann nicht von heute auf morgen eingeführt werden. Er wird sicherlich auch erst nach Einhaltung der Schuldenbremse greifen können, aber er gibt eine Perspektive. In den nächsten Jahren müssen wir dafür Konzepte entwickeln, die danach greifen. Dies sind keine Kürzungen im Pensionsbereich - bevor das wieder geschrieben wird -, aber wir sind da mit dem Denken noch nicht am Ende und müssen uns strukturell und konzeptionell weiterentwickeln. Das werden wir in den nächsten Jahren tun.

Der vorgelegte Landeshaushalt der Landesregierung ist eine gute Grundlage für die weitere Beratung, die wir über das übliche Verfahren in den nächsten Wochen und Monaten hier im Parlament haben werden. Ich freue mich darauf und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort. Über die Ihnen vorgegebene Zeit hinaus können Sie 30 Sekunden länger sprechen.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lars Harms, wenn es kein Schlingerkurs ist, dann nur deshalb, weil Sie das Land und den Haushalt direkt gegen die Wand fahren.

(Beifall CDU)

Die Finanzministerin hat heute Morgen ausgeführt, Schleswig-Holstein könne eine **konjunkturelle schwarze Null** sogar schon 2017 erreichen. „Sogar schon 2017“, waren ihre Worte. Vielleicht sollte ich dann statt von Finanzministerin lieber von Ministerin für Wahrheit sprechen. In George Orwells Roman 1984 ist nämlich das Ministerium für Wahrheit damit beschäftigt, alte Zeitungsberichte an die aktuelle Parteilinie anzupassen. Der alte Zeitungsbericht ist in unserem Fall die Finanzplanung aus dem Oktober 2012, erarbeitet und vorgelegt damals wie heute von Finanzministerin Monika Heinold. Darin ist nachzulesen: Die konjunkturelle schwarze Null wird 2016 erreicht. Im selben Jahr sollte sogar erst-

malig eine Kredittilgung von 70 Millionen € möglich sein. In Summe belief sich die geplante Neuverschuldung für die kommenden drei Jahre dennoch auf 400 Millionen €.

Die gute Nachricht der Finanzministerin in diesem Jahr bestand darin, dass sich all das um ein Jahr nach hinten verschiebt. Schwarze Null und erstmalige Tilgung jetzt erst 2017 und statt 400 Millionen € Neuverschuldung sind es jetzt 580 Millionen € **Neuverschuldung** in den nächsten drei Jahren geworden. Frau Ministerin, wenn Sie dann davon sprechen, dass die konjunkturelle schwarze Null „sogar schon 2017“ erreicht wird, dann führen Sie die Bevölkerung an der Nase herum, dann hoffen Sie darauf, dass niemand mehr in Erinnerung hat, was Sie diesem Parlament im letzten Jahr vorgelegt haben.

(Beifall CDU)

Alles in allem ergibt sich in den kommenden drei Jahren durch Steuereinnahmen, durch Zensuseffekte, durch die Grunderwerbsteuererhöhung und durch geringere Zinsausgaben ein **positiver Effekt** von 1.160 Millionen €. Bei dieser Landesregierung führt das zu 180 Millionen € **mehr Schulden** als noch im letzten Jahr geplant. Das muss man sich erst einmal vorstellen.

(Beifall CDU)

Weshalb ist das so? - Weil es die Landesregierung nicht schafft, die Ausgaben unter Kontrolle zu halten. In der Überschrift der Pressemitteilung des Kollegen Lars Harms heißt es dazu ganz unumwunden: Unser Land schafft die Sparpolitik ab. In der Tat: Das Budget für Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen liegt in den kommenden drei Jahren um stolze 630 Millionen € höher als noch im Oktober 2012 geplant. Steuermehreinnahmen und geringere Zinsausgaben werden bei Ihnen also direkt in Mehrausgaben hineingesteckt. Das liegt nicht an den Investitionen, denn die sinken im nächsten Jahr sogar noch um weitere 95 Millionen €.

Frau Ministerin, Sie nehmen den Menschen mit Steuererhöhungen mehr Geld aus der Tasche. Sie belasten zukünftige Generationen mit noch mehr neuen Schulden, und Sie täuschen die Öffentlichkeit mit den Aussagen zu Ihrer Finanzpolitik. Der passende Titel für die nächste Pressemitteilung des Kollegen Lars Winter könnte dann vielleicht heißen: Wir können auch Selbstdarstellung.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Um es aber mit einem Zitat von Lessing zu sagen:

(Tobias Koch)

„Die Menschen sind nicht immer, was sie scheinen, aber selten etwas Besseres.“

- Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Der Ministerpräsident des Landes, Herr Torsten Albig, hat das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe hier immer noch, obwohl ich nach dem, was ich im Verlauf des letzten Jahres gehört habe, schon deswegen nicht mehr hier sein könnte, weil wir am 13. dieses Monats aufgrund des Urteils des Landesverfassungsgerichts die Mehrheit hätten verlieren müssen, obwohl wir in dieser Zeit einen verfassungswidrigen Haushalt hätten vorlegen sollen. Ich stelle fest: Weder die eine noch die andere Erwartung der Opposition tritt ein. Ich bin ganz zuversichtlich, dass auch keine der anderen Erwartungen der so prognosekräftigen Opposition eintreten wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, Europa hat auf diese Regierung geschaut, und Europa hat mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass das, was aus der Opposition dieses Hohen Hauses vor ein Verfassungsgericht getragen oder zumindest von ihr gebilligt wurde - -

(Widerspruch CDU)

- Oder von ihr gebilligt wurde - -

(Tobias Koch [CDU]: Wortspielchen! - Weitere Zurufe)

- Hören Sie: Wer Orwell zitiert, um eine Finanzministerin anzugreifen, Herr Kollege, der sollte bei Wortspielchen ein klein wenig entspannter sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten und Oppositionsführers Callsen?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Nein.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das Gleiche gilt für Herrn Kubicki. Das Verfassungsgericht hat entschieden, das **Verfassungsgericht** hat europäisch entschieden, und das Verfassungsgericht hat deutlich gemacht, welches Signal von dieser Regierung nach Europa ausgeht, dass wir Minderheitenpolitik anders verstehen als Sie in diesem Land, worauf wir stolz sind. Wir führen dieses Land in eine Richtung, dass Minderheit kein Makel, sondern eine Stärke ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das steht hinter so einem Haushalt, bei dem Sie - Ihre Beiträge machen das deutlich - immer noch nicht verstanden haben, dass es darum geht, nicht nur Zahlen in eine Reihe zu bringen, sondern mit den Zahlen Leben und Gesellschaft so zu formen und voranzubringen, dass dieses Land in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit geht. Was Sie vorhaben, ist eine Haushaltspolitik, die in die Vergangenheit führt. Wir führen dieses Land nach vorn, wir führen dieses Land in die Zukunft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was Sie für sozialistische Bevormundungspolitik halten, bei der Sie glauben, dass wir uns bedingungslos unserer Klientel unterwerfen - ja, ich muss gestehen, wenn Sie das für sozialistische Bevormundungspolitik halten, mag das wohl so sein. Ich bekenne: Wir unterwerfen uns unserer **Klientel**, weil wir dieser Klientel verbunden sind. Wir glauben an die Kinder in diesem Land, und deswegen investieren wir in sie, indem wir Schulen starkmachen in diesem Land, indem wir Lehrerstellen zurückgeben und nicht streichen in diesem Land, indem wir Kommunen stärken in diesem Land, damit sie Krippenplätze ausbauen. Ja, für diese Klientel arbeiten wir, und wir lassen uns das gern von Ihnen vorwerfen. Uns ist diese Klientel offensichtlich wichtiger als Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir glauben, dass unsere Klientel, die auch im Bereich der **Minderheiten** auf uns setzt, eine Bedeutung hat. Deswegen haben wir uns den dänischen Schulen zugewandt. Ja, wir glauben an diese Klientel. Ja, wir setzen uns für diese Klientel ein. Sie ist

(Ministerpräsident Torsten Albig)

uns wichtig, und sie findet in unseren Haushalten entsprechende Berücksichtigung.

Ja, wir glauben, dass es richtig ist, heute das Morgen vorzubereiten, heute zu sanieren, heute Geld zurückzulegen. Deswegen legen wir Programme für energetische Gebäudesanierung auf. Deswegen legen wir - und nicht Sie - Programme auf, mit denen wir unsere Hochschulen voranbringen können. Deswegen bilden wir Sondervermögen, mit denen wir Infrastruktur besser machen können.

(Tobias Koch [CDU]: Auf unseren Druck hin!)

Wir wissen wie Sie, dass uns das, was wir aus vielen, vielen Jahren mangelhafter, unzureichender Infrastrukturunterstützung vorgefunden haben, noch lange fordern wird. Wir haben das hier in der letzten Tagung miteinander ausgetauscht. Wir wissen das. Deswegen gehen wir mit solchen **Sondervermögen** dagegen vor. Das mag Ihnen nicht gefallen, das mag Ihnen nicht reichen. Das ist legitim.

(Tobias Koch [CDU]: Das stimmt!)

Wir gehen Schritt für Schritt, Schritte, die Sie nicht gegangen sind, meine Damen und Herren. Wir wissen, dass es eine Politik vieler kleiner Schritte sein wird. Das sind aber Schritte, die wir real gehen und Sie nur virtuell kritisieren können.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, auch für Sie gilt: Ich rede bitte bis zum Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fühlen uns diesem Land verbunden. Wir glauben an die Menschen in diesem Land. Wir glauben daran, dass es wichtig ist, dieses Land wieder zusammenzuführen, was Sie mit Ihrer Haushaltspolitik falsch gemacht haben, besser zu machen.

Wir glauben, dass es mutiger ist - so unangenehm es ist, so angefochten es ist -, auf der Einnahmeseite einen Schritt zu gehen, einen kraftvollen Schritt, für den man kritisiert werden kann. Wir glauben, dass es mutiger ist, das zu tun, als Frauenhäuser kleinzumachen, als bei Blinden zu sparen. Wir glauben, dass es richtig ist, das zu tun. Das mögen Sie kritisieren. Es ist gar nicht unsere Erwartung - ich weiß gar nicht, woher das kommt -, dass Ihnen die Haushaltspolitik meiner Regierung gefallen müsste. Nein, sie muss den Menschen in diesem Land gefallen. Dafür machen wir Politik, und dafür ist dieser Haushalt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie mich schon so fleißig begleiten, wenn ich Grußworte halte oder wenn ich Straßen einweihe, dann nutzen Sie doch die Zeit, einmal mit den Menschen zu reden,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen wir ja!)

denen Sie dort begegnen, Herr Kubicki und Herr Callsen! Reden Sie doch einmal mit denen und nicht nur mit Ihren Parteifreunden darüber, wie es gesehen wird, dass man wieder mit den Menschen in diesem Land redet, dass man sie wieder ernst nimmt, dass sogar an der Westküste Politik aus Kiel wieder in Person auftaucht! Die wussten an der Westküste gar nicht mehr, wie Kieler Politiker aussehen, bevor wir uns da wieder haben blicken lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU und FDP - Zurufe)

Wir setzen auf eine **Politik des Miteinanders**. Wir setzen auf eine Politik, die Brücken baut. Allerdings geht sie - zugegebenermaßen - nicht so weit, dass sie sich daran misst, ob Oppositionsführer dem Ministerpräsidenten gratulieren oder ihn beglückwünschen. Nein, so weit geht es nicht. Sie können auf mein Lob verzichten, und ich auf Ihres. Sie geht so weit, dass wir uns den Notwendigkeiten im Land stellen. Sie, Herr Kollege, werden es in Ihrem Zahlenwahn ertragen müssen, dass wir es sein werden, die als Erstes einen ausgeglichenen Haushalt in diesem Land präsentieren werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann denn?)

Wir werden es sein, die zum ersten Mal nach 50 Jahren - noch in dieser Legislaturperiode, wenn die Entwicklung so weitergeht, wie wir es erhoffen - eine schwarze Null erreichen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wait and see!)

Wir werden es sein und nicht Sie. Wir machen das nicht als Bilanzbuchhalter, sondern wir machen das als Politiker mit den Menschen und nicht gegen die Menschen. Wir setzen mit dieser Politik auf dieses Land und die Menschen in diesem Land. Dieses Land braucht keine Buchhalter, es braucht Politikerinnen und Politiker. Wir sanieren Schleswig-Holstein, wir sparen es aber nicht kaputt. Wir investieren, wir konsolidieren. Mein Dank gilt der Finanzministerin für ihre Bemühungen. Wir sind auf einem guten Weg nach vorn.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen das Wort.

(Zurufe)

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, so also sieht Ihr **Dialog** in Schleswig-Holstein und im Schleswig-Holsteinischen Landtag aus: Sie gehen auf berechnete Zwischenfragen nicht ein. Das finde ich unglaublich.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Ich bin im Wesentlichen deshalb noch einmal nach vorn gegangen, weil ich erstens ausgesprochen befremdet darüber bin, dass Sie die Rede zum Haushalt der Landesregierung mit der Frage der **verfassungsrechtlichen Überprüfung des Wahlergebnisses** in Schleswig einleiten.

(Zurufe)

Dass Sie hier unterstellen, die Klage sei aus der Opposition - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Junge Union in Schleswig-Holstein gehört zur SPD?)

- Entschuldigung, es gibt hier Oppositionsfraktionen, die sich angesprochen fühlen. - Ihre Unterstellung, die Klage sei aus den Oppositionsfraktionen gekommen, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall CDU - Zurufe)

Zweitens ist es jedermanns Recht - wir leben zum Glück in einem Rechtsstaat -,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sehr richtig!)

gegen Wahlergebnisse entsprechende Prüfverfahren wie auch immer einzuleiten.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Noch darf man das!)

Dazu sollten wir auch gemeinsam stehen.

(Beifall CDU und FDP)

Letzte Bemerkung: Herr Ministerpräsident, für eine Haushaltsrede war die Vision, die Sie hier eben aufgezeigt haben, ausgesprochen dürftig. Ich darf das Wort der Finanzministerin von heute Morgen zitieren. Sie sprach vom „Licht eines Landes“. Diese Visionen waren nur ein kleines Licht. - Herzlichen Dank!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war nun wirklich ein souveräner Auftritt des Ministerpräsidenten.

(Lachen FDP und CDU)

Ich fange einmal damit an: Mich begeistert, dass wir die Menschen da, wo Sie geredet haben, einmal fragen sollen, was sie davon halten. Das habe ich überall, wo ich war, getan. Sie haben sich auch ungefragt an mich gewandt und gesagt: Bedauerlicherweise haben sie lange nicht mehr so substanzlose Reden gehört wie die von Ihnen, mit Pathos vorgetragen; das war es dann auch. Das war auch Ihre Rede heute.

(Beifall FDP und CDU)

Sie erklären, Sie wollten zusammenführen, und nicht spalten. Sie erklären, Sie machten Politik für die Menschen, was ja heißt, wir hätten keine Politik für die Menschen gemacht, sondern für wen auch immer. Sie erklären, Sie machten **Klientelpolitik**, und das sei gut, weil das eine Sonderklientel sei. Gleichzeitig werfen Sie uns über den Genossen Stegner vor, wir machten Klientelpolitik, und das sei böse. Es gibt also gute Menschen, Sozialdemokraten, und böse Menschen, die nicht bei den Sozialdemokraten sind. Dieses Weltbild, das Sie jetzt präsentieren, wird Ihnen um die Ohren fliegen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- So haben Sie gerade argumentiert.

Eins will ich Ihnen sagen: Ich haben dem SSW und den Grünen nicht vorgeworfen, dass sie beim letzten Mal vor dem **Verfassungsgericht** eine **Klage** eingereicht haben, weil ich selbstverständlich finde, dass man, wenn man die Auffassung hat, das etwas nicht rechtens ist, das überprüfen lassen soll.

(Beifall FDP und CDU)

Ich kann sicher sagen: Weder die PIRATEN noch wir haben diese Klage angestrengt. Wir hätten sie auch nicht angestrengt. Aber wenn wir vom Verfassungsgericht gefragt werden, wie wir eine bestimm-

(Wolfgang Kubicki)

te **Rechtsfrage** sehen, äußern wir uns dazu, und zwar unabhängig davon, ob Ihnen das gefällt.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Wir als FDP haben nie - das werden wir auch nicht tun, und Anke Spoorendonk weiß das - den SSW als Vertreter der dänischen Minderheit infrage gestellt; nie, zu keinem Zeitpunkt. Wir haben auch nie infrage gestellt, dass der SSW von der Fünfprozenthürde befreit werden muss. Die spannende Frage war nur, bis zu welchem Maß.

Herr Ministerpräsident, dass drei von sieben Verfassungsrichtern, also mehr als 40 % - das stellen Sie fest, wenn Sie rechnen können - die gleiche Rechtsauffassung wie wir getragen haben, heißt, dass sie jedenfalls nicht grundsätzlich falsch gewesen sein kann und dass man sich in absehbarer Zeit einmal Gedanken darüber machen muss, wie man das **Wahlrecht** anders gestaltet, als es gegenwärtig der Fall ist. So einfach, wie Sie sich das gemacht haben, ist es nicht.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Ich kritisiere das Verfassungsgericht nicht für seine Entscheidung. Das steht mir auch nicht an. Aber ich warne dringend davor, den Eindruck zu erwecken, es sei eine politische Entscheidung getroffen worden. Sie haben erklärt, das Verfassungsgericht habe eine europapolitisch richtige Entscheidung getroffen. Um diese Frage ging es nicht. Es ging um das Wahlrecht in Deutschland, um die Fragen der Stimmengleichheit, der Stimmengewichtung, der Erfolgswertgleichheit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich gehe davon aus, dass auch Sie das in absehbarer Zeit noch begreifen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Haushaltsdebatte ist alles gesagt, und der Ministerpräsident hat die Unterschiede deutlich hervorgehoben, die es zwischen Ihnen und uns gibt. Aber eines will ich Ihnen schon sagen, Herr Kollege Callsen, Herr Oppositionsführer: Sie stellen sich hier mit Empörung in der Stimme hin und tun so,

als ob das, was da vorgetragen worden ist, mit Ihnen nichts zu tun hätte. Die Junge Union ist Ihre Jugendorganisation. Herr Heinz sitzt im Landesvorstand der CDU.

(Johannes Callsen [CDU]: Staatsbürger!)

Im Übrigen sagen Sie: „Wir haben nichts gegen den SSW, wir wollen ihm nur zwei von drei Mandaten wegnehmen“, und kritisieren hinterher das Urteil als ein politisches. Genau das, was uns Herr Kubicki eben vorgeworfen hat, hat auch die Union gemacht.

(Johannes Callsen [CDU]: Nein, nein!)

Der Prozessvertreter der Jungen Union, der frühere Kollege Graf Kerssenbrock aus diesem Haus, hat von politischer Beeinflussung, von einseitigen politischen Urteilen gesprochen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das ist eine Form des Umgangs, für die sollten sich diejenigen schämen, die das zu vertreten haben. Da ist Ihre Empörung komplett daneben.

(Beifall SPD - Johannes Callsen [CDU]: Ihre auch!)

Das **Verfassungsgericht** hat vernünftig entschieden. Solange Sie solche Sorgen haben, mit denen Sie ans Mikrofon kommen, aber der Regierungspolitik keine Alternative gegenüberzustellen haben, kann ich nur sagen, müssen Sie sich auf ganz, ganz lange Zeit in der Opposition einstellen.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Verehrter Herr Präsident! Verehrter Herr Kollege Dr. Stegner! Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie die Haushaltsdebatte für beendet erklärt haben.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Von Profalla lernt er siegen!)

Offensichtlich haben Sie von Herrn Profalla etwas gelernt.

Wir besprechen heute aber nicht nur den Haushaltsentwurf, sondern eben auch Gesetzentwürfe zur Ausweitung von **Sondervermögen** zum Hochschulbau, zur energetischen Sanierung, zu Kinderbetreuungsplätzen. Wir haben in der letzten Tagung

(Dr. Patrick Breyer)

ein Sondervermögen zur Straßensanierung beschlossen. Weitere Ausweitungen sind schon angekündigt worden.

Zu diesem Unwesen der Sondervermögen möchte ich etwas sagen. Sie versuchen, mit diesen Sondervermögen, mit Buchungstricks die **finanziellen Spielräume des Landes** zu erweitern, und das zum Schaden des Landes, weil Sie eben Schulden aufnehmen, bevor wir das Geld überhaupt brauchen.

In der Staatspraxis sind Sondervermögen leider schon längst von der Ausnahme zur Regel geworden, begonnen mit dem Sonderfonds Deutsche Einheit, den der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel ins Leben gerufen hat. Als Rot-Grün im Bundestag in der Opposition war, haben sie das Problem auch kritisiert. Aber Sie halten es letztlich mit Mark Twain, der einmal sagte: Ich habe was gegen Millionäre, aber wenn ich die Chance hätte, einer zu werden, könnte ich für nichts garantieren.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Sie kritisieren unsolide Haushaltspolitik nur aus der Opposition heraus.

Ihre sogenannten Sondervermögen sind in Wahrheit nichts anderes als versteckte Schulden. Deswegen darf man sie auch nicht Sondervermögen nennen, sondern Sonderschulden.

(Beifall PIRATEN)

Diese **Schattenhaushalte** verstoßen gegen die Regeln der ordnungsgemäßen Haushaltsführung. Das sage nicht ich, sondern das hat der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums kritisiert. Die Konstruktion widerspreche dem Geist, der zur Einführung der Schuldenbremse geführt habe. Es fragt sich sogar, ob sie nicht auch sogar dem Wortlaut der Verfassung widerspricht.

Das **nordrhein-westfälische Verfassungsgericht** hat in seiner Entscheidung zum dortigen Landeshaushalt gesagt, es bestehe ein grundsätzliches Verbot kreditfinanzierter Rücklagenbildung. Es hat mehrere Ermächtigungen für verfassungswidrig erklärt, weil kein entsprechender Bedarf im maßgeblichen Haushaltsjahr bestanden hat. Es hat einen Grundsatz aufgestellt, wonach eine Kreditaufnahme im Regelfall dem Wirtschaftlichkeitsgebot widerspricht, wenn ihr kein entsprechender Ausgabebedarf gegenübersteht. Es hat auch ausgeführt:

„Allein das Bestreben, in künftigen Haushaltsjahren einen größeren finanziellen Gestaltungsspielraum für andere politische Ziele zu gewinnen, bietet keine verfassungsrecht-

lich tragfähige Rechtfertigung für eine unwirtschaftliche kreditfinanzierte Rücklagenbildung.“

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Das ist genau das, was Sie hier machen. Deswegen haben wir PIRATEN zu Recht verhindert, dass diese Sondervermögen im Schnellverfahren durchgepeitscht worden sind. Wir wollen, dass die Übereinstimmung mit der Verfassung sorgfältig geprüft wird, und wir brauchen einen Stopp für neue Sonderschulden.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Herr Ministerpräsident, wenn man einmal die Lyrik und die Unverschämtheiten in Ihrem Redebeitrag weglässt, fragt man sich, was übrigbleibt. Dann fragt man sich, wo der Haushalt ist, den Sie hier vorlegen sollten, der zu dieser Rede passt. Denn der vorgelegte Haushalt - jedenfalls den, den das Parlament kennt - passt weder zu Ihrer Rede noch zu der Rede der Finanzministerin.

Sie nennen das Buchhaltung. Beim Haushalt geht es schon darum, was man den Menschen nimmt, um es in die Zukunft des Landes zu investieren oder zu verweigern.

Sie nehmen nach Ihrem eigenen Haushaltsentwurf in den Haushaltsjahren 2013/14 gegenüber der Basis 2012 gut 800 Millionen € mehr ein. Da müsste man eigentlich sagen: Mein Gott, das ist eine schöne Basis, damit müsste man doch eigentlich auskommen können.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das sollte man meinen!)

Was machen Sie? Sie nehmen zusätzlich 800 Millionen € neue Schulden auf, 700 Millionen € mehr als die Basis, die wir gelegt haben. Nimmt man beides zusammen, 800 Millionen € **Mehreinnahmen** und 700 Millionen € **zusätzliche Schuldenaufnahme**, könnte man kräftig in die Zukunft Schleswig-Holsteins investieren. Aber weit gefehlt!

(Rainer Wiegard)

Die Investitionen werden auf den Stand von sage und schreiben 1970 gekürzt. Stattdessen stellen Sie und Ihr Herr Wirtschaftsminister sowie übrige Mitglieder aus dem Kabinett sich hier hin und fordern den Bund und Europa auf, man möge endlich in die Zukunft Schleswig-Holsteins und in unsere **Infrastruktur** investieren. Sie selbst aber verweigern dies. Stattdessen steigern Sie die **Konsumausgaben**. Gegenüber unserer Basis von 2012 erhöhen Sie die Konsumausgaben in den Jahren 2013/14 um satte 1,1 Milliarden €. Die regelmäßigen Einnahmen steigen aber nur um 560 Millionen €. Das ist Ihre Politik.

All das erinnert ganz fatal an die erste Regierungszeit von Rot-Grün in diesem Landtag. Ich habe es mehrfach ausgeführt und warne ganz dringend davor, diese Fehler zu wiederholen, weil wir alle das Ende von alldem kennen.

(Beifall CDU und FDP)

Investitionen kürzen und ein Stillstand bei der Infrastruktur; Sie haben hier vor der Sommerpause eine Regierungserklärung abgegeben. In dieser Regierungserklärung haben Sie eindeutig belegt, dass Ihre Regierung gleichzeitig für und gegen die Fehmarnbelt-Querung, für und gegen die A 21 und für und gegen die Elbquerung ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Ministerpräsident, 2013 gibt es exakt die gleichen Diskussionen, die eine gleiche Regierung in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts hier auch geführt hat. Sie sind noch keinen Schritt weiter, und das nennen Sie Zukunft.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das alles und Tenor und Inhalt der heutigen Reden belegen, dass Schleswig-Holstein mit dieser Regierung einen schweren Gang vor sich hat.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe in den Drucksachen 18/941, 18/942, 18/1155, 18/1156 und 18/1157 federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an alle weiteren Landtagsausschüsse und den Bericht

der Landesregierung Drucksache 18/1106 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überwiesen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Danke schön.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause. Wir sehen uns um 15 Uhr zur Fortsetzung der Beratungen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:23 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, die Beschlussfähigkeit ist hergestellt. Ich eröffne die Sitzung. Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne - - Ach, die sind auch noch nicht da; aber das kommt alles noch. Ich werde die Begrüßung nachholen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 31, 34 und 45 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1142 (neu)

b) Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1145

c) Asylrecht weiterentwickeln - Teilhabe und Chancen verbessern - Ressentiments bekämpfen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/598

Asylrecht weiterentwickeln: Teilhabe verbessern, Ressentiments bekämpfen und Menschenrechtsbeschränkungen aufheben!

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/656

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/669

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen-
und Rechtsausschusses
Drucksache 18/1162

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zunächst das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit den ihm in der Plenarsitzung am 21. März 2013 überwiesenen Vorlagen zum Thema „Asylrecht weiterentwickeln“ in mehreren Sitzungen befasst, zuletzt in seiner Sitzung am 11. September 2013. Im Rahmen der Ausschussberatungen hat es sich dann ergeben, dass von den antragstellenden Fraktionen ein gemeinsamer Antrag formuliert wurde.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss mit Zustimmung der Antragsteller dem Landtag einstimmig, die ursprünglichen Vorlagen in den Drucksachen 18/598, 18/656 und 18/669 für erledigt zu erklären. Gleichzeitig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und des SSW gegen die Stimmen der CDU, die Beschlussempfehlung, also praktisch den gemeinsamen, neu formulierten Antrag, auf der Basis des Umdrucks 18/1370 zu übernehmen und ihr zuzustimmen. Bezüglich der Begründung verweise ich auf die Vorlage. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete der CDU-Fraktion, Frau Astrid Damerow.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Weltweite Krisenherde haben Flucht und Ver-

treibung vieler Menschen zur Folge. Obwohl in den vergangenen Jahren immer weniger **Flüchtlinge** und Asylsuchende zu uns kamen, stellen wir heute fest, dass sich die Zahl der **Asylbewerber** bis Ende dieses Jahres im Vergleich zu 2011 verdoppelt haben wird. Diese Menschen kommen vor allem aus der Russischen Föderation, aus Afghanistan, Iran, Serbien und Mazedonien sowie in den letzten Monaten natürlich verstärkt aus **Syrien**.

Syrische Frauen, Männer und Kinder fliehen seit Monaten vor einem grausamen Bürgerkrieg. Sie fliehen in Flüchtlingslager jenseits ihrer Grenzen oder suchen Schutz vor allem in Europa. Deshalb begrüßen wir es, dass Bundesinnenminister Friedrich bereits im März entschieden hat, zusätzlich zu den bis jetzt bundesweit 18.000 syrischen Asylbewerbern 5.000 weiteren Menschen hier Schutz zu geben, und dass er zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern sein Einvernehmen erteilt hat.

Ebenso begrüßen wir den heutigen Abschiebestopp der Innenministerkonferenz, den heute der Innenminister per Pressemitteilung zur Kenntnis gegeben hat. Deutschland hat bisher mehr als ein Drittel aller syrischen Flüchtlinge, die in Europa Asylanträge gestellt haben, aufgenommen. Auch der UN-Flüchtlingskommissar Guterres hat das deutsche Engagement gelobt. Diesen Menschen zu helfen muss selbstverständlich sein, ist natürlich aber auch eine Herausforderung für uns.

Da wir bei zurückgehenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen unsere Unterbringungsmöglichkeiten reduziert haben, müssen wir nun schnellstmöglich adäquate **Unterkünfte** schaffen. Vor dieser Herausforderung stehen vor allem unsere Kreise und Gemeinden im Land; denn diese müssen letztendlich die Unterbringung, aber auch die Betreuung dieser oft schwer traumatisierten Menschen organisieren. Schon heute wissen wir, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster voll belegt ist, ebenso dass Kreise und **Kommunen** zunehmend Schwierigkeiten haben, die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen und zu betreuen.

Gerade wenn wir wirklich helfen wollen, gerade wenn in Zukunft vielleicht noch mehr Menschen unsere Hilfe brauchen, dürfen wir unsere Kommunen nicht überfordern.

(Beifall CDU und Serpil Midyatli [SPD])

Danke sehr. - Sie sind auf kurzfristige starke Anstiege der Flüchtlingszahlen nicht eingerichtet und haben vielerorts ihre Belastungsgrenzen bereits erreicht. Wir wünschen uns, dass die Bürger unseres

(Astrid Damerow)

Landes die Menschen, die bei uns Schutz suchen, willkommen heißen, sie aufnehmen und unterstützen. Dies geschieht heute bereits an vielen Orten mit großem, oft ehrenamtlichem Engagement.

Doch wir müssen auch unsere Bürger mitnehmen. Deshalb reicht es nicht, schnell immer höhere Aufnahmezahlen zu fordern. Wir müssen auch erklären können, wo und wie diese Menschen dann leben sollen, und wir müssen die aufnehmende Bevölkerung ausreichend darauf vorbereiten. Wir wollen eben keine Szenen der Ablehnung erleben, wie dies bereits leider an Orten geschehen ist.

Genau dafür brauchen unsere Kommunen ein schnell wirkendes und akzeptiertes Konzept. Deshalb haben wir diesen Antrag, der sicher nicht ins Leere läuft, eingebracht. Ich freue mich sehr darüber, dass wir diesen nun als gemeinsamen Antrag aller Fraktionen stellen können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das hilft unseren Kommunen, vor allem aber den Menschen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen.

Ich habe jetzt in meiner Rede Bezug genommen auf die Problematik der syrischen Flüchtlinge. Uns allen ist aber natürlich klar, dass es sich hierbei nur um einen Teil der Flüchtlinge handelt, die wir hier aufzunehmen haben. Ich bin auch überzeugt davon, dass wir über dieses Thema in diesem Landtag nicht zum letzten Mal sprechen.

Nun haben wir noch zwei weitere Anträge auf der Tagesordnung. Wir haben den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Ausbildungsförderung. Ich bin insoweit, ganz offen gestanden, eher skeptisch; aber ich habe auch viele Fragen dazu. Deshalb beantrage ich für meine Fraktion, dass wir Ihren Antrag im Innen- und Rechtsausschuss und im Bildungsausschuss weiter beraten, federführend im Innen- und Rechtsausschuss.

Ebenso haben wir heute nochmals den Antrag „Asylrecht weiterentwickeln“ auf der Tagesordnung. Darüber haben wir bereits im März debattiert. Wir haben im Ausschuss mehrfach darüber diskutiert. Unsere Haltung dazu hat sich nicht geändert. Es bleibt also bei unserer Ablehnung. Aber insgesamt freue ich mich wirklich darüber - lassen Sie mich das noch einmal sagen -, dass wir hier eine Einigkeit haben, was den Umgang mit unseren Flüchtlingen anbelangt, und vor allem auch eine Einigkeit in der Einschätzung dessen, was auf unsere Kommunen zukommt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, SPD, FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie jetzt mit mir unsere Gäste, den Landfrauenverein Borghorst und den Sportverein Tungendorf. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur nächsten Rednerin. Es ist die Frau Abgeordnete Serpil Midyatli von der SPD-Fraktion.

Serpil Midyatli [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als im Ältestenrat diese drei Anträge unter einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst worden sind, habe ich mich gefragt: Was machst du jetzt? Das sind drei Anträge, die direkt eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben, zumindest aus unserer Sicht, aus Sicht der flüchtlings- und integrationspolitischen Sprecher. Da habe ich mir überlegt, einen Zusammenhang herzustellen, indem ich Ihnen heute die Geschichte von Samir erzähle.

Samir ist ein junger Afghane, der mit 15 Jahren nach Deutschland gekommen ist. Samir wurde zuerst in einer **Flüchtlingsunterkunft** mit drei weiteren **Jugendlichen** untergebracht, die er vorher nicht kannte. Es ist eng in der Unterkunft, sie liegt weit ab von der Schule, die Samir besucht. Er steht morgens um 5 Uhr auf und macht sich auf den Weg. Er will lernen, Deutsch lernen. Und Samir lernt schnell, so schnell, dass es ihm gelingt, binnen zwei Jahren einen Schulabschluss zu machen. Die Fahrtkosten trägt er selber, denn er hat keinen Anspruch. Samir hat nämlich keinen gesicherten Aufenthalt in Schleswig-Holstein.

Mittlerweile ist Samir 17 Jahre alt und kann aufgrund seines guten Schulabschlusses eine Ausbildung machen, in der Pflege. Samir ist motiviert, aber immer in Sorge: Wie geht es weiter? Was ist morgen? Darf er bleiben und seine Ausbildung zu Ende machen? Mit dem wenigen, das er bekommt, muss Samir zurechtkommen, was schwierig ist. Er ist auf Spenden angewiesen, auf Unterstützung von Vereinen, die Samir und anderen jungen Menschen ehrenamtlich helfen, denn Samir hat keinen Anspruch auf BAföG oder andere ergänzende Leistun-

(Serpil Midyatli)

gen. Dafür bräuchte Samir einen gesicherten Aufenthalt, den er, wie gesagt, nicht hat.

Warum erzähle ich Ihnen diese Geschichte von Samir? Verehrte Kolleginnen und Kollegen, am Beispiel von Samir wollte ich gern zeigen, was sich hinter all diesen Paragraphen verbirgt: Menschen, Menschen mit ihren Schicksalen, die zu uns geflüchtet sind vor Krieg und Verfolgung, die sich bemühen, ein normales Leben zu führen, die in Unterkünften untergebracht sind, die in der Regel eine schlechte Anbindung an die Infrastruktur haben, die sich weit weg von Integrationszentren befinden und weit weg von den Schulen, die junge Menschen wie Samir aufnehmen können oder aber auch wollen.

Die Situation der Unterbringung wird sich in den nächsten Monaten nicht entspannen, denn die Zahl der **Flüchtlinge**, die insbesondere aus **Syrien** zu uns kommen, wird weiter steigen. Daher begrüßen wir den Antrag der Kolleginnen und Kollegen der CDU sehr - wir unterstützen diesen Antrag ausdrücklich -, die **Kommunen** mit dieser schwierigen Situation hinsichtlich der Unterbringung nicht alleinzulassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Wir wissen, was passieren kann, wenn wir uns jetzt nicht für eine gemeinsame Lösung von Land und Kommunen einsetzen. Es ist niemandem damit geholfen, wenn der Schwarze Peter hin- und hergeschoben wird. Jetzt muss gehandelt werden, um eine menschenwürdige Unterbringung sicherzustellen. Daher bitte ich, diesen Antrag heute in der Sache abzustimmen.

Mit der **Unterbringung** der Flüchtlinge darf humanitäre Flüchtlingspolitik allerdings nicht enden. Daher bitten wir die Landesregierung, über den Bundesrat initiativ zu werden, um jungen Menschen wie Samir den Zugang zur Ausbildungsförderung zu erleichtern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die jungen Menschen haben eine echte Chance verdient. Sie dürfen nicht davon abhängig sein, ob sich jemand findet, der jungen Menschen aus Nächstenliebe hilft. Die Integration von jungen Menschen dürfen wir nicht dem Zufall überlassen. Daher beantrage ich, den Antrag zur **Ausbildungsförderung für Flüchtlinge** in den Bildungsausschuss und mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Vielleicht gelingt es uns am Schluss,

nach der Beratung, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Wir wollen den dritten uns hier vorliegenden Antrag „Asylrecht weiterentwickeln - Teilhabe und Chancen verbessern - Ressentiments bekämpfen“ heute in der Sache abstimmen, denn ein barrierefreier Zugang zum **Arbeitsmarkt** für Flüchtlinge ist in der heutigen Zeit zwingend notwendig. Glauben Sie mir, davon haben wir alle etwas. Wir profitieren alle davon. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass sich die Handwerkskammer Lübeck so intensiv um die jungen Flüchtlinge bemüht. Die meisten jungen Flüchtlinge sind in den Ausbildungsberufen im Hotel- und Gaststättengewerbe oder in der Pflege anzutreffen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen am Beispiel von Samir aufzeigen, wie dringend notwendig es ist, dass wir uns weiter für eine humanitäre **Flüchtlingspolitik** einsetzen. Flüchtlingspolitik dürfen wir heute nicht mehr separat denken, sondern wir müssen sie im Kontext einer Integrationspolitik denken, die auf Teilhabe und gleiche Chancen setzt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Wenn ich Samir fragen würde, was er sich wünscht, dann würde er vermutlich sagen: Was sich jeder 17-jährige Schleswig-Holsteiner wünscht, ein ganz normales Leben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! In Schleswig-Holstein sind **Flüchtlinge** willkommen. Dieses Land hat viel Erfahrung bei der Integration von Zugezogenen - gute und manchmal auch schlechte Erfahrungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein kommen dürfen und sie uns hier tatsächlich willkommen sind.

Trotz steigender Zahlen ist die Zahl der Asylanträge noch nicht einmal halb so hoch wie Mitte der 90er-Jahre. Trotzdem steigt in vielen Orten die Sorge, wie die Flüchtlinge aufgenommen werden können. In den letzten Jahren wurden Unterbringungs-kapazitäten abgebaut und Stellen zur Betreuung

(Eka von Kalben)

eingespart. Die bevorstehenden Herausforderungen bergen auch die Gefahr, dass wieder Ressentiments bedient werden, dass ausländerfeindliche Rhetorik auch in der Mitte der Gesellschaft wieder zunimmt. Die Ressentiments, die viele pflegen, bedienen einen gefährlichen Diskurs. Das wollen wir nicht. Ich bin froh, dass es so etwas in Schleswig-Holstein aktuell nicht gibt, und ich will so etwas auch nie wieder erleben, nie wieder in Schleswig-Holstein oder sonst wo.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, vereinzelt CDU und SSW)

Es lässt sich nicht oft genug betonen, dass niemand freiwillig seine Heimat verlässt. Es muss im wahrsten Sinne die Hölle los sein, damit jemand bereit ist, die gewohnte Umgebung, Familie, Freunde und Arbeit zurückzulassen, um sich auf einen Weg ins Unbekannte zu wagen. Dies ist zurzeit nicht nur in Syrien der Fall, auch wenn der Konflikt die tägliche Medienberichterstattung beherrscht. Die Menschen fliehen zu uns aus Mazedonien, Serbien, Russland und Afghanistan, und sie haben dafür ihre Gründe.

Krieg, systemische Entrechtung, Unterdrückung und Diskriminierung führen dazu, dass sie in ihrer Heimat kein menschenwürdiges Leben führen können. Bei unserer bevorstehenden Reise nach Mazedonien im November werden wir uns gemeinsam mit dem Innenminister zum Beispiel von der Situation der Roma und Sinti ein Bild machen können.

Es ist gut, dass wir uns über dieses Thema parteiübergreifend Gedanken machen und uns dafür einsetzen werden, dass wir Flüchtlinge in Schleswig-Holstein tatsächlich willkommen heißen.

Ich begrüße daher ausdrücklich den Antrag der CDU, den ich als Anstoß verstehe, gemeinsam in Schleswig-Holstein dafür Sorge zu tragen, dass eine menschenwürdige **Unterbringung** gewährleistet wird. Frau Damerow, vielen Dank auch Ihnen, dass Sie das so kurzfristig ermöglicht und die dabei entstandenen Pannen ausgebügelt haben. Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir brauchen ein Konzept, das den **Kommunen** Handlungswege aufzeigt, kurzfristig Wohnraum zu erschließen, wenn die Flüchtlingszahlen steigen, ohne dass auf eine fragwürdige Unterbringung in Notunterkünften zurückgegriffen werden muss. Ziel muss die schnelle Unterbringung in Wohnungen in Kommunen sein, in denen die notwendige Infrastruktur für eine **Integration** vorhanden ist.

Der Integrationsaufgabe müssen wir uns von Anfang an stellen. Das unterscheidet uns auch von der bisherigen Flüchtlingspolitik von Schwarz-Gelb. Auch wenn viele der Flüchtlinge lieber heute als morgen in ihre Heimat zurückkehren würden, werden viele von ihnen Jahre hierbleiben müssen. Verschwenden wir nicht ihre und unsere Zeit! Helfen wir ihnen, von Beginn an auf eigenen Beinen zu stehen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dazu gehört der Zugang zum **Arbeitsmarkt** genauso wie die freie Wohnortwahl in ganz Deutschland. Flüchtlinge sind keine Menschen zweiter Klasse. Die diskriminierenden Sonderregelungen im **Aufenthaltsrecht** müssen abgeschafft werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch eine Berufsausbildungsbeihilfe für Flüchtlinge, die hier eine **Ausbildung** machen. Laut Handwerkskammer machen sie das mit großem Engagement und Erfolg. Es wäre geradezu irrwitzig, wenn wir sie daran hindern würden, hier einen Beruf zu erlernen und hier beruflich tätig zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Unserer Verantwortung auf ein Recht auf **Asyl** wollen wir uns stellen. Deutschlands **Flüchtlingspolitik** ist eine Schande. Daran können wir auch in Schleswig-Holstein nur wenig ändern. Trotz der guten Wirtschaftslage kann sich die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht durchringen, Flüchtlinge beispielsweise aus Syrien großzügig aufzunehmen.

6 Millionen sind auf der Flucht, 2 Millionen davon sind bereits registriert. Täglich fliehen 5.000. Da ist die Anzahl der Flüchtlinge, die wir aufnehmen, „Hilfe im Promillebereich“. So der Kommentar von Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“.

Zu diesem zaghaften Schritt hat sich die bisherige Bundesregierung nur mit viel Druck hinreißen lassen. Wir sagen: Wir brauchen eine großzügige Familienzusammenführung. Wir brauchen einen Arbeitsmarktzugang und eine Integration für Flüchtlinge, aber nicht einen Flaschenhals, durch den nur diejenigen nach Deutschland kommen, die vermögend genug sind, um es sich leisten zu können. „Survival of the fittest“ ist nicht unser Ding. Wir sind für eine großzügige Flüchtlingspolitik. - Vielen Dank.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Da der angemeldete Redner der FDP-Fraktion nicht da ist - - Ich sehe, dass Herr Dr. Garg ein Redemanuskript hat. Deshalb bitte ich ihn jetzt, für die FDP-Fraktion zu sprechen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße außerordentlich den Willen, der hier fast fraktionsübergreifend formuliert wird, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Schleswig-Holstein ein besserer Zugang zum **Arbeitsmarkt** gewährt werden soll; denn Arbeit steht in vielerlei Hinsicht für mehr als nur für eine unabhängige Einkommensquelle und Alltagsbeschäftigung. Arbeit vermittelt den Menschen das Gefühl, willkommen zu sein und gebraucht zu werden. Aus meiner Sicht ist das genau die Form der **Integration**, die notwendig ist und die im Übrigen von denjenigen, die in unserer Gesellschaft willkommen geheißen werden sollen, freiwillig angenommen wird.

(Beifall Anita Klahn [FDP] und Serpil Mıdyatlı [SPD])

Zu den Ansprüchen eines Arbeitnehmers gehört es in der Regel, dort, wo Arbeit angeboten wird, auch arbeiten zu können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schlicht nach wie vor diskriminierend und im Übrigen arbeitsmarktpolitisch vollkommen unsinnig, Asylbewerberinnen und **Asylbewerber** bei der Arbeitssuche räumlich einzuschränken.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist es gut und wichtig, auf eine bundesweite Regelung hinzuarbeiten, die die vollkommen unsinnige **Residenzpflicht** endgültig beseitigt.

Nicht nur Schleswig-Holstein hat im Zuge des demografischen Wandels vielfältige Probleme zu bewältigen. Ein zunehmender Mangel an gut ausgebildeten Menschen ist ein Thema, das uns bundesweit beschäftigen wird. Daher ist es unumgänglich, auch nach Lösungen zu suchen, die bundesweit Abhilfe schaffen. Weshalb also Menschen immer noch den Zugang zu Arbeit verbieten, wenn sie arbeiten können und wollen?

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist daher nur konsequent, Asylsuchenden den Zugang zur **Ausbildungsförderung** berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen endlich zu ermöglichen. Die Jugendlichen übernehmen damit Verantwortung für sich, für ihre Ausbildung und für ihr späteres Einkommen. Niemandem ist mit der jetzigen Situation geholfen, die die Jugendlichen durch willkürliche Fristen zum Nichtstun verurteilt. Stattdessen haben diese Jugendlichen eine Chance auf Bildung, Aufstieg und Integration verdient.

Die Jugendlichen sind für uns in Schleswig-Holstein wiederum eine Chance für unsere Zukunft, die wir keinesfalls aus falsch verstandener Rücksichtnahme ignorieren dürfen, auch wenn einige wenige hier sich immer noch gedanklich dagegen wehren, dass wir auf diese zukünftigen Fachkräfte angewiesen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Zustrom von Flüchtlingen aus Krisenländern nach Schleswig-Holstein nimmt nicht ab, sondern er wird zunehmen. Immer mehr Menschen suchen ihre neue Heimat in Schleswig-Holstein. Es liegt auch an uns, es ihnen zu ermöglichen, dass Schleswig-Holstein tatsächlich ihre Heimat wird.

Daher ist es gut und wichtig, dass die Betreuungs- und Unterbringungssituation in Schleswig-Holstein angesprochen wird und eventuell Maßnahmen eingeleitet werden, um die Kommunen - sofern notwendig - entsprechend zu unterstützen.

Ich will daran erinnern, dass es in dem Bericht des ehemaligen Integrationsministers Emil Schmalfuß zur Schaffung eines landesweiten Unterbringungskonzeptes heißt:

„Über das bereits für die Landesliegenschaft Haart in Neumünster hinaus bestehende hält das MJGI ein zusätzliches landesweites Unterbringungskonzept nicht für erforderlich. Die bisher geübte Praxis, vom Weisungsrecht aus dem Ausführungsgesetz zum Asylbewerberleistungsgesetz im Hinblick auf die dezentrale Unterbringung nur eingeschränkt Gebrauch zu machen, hat sich bewährt. Die Kommunen sind mit den örtlichen Gegebenheiten der Unterbringung vor Ort schlicht besser vertraut und gewährleisten in der Regel auch eine akzeptable und humanitäre Unterbringung.“

Darüber hinaus heißt es in dem Bericht hinsichtlich der Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften:

„Die Betreuung stellt keine Leistung nach dem AsylbLG dar. Die Konzeption der Be-

(Dr. Heiner Garg)

treuung vor Ort ist daher eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung, gleichwohl unter finanzieller Beteiligung des Landes.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion unterstützt die kommunale Selbstverwaltung. Wir möchten diesen Antrag gern zum Anlass nehmen, im Ausschuss über die aktuelle Situation und den Bedarf innerhalb der Kommunen hinsichtlich der **Unterbringung** und Betreuung von **Flüchtlingen** zu sprechen und dabei die kommunalen Landesverbände zu beteiligen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass alle Fraktionen zumindest zwei Anträge unterschrieben haben, ist gut. Das ist gut für die Politik in Schleswig-Holstein, aber insbesondere gut für die **Flüchtlinge**.

Astrid Damerow hat vorhin die syrischen Flüchtlinge erwähnt. Deswegen will ich darauf eingehen.

Letzte Woche Donnerstag war der Weltkindertag - auch in Syrien. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind mittlerweile 3 Millionen syrische Kinder auf der Flucht, etwa 1 Million außerhalb und 2 Millionen innerhalb des Landes. Damit sind die Hälfte aller syrischen Flüchtlinge Kinder.

Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung - da scheiden sich dann wieder unsere Argumente - ist zynisch. 5.000 Menschen dürfen aussortiert, gezählt und nicht allzu teuer, was die Kosten angeht, nach Deutschland kommen unter untragbar strengen Auflagen. Drei von 5.000, das ist die aktuelle Bilanz für Schleswig-Holstein. Ich will es ganz klar sagen: Herr Breitner, schöne Fotos sind schön, aber drei von 5.000, das ist verdammt wenig.

Die vorliegenden Anträge müssen den Kommunen helfen.

Ich will den bisherigen Argumenten nur noch ein Argument hinzufügen: Flüchtlinge werden sich nur dann bei uns wohlfühlen, wenn ihre Würde gewahrt wird. Das hängt nicht nur von den kommunalen Verbänden ab, sondern auch von den Menschen,

von unseren Mitbürgern, die genauso wie wir sagen: Ja, wir wollen sie in Würde bei uns haben. Wir wollen ihnen helfen. Deswegen müssen wir die **Kommunen** stärken.

(Beifall PIRATEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gleichwohl sage ich: Wir brauchen einen grundsätzlichen Politikwechsel. Herr Minister Breitner hat - ich hoffe, das ist richtig zitiert - die **Flüchtlingspolitik** gestern zu Recht als Irrsinn bezeichnet. Ihre Forderung nach einer europäischen Flüchtlingsagentur klingt ganz gut. Aber ich will Ihnen sagen, warum genau diese Forderung falsch ist. Sie ist es aus drei Gründen.

Erstens. Sie ist inkonsequent. Sie geht ins Leere und schiebt die Lösung des aktuellen Problems, das die Menschen haben, nämlich einen Krieg überleben zu wollen und nicht länger der Gefahr eines Giftgaseinsatzes ausgesetzt zu sein, auf die lange Bank. Wir können nicht warten, bis die Europäische Union das regelt. Das hieße nämlich, die Menschen auszuliefern.

(Beifall PIRATEN)

Zweitens. Wir haben eine europäische Flüchtlingsagentur, nämlich - um Sie daran zu erinnern - Frontex. Frontex ist eine europäische Flüchtlingsagentur ohne jede parlamentarische und politische Kontrolle. Sie dient der Abschottung der Flüchtlinge. Das heißt, sie ist eher für Sterben als für Retten verantwortlich. Das kann nicht unsere Antwort für Syrien sein.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen Frontex abschaffen. Dann haben wir Mittel genug. Geld ist genug da. Wir müssen Geld in die Hand nehmen; das ist, glaube ich, auch völlig klar.

Wir PIRATEN setzen uns dafür ein, europäische Botschaften einzurichten, europäische Botschaften auch außerhalb europäischer Grenzen, damit wir das unwürdige Dublin II ad acta legen können und Menschen das Recht haben zu fliehen, auch ohne vorher den Tod riskieren zu müssen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Beer, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Midyatli?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Aber immer.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön!

Serpil Midyatli [SPD]: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bewusst ist, dass Innenminister Breitner bereits im letzten Jahr - ich meine, es war im November - Bundesinnenminister Friedrich gesagt hat, dass wir in Schleswig-Holstein bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als es aufgrund der Verteilung der 5.000 syrischen Flüchtlinge der Fall wäre, dass Herr Friedrich dies aber abgelehnt hat.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir in Schleswig-Holstein sind also bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Initiative ist von unserem Innenminister ausgegangen. Ich bitte Sie auch, zu den drei Anträgen, über die wir hier debattieren, Stellung zu nehmen, bevor Sie hier eine große europäische Flüchtlingsdebatte einleiten.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Zwei Anmerkungen dazu. Wir haben das sehr genau analysiert. Ich habe meinen Kommentar zu dem Bundesinnenminister abgegeben. Ich muss aber auch sagen, dass die Umsetzung der Aufnahmeanordnung durch das Innenministerium in Schleswig-Holstein schärfer ist, als es eigentlich sein müsste. Es wird zur Voraussetzung gemacht, dass jeder Flüchtling, der als Nachzügler herkommen darf, nichts kostet, dass also die Familienangehörigen, die schon hier sind, alles - also die Gesundheitsversorgung, ärztliche Medizin und so weiter - bezahlen. Das kann ich nicht akzeptieren. Es geht auch anders. Da hat das Land Spielräume. Ich erwarte, dass es diese wahrnimmt.

Ich will aber gern noch den dritten Grund sagen. Das unterscheidet uns vielleicht sehr. Ich habe nach dem Giftgaseinsatz in Halabjah den Hilfsorganisationen mit den Amerikanern zusammen geholfen, notdürftig Menschen dort wegzubringen beziehungsweise die, die nicht begraben werden konnten, an den Bürgersteigkanten einzugraben. Wer weiß und sieht, was in Syrien passiert, muss mehr tun, als hier Erlasse unzureichend zu veröffentlichen. Er muss sich für die Menschen und das Leben einsetzen.

(Beifall PIRATEN)

Was ich auf jeden Fall verhindern möchte - dafür sind unsere Anträge ein Weg -, ist Folgendes: Heu-

te Morgen habe ich auf dem Hinweg einen Kollegen getroffen - keinen Parlamentarier, sondern jemanden, den ich kenne - und habe ihm gesagt, dass wir jetzt auch über die syrischen Flüchtlinge reden. Da fragt er: Welche meinst du denn, die legalen oder die illegalen? - Wir dürfen es nicht zu einer Kriminalisierung von **Kriegsflüchtlingen** in Schleswig-Holstein kommen lassen, egal, ob sie eingeladen worden sind, ob sie hierher geflohen sind oder nur auf der Durchreise sind wie die 73 inzwischen wieder verschwundenen aus Neumünster.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Jeder Flüchtling, dem es gelingt, einem solchen Krieg zu entfliehen, hat ein Recht zu bleiben.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Was in Schweden gilt, das sollte auch bei uns gelten.

Dieser Politikwechsel ist - das gebe ich zu - langfristig. Das ist etwas mehr, als nur bis zu unseren Landesgrenzen zu gucken. Aber wenn wir den nicht als Vision haben, werden wir unglaubwürdig, und die Menschen verlassen uns wieder, obwohl sie eigentlich bleiben könnten.

Herr Innenminister, deswegen appelliere ich an Sie. Sie werden ja zum Tag des Flüchtlings eine Eröffnungsrede halten. Überlegen Sie, ob Sie nicht den Vorschlag von Herrn Tietze übernehmen, mindestens 50.000 in Schleswig-Holstein aufzunehmen! Lassen Sie uns das Wort „Kontingent“ in diesem Zusammenhang aus dem Sprachgebrauch streichen. Dass der Tod oder das Überleben kontingentiert wird, das können wir PIRATEN nicht akzeptieren.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vielzahl der zu behandelnden Anträge zum Thema **Integration** von Flüchtlingen verleitet zu der Annahme, dass im Landtag über **Flüchtlinge** gestritten wird. Das Gegenteil ist der Fall. Alle Fraktionen bemühen sich um tragbare, pragmatische und nachhaltige Lösungen im Sinne einer gerechten und humanitären Flüchtlingshilfe. Ich finde, das ist einer Erwähnung wert.

(Lars Harms)

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Das kommt nicht von ungefähr; denn Schleswig-Holstein wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für Hunderttausende von Menschen eine neue Heimat. Die Integrationsleistung war enorm. Es ging nicht immer reibungslos, ist aber aus heutiger Sicht eine Erfolgsgeschichte. Viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben in ihrer Familie Menschen mit Flüchtlingserfahrungen. Diese Erfahrungen gleichen sich durchaus: Der Zugang zu ausreichendem Wohnraum und zum Arbeitsmarkt war schon Ende der 40er-Jahre der größte Wunsch der Neu-Schleswig-Holsteiner und zugleich das größte Problem. Das ist heute mit anderen Vorzeichen nicht anders. Darum ist es gut, sich grundsätzlich mit dem Problem auseinanderzusetzen.

Tatsache ist, dass in Sachen Unterbringungsmöglichkeiten derzeit jeder macht, was er kann. Zwar sind dezentrale Lösungen das Nonplusultra. Aber die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl familienfreundlicher **Wohnungen** oder möblierter Apartments ist eine Herkulesaufgabe für die **Kommunen**, vor allem, weil es keine planbaren Zahlen gibt. Es liegt in der Natur der Sache, dass man jetzt nicht weiß, wie viele Menschen im nächsten oder übernächsten Jahr vor einem Krieg nach Schleswig-Holstein flüchten werden. Trotzdem verbieten sich Übergangslösungen, weil diese in der Regel den Bedürfnissen der Flüchtlinge nicht entsprechen. Darum ist es gut, sich zusammensetzen und Erfahrungen auszutauschen.

Das gilt auch für die Bereiche **Arbeit** und **Ausbildung**. Schon für einen deutschen Muttersprachler sind Formulare und Behördenwege nicht ganz ohne Schwierigkeiten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Bei intensiver Begleitung kann man allerdings auch mit anfangs rudimentären Sprachkenntnissen einen Schulabschluss schaffen. Ähnliches gilt auch für den Ausbildungsplatz. Viele Betriebe würden mehr Flüchtlingen eine Chance geben, wenn sie sich darauf verlassen könnten, dass sie unterstützt werden, sei es durch Hausaufgabenhilfe in der Berufsschule, beim Sprachunterricht oder auch einfach durch die Tatsache, dass ein Flüchtling einfach ein dauerhaftes Bleiberecht erhält und somit dem Unternehmen dann auch zur Verfügung stehen kann.

Derzeit fühlen sich die Ausbilder alleingelassen. In Zeiten des Fachkräftemangels erwartet die Wirtschaft von der Politik tragfähige Lösungen. Dazu

gehört auch die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Viele junge Flüchtlinge brennen darauf, Deutsch zu lernen und ihre Fähigkeiten in Schule oder Ausbildung unter Beweis stellen zu können, eben zu zeigen, dass sie mehr sind als Flüchtlinge. Allein die Tatsache, dass jemand kein Deutsch spricht, bedeutet ja nicht, dass er oder sie nicht über weitreichende berufliche Erfahrungen verfügt. Eigentlich müssen wir diese Schätze heben. Flüchtlinge können durchaus eine Chance für unser Land sein.

(Beifall SSW, PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das allerdings ist dann auch gleichbedeutend mit einer Kehrtwende in der **Asylpolitik**. Abschotten, abschieben, bestrafen und sanktionieren sind Ausdruck einer Politik, die Flüchtlinge als Eindringlinge und potenzielle Betrüger versteht. Dieses Deutungsmuster, wenn es denn jemals Bestand hatte, ist definitiv falsch. Es liegt an uns, ein neues Muster dauerhaft zu etablieren. Erste Versuche, die vor allem um das Wort „Willkommenskultur“ kreisen, sind dabei gemacht. Doch es müssen auch Taten folgen. Darum fordern wir, dass der Vorrang von Sachleistungen gegenüber Geldleistungen abgeschafft wird.

Der SSW hat für die Abschaffung der **Residenzpflicht** gekämpft, und wir haben mit dafür gesorgt, dass die unsinnigen Gebühren bei Fahrten über die kommunale Grenze abgeschafft wurden. Es ist allerdings nicht einzusehen, dass die Residenzpflicht immer noch an die Landesgrenzen gebunden ist. Ich kann als Schleswig-Holsteiner ohne entsprechendes Schild manchmal gar nicht sehen, wo Schleswig-Holstein endet und Hamburg beginnt. Für viele Flüchtlinge ist diese unsichtbare Linie aber eine fast unüberwindbare Grenze. Diese bürokratische Regelung muss weg, und zwar so schnell wie möglich.

Alles, was Menschen befähigt, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, sollte unterstützt werden, nicht nur weil der Staat entlastet wird, sondern auch weil wir damit den Flüchtlingen eine Perspektive bieten können.

Die dänische Schriftstellerin Janne Teller hat ein Gedankenexperiment angestellt: In ihrem Essay „Krieg. Stelle dir vor, er wäre hier“ dreht sie den Spieß um. Was würde uns erwarten, wenn wir aus Deutschland fliehen müssten? Wenn man einmal nachdenkt, möchte wohl niemand so behandelt werden, wie das derzeit mit vielen Flüchtlingen hier bei uns geschieht. Wir würden dann auch mit unseren

(Lars Harms)

beruflichen Erfahrungen gern anerkannt werden und auch gern eine faire Chance auf **Integration** bekommen wollen. Meine Damen und Herren, das sollten wir dann auch den Flüchtlingen hier bei uns ermöglichen.

(Beifall SSW, PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die meisten Menschen, die zu uns kommen, werden bleiben und in unsere Gesellschaft hineinwachsen. Wie schnell sie das allerdings können, liegt an uns. Da sollten wir wesentlich mehr Offenheit zeigen, als es bisher der Fall war.

Ich bitte, den Antrag zur Ausbildungsförderung - Tagesordnungspunkt 34 - an den Sozialausschuss zu überweisen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat jetzt, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, der Herr Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass sich der Landtag heute mit dem Thema „Flüchtlinge und Asylrecht“ befasst, und das in der ganzen Breite der rechtlichen Rahmenbedingungen über die Aufnahme und das zentrale Thema der Unterbringung bis hin zur Ausbildung von Flüchtlingen. Dies alles gehört zusammen. Eine Maxime der Landesregierung ist daher zu Recht, dass **Flüchtlings- und Integrationspolitik** zusammen gedacht werden müssen.

Der Antrag zur Weiterentwicklung des Asylrechts, zur Verbesserung von Teilhabe und Chancen sowie der Bekämpfung von Ressentiments findet meine volle Unterstützung. Ihre Umsetzung jedoch ist politisch schwierig und voraussichtlich auch nur in kleinen Schritten möglich. So haben wir hinsichtlich der Arbeitsaufnahme von Asylsuchenden und geduldeten Menschen in diesem Jahr für Veränderungen im Sinne des Antrags geworben, konnten uns damit aber bundesweit nicht durchsetzen. Es wurden lediglich Mindestvorgaben der EU umgesetzt. So können Asylsuchende seit Anfang September bereits nach neun statt bisher erst nach zwölf Monaten Aufenthalt eine Beschäftigung aufnehmen. Auch für geduldete Menschen gibt es eine kleine Erleichterung hinsichtlich des Zustimmungsverfahrens durch die Arbeitsverwaltung.

Bezüglich der räumlichen Einschränkung des Aufenthalts gibt es bereits rechtliche Rahmenbedingungen, die länderübergreifende Regelungen zulassen. Allerdings haben es die Nachbarländer Schleswig-Holsteins bislang abgelehnt, gemeinsame Möglichkeiten zu nutzen. Für eine bundesweite Abschaffung der räumlichen Beschränkung des Aufenthalts sehe ich zurzeit keine großen Chancen. Ich werde mich gleichwohl unvermindert für unsere Ziele einsetzen. Bis dahin muss es bei unserer ausgesprochen großzügigen Erlaubnispraxis bleiben, die schon seit 1988 per Erlass geregelt ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei den Leistungen an Flüchtlinge gehe ich davon aus, dass mit Beginn der neuen Legislaturperiode auf Bundesebene auch die nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts erforderliche Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes wieder aufgegriffen wird. Schleswig-Holstein wird sich weiterhin dafür einsetzen, dieses Gesetz ganz abzuschaffen und die betroffenen Leistungsempfänger nach den Regelungen der Sozialgesetzbücher zu behandeln.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Grundlage ist das Existenzminimum. Das Existenzminimum gilt nicht nur für deutsche Sozialhilfeempfänger, sondern auch für internationale **Flüchtlinge**. Für uns steht der Mensch unabhängig von seiner Nationalität im Mittelpunkt. Deshalb stehen wir für eine **Gleichbehandlung** ein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei der **Unterbringung** von Flüchtlingen steht das Land wie alle anderen Länder vor massiven und auch zunehmenden Herausforderungen. Wenn ich sage „das Land“, muss ich eigentlich sagen: die **Kommunen**. Sie stehen Woche für Woche vor der Aufgabe, **Asylbewerber** aufzunehmen. In Schleswig-Holstein wurden bis Ende August dieses Jahres 2.246 Asylsuchende aufgenommen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug der Asylzugang 1.168 Personen. Das entspricht einer Steigerung von über 92 %. Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten hat den Kreisen und kreisfreien Städten eine Aufnahme von 100 bis 125 Personen pro Woche angekündigt. Allein das Land wird nach gegenwärtigem Stand 36 Millionen € an Kostenerstattung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bereitstellen. Die Kommunen tragen weitere 30 %.

(Minister Andreas Breitner)

Für viele Kommunen bleibt es eine Quadratur des Kreises, ausreichenden und angemessenen Wohnraum bereitzustellen, denn er muss nicht nur vorhanden, sondern soll auch so gelegen sein, dass er Zugang zur Schule, zu Beratungsstellen und zum Sprachangebot ermöglicht. Menschen, die in Not zu uns kommen, brauchen darüber hinaus Information und Betreuung. Kurz gefasst: Sie brauchen ein herzliches Willkommen.

Wir sind hierzu mit den Kommunen im Gespräch. Seit Anfang des Jahres besteht im Ministerium eine Projektgruppe „Kommunale Aufnahme“ mit Vertretern der kommunalen Landesverbände, der Kommunen, der Flüchtlingsbeauftragten und des Landesamts für Ausländerangelegenheiten. Die Arbeitsgruppe soll bis Anfang nächsten Jahres Ziele und praktische Lösungsansätze entwickeln. Wir beraten individuell bei der Auswahl der Häuser und Wohnungen. Ich greife gern Ihren Antrag auf, im Landtag über die Ergebnisse zu berichten.

Über diesen konstruktiven Dialog hinaus wird das Innenministerium weiter mit den Kommunen, aber auch den Flüchtlingsverbänden im Gespräch bleiben. Entsprechende Einladungen sind ausgesprochen. Ich selbst werde das Thema auf der nächsten Landrätekonzferenz in den Mittelpunkt stellen.

Daneben prüfen wir im Zusammenhang mit der kommunalen Unterbringung von Flüchtlingen Möglichkeiten im Bereich der Wohnraumförderung und bei der Anerkennung von Gemeinschaftsunterkünften. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass die Landesregierung eine dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften nicht will.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Dr. Heiner Garg [FDP])

Anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte können aber in Kombination mit einer vernünftigen Betreuung eine sinnvolle Funktion als kommunale Erstaufnahmeeinrichtung erfüllen und damit dazu beitragen, die Flüchtlinge auf ein eigenständiges Leben und Wohnen vorzubereiten.

Zum eigenständigen Leben gehört ein nach vorne offenes Leben mit einer guten Perspektive. Die berufliche Ausbildung, allem voran die im dualen System, ist nicht nur der beste Weg, dass für junge Menschen der Einstieg in das Arbeitsleben gelingt. Sie bietet darüber hinaus ein erhebliches Integrationspotenzial. Die frühe Einbindung in betriebliche Strukturen und soziale Netze hilft jungen Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, dabei, sich in die Gesellschaft einzugliedern. Auf dem Weg dorthin

bedarf es aber oft zusätzlicher Hilfestellung, auch pädagogischer Natur. Dafür bestehen gesetzliche Möglichkeiten der Ausbildungsförderung mit dem BAföG und dem SGB III.

Es gibt allerdings eine Gruppe, die ausgerechnet hiervon, obwohl sie darauf dringend angewiesen ist, ausgeschlossen ist. Dies sind Asylsuchende und Flüchtlinge. Der Beschlussantrag der Fraktionen soll dies ändern. Es gibt darüber hinaus weitere Gründe, eine solche Initiative zu unterstützen. Die Stichworte sind demografischer Wandel und Fachkräftemangel. Um die **Ausbildungsförderung für Flüchtlinge** zu erleichtern, ist es notwendig, das BAföG und SGB III zu ändern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Es geht hier um die Änderung von Bundesgesetzen. Nur durch eine Bundesratsinitiative können wir anstoßen, dass flüchtlingsfreundliche Regelungen umgesetzt und angeschoben werden.

Zum Schluss noch einige Anmerkungen zum Thema „Asylrecht weiterentwickeln“. Hier geht mein Blick insbesondere nach Europa. Wir brauchen dringend ein einheitliches **europäisches Asylsystem**. Vorkommnisse wie um die 85 syrischen Flüchtlinge in der vergangenen Woche sind auch das Ergebnis der Tatsache, dass wir trotz aller Bemühungen und Vereinbarungen einem einheitlichen europäischen Asylrecht noch nicht wirklich nähergekommen sind. Erreicht ist es in meinen Augen dann, wenn die Entscheidungen im Asylverfahren in Europa zentral getroffen werden. Was mir fehlt, ist eine politische Diskussion, ist ein ständiges aktives Einfordern entsprechender Ziele.

Hier hat die amtierende Bundesregierung bisher leider wenig bis gar kein Engagement gezeigt, sondern betreibt eine Politik der Abschottung gegen die Probleme der europäischen Flüchtlingspolitik. Daher appelliere ich an den Bund, künftig endlich im Sinne einer humanitären Flüchtlingspolitik tätig zu werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und PIRATEN)

Es ist doch schizophoren, dass wir uns einerseits freuen, Frau Abgeordnete Beer, eine erste syrische Familie in Kiel willkommen zu heißen, und gleichzeitig staatlicherseits 85 Syrer an der Grenze aufgreifen und dann mit anzusehen, wie diese im Untergrund verschwinden.

(Minister Andreas Breitner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Zum Schluss will ich Ihnen kurz berichten von meinem kleinen Willkommensgruß gestern an die erste syrische Familie aus dem 5.000er-Kontingent, die gestern in Schleswig-Holstein eintraf und mir zu meiner Überraschung einen Blumenstrauß überreicht hat. Darin war eine Grußbotschaft enthalten: „Danke für Sie und danke für Deutschland“. - Den Dank an Deutschland gebe ich gern an Sie weiter. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der Herr Innenminister hat seine Redezeit um 4 Minuten überzogen. Wenn der Wunsch besteht, können wir diese Zeit gern auch den Fraktionen zur Verfügung stellen, aber ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Es ist von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und von den Abgeordneten des SSW beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1145 betreffend „Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern“ federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Und Bildung und Sozial? Also vier? Innen- und Recht, Bildung, Wirtschaft? Nicht Wirtschaft, sondern dem Sozialausschuss?

(Zurufe)

Ich wiederhole es für das Protokoll: Es ist beantragt worden, den Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss und dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer das beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Es ist beantragt worden, in der Sache über den interfraktionellen Antrag aller Fraktionen und des SSW, Drucksache 18/1142, abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so einstimmig beschlossen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

Dann haben wir noch über einen Antrag zu beschließen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat die ursprünglichen Anträge für erledigt erklärt. Das muss aber vom Parlament bestätigt werden.

(Zuruf)

- Es gibt noch einen weiteren Änderungsantrag? - Der ist nicht in meiner Vorlage.

Der Antrag in der Drucksache 18/1162 lautet „Asylrecht weiterentwickeln“. Wer dem Antrag und der Empfehlung der Erledigung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? -

(Zuruf)

- Ich habe das bei mir so stehen, deswegen stimmen wir darüber jetzt ab.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Das ist eine Beschlussempfehlung!)

Enthaltungen? - Die sehe ich nicht. Damit sind der Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen außer der CDU-Fraktion so angenommen und die darin enthaltenen Anträge für erledigt erklärt. Jetzt haben wir es wirklich richtig gemacht.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (SpielBG SH)

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/1125

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Eigentlich ist Erstantragsteller die FDP-Fraktion! Ich bin zwar gern dran, aber der Reihenfolge nach ist die FDP als Erstes dran!)

- Hier steht aber auch die CDU als Antragsteller mit auf dem Gesetzentwurf. Sie können aber gern dem zweiten Antragsteller das Wort überlassen. Das wäre normalerweise die größere Fraktion. Jetzt hat für die FDP-Fraktion der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort. - Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesetze sind kein Selbstzweck, sondern müssen mit den darin formu-

(Dr. Heiner Garg)

lierten Regelungen einen Sinn ergeben. Sie müssen mit höherrangigem Recht vereinbar sein und dürfen anderen Gesetzen nicht widersprechen. Konkret heißt das: Der Grundsatz der Gleichheit muss eingehalten werden. Es kann nicht sein, dass zwei unterschiedliche Akteure bei demselben Sachverhalt unterschiedlich behandelt werden. Wer die Spielsucht beim Automatenpiel bekämpfen will, der darf das nicht nur bei privaten Spielhallen tun, sondern muss dies auch bei den staatlichen Spielbanken gewährleisten. Außerdem, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, heißt es in Ihrem Koalitionsvertrag: „Wir streben den Verkauf der Spielbanken an.“ Es ist naiv zu glauben, dass Spielsüchtige nur private **Spielhallen** aufsuchen und um **Spielbanken** einen Bogen machen.

(Beifall PIRATEN)

Ein Spielsüchtiger wird, um seine Sucht zu befriedigen, auch eine Spielbank betreten. Herr Eichstädt und Herr Harms haben diesen Umstand während einer Podiumsdiskussion zum Spielhallengesetz ebenfalls bestätigt. Herr Eichstädt sagte damals wörtlich: Um die Spielbanken muss man sich natürlich auch kümmern. - Richtig!

(Beifall Peter Eichstädt [SPD] und Lars Harms [SSW])

- Genau, Kollege Eichstädt, und das machen wir gerade. Gesetze müssen das Kohärenzgebot erfüllen, das heißt, sie müssen in sich schlüssig sein, weil sie ansonsten vor der Rechtsprechung keinen Bestand haben werden. Wenn also die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen wollen, dass das Spielhallengesetz dauerhaft Bestand haben soll, müssen sie die dort gefundenen Regelungen eins zu eins auf die Spielbanken übertragen. Wer Spielsucht bekämpfen will, muss sie konsequenterweise überall bekämpfen. Genau deswegen haben Union und FDP diesen Gesetzesentwurf eingebracht.

Ohne eine gleiche Regelung bei den Spielbanken ist **Suchtprävention** nicht darstellbar. Im Gesetzesentwurf der Landesregierung zum Spielhallengesetz heißt es dazu wörtlich:

„Auch in Spielhallen halten sich eine Vielzahl von Personen länger in geschlossenen Räumen auf ... Die Einrichtung eines Nebenraums ohne Spielgeräte, in dem geraucht werden darf, ist allerdings zulässig.“

Neben dem Verabreichen von Speisen verleitet auch ein geduldeter Verzehr von mitgebrachten oder angelieferten Speisen dazu, den Aufenthalt

von Spielerinnen und Spielern in der Spielhalle zu verlängern; denn auch bei mehrstündigem Spiel muss die Spielhalle bei Hungergefühl oder Appetit nicht verlassen werden. Das Verbot jeglichen Verzehr von Speisen ist deshalb notwendig, um Umgehungen auszuschließen, die darauf abzielen, beispielsweise mit Keksen, Schokoladenriegeln oder Sonstigem das Hungergefühl zu beseitigen oder zu mindern. Es erscheint aus Spielerschutzgründen geboten, den Spielerinnen oder Spielern durch die Notwendigkeit des Verlassens der Spielhalle zu Essenszwecken wenigstens die Möglichkeit einzuräumen, über die Fortführung des Spiels nachzudenken. Zur Einschränkung des Suchtpotenzials soll sowohl das Anbieten, aber auch der Verzehr an sich von alkoholischen Getränken unterbunden werden. Auch dies dient dem **Spielerschutz**, da unter Alkoholeinfluss die freie Selbstbestimmung, die Urteilsfähigkeit und Selbstbeherrschung hinsichtlich der Fortsetzung des Spiels und der Höhe der einzugehenden Risiken eingeschränkt sein kann.

(Heiterkeit Peter Eichstädt [SPD])

- Ich finde es außerordentlich interessant, Herr Eichstädt, dass Sie das so lustig finden. Ich weiß noch, wie Sie sich in der vergangenen Legislaturperiode dazu geäußert und genau das eingefordert haben.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Entspricht dies tatsächlich Ihrer Meinung, so gibt es keinen rationalen Grund, Spielbanken im Hinblick auf das Suchtpotenzial gegenüber Spielhallen zu bevorzugen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In der Spielbank muss ebenso wie in Spielhallen künftig auch das **Rauchen** verboten und der Ausschank von **Alkohol** unterbunden werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Da ist er immer dabei!)

Ebenso muss jegliche **Werbung** untersagt werden. Es ist wenig sinnvoll, dass aktuell auf Schulbussen in Kiel die Spielbank Schleswig-Holstein beworben wird.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Zudem kann es doch nicht richtig sein, dass bei einem Automaten in der Spielhalle der maximale Spielverlust bei 80 € liegt, während bei den gleichen Automaten in der Spielbank ein Verlust von bis zu 50.000 € pro Stunde möglich ist.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Nein, Regeln müssen für alle gelten, und der Spielerschutz darf nicht aufgeweicht werden, nur weil das **Automatenspiel** in einer Spielbank stattfindet. Die Fraktionen von FDP und CDU haben einen entsprechenden Gesetzentwurf dazu in den Landtag eingebracht. Er liegt Ihnen vor.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich beantrage, den Gesetzentwurf gemeinsam mit dem Spielhallengesetz zu beraten und ihn deshalb zusätzlich dem Sozialausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Garg hat auf die wesentlichen Punkte hingewiesen. Ich will daran erinnern, wie es überhaupt angefangen hat: Das **Glücksspielgesetz**, das wir hatten und das zu unserer Zeit sehr erfolgreich war, hat bis heute bundesweit noch keine Entsprechung. Gerüchteweise hört man, dass man in Hessen dabei ist, den Vertrag der 15 und jetzt der 16 Länder wieder neu zu gestalten, weil das, was vorhanden ist, so erhebliche Rechtsprobleme schaffen wird, dass das Glücksspielgesetz, das Sie hier verabschiedet haben, nicht gültig werden kann. Sie wühlen sich also immer weiter hinein.

Mit dem **Spielhallengesetz** ist klar geworden, dass Sie wieder einmal ein Monopol verteidigen wollen, in diesem Fall das Monopol der **Spielbanken**. Da sage ich Ihnen: Gleiches Recht für alle, anders kann es nicht sein.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind gespannt. Die Kollegen Eichstädt und Harms waren in Neumünster dabei. Vertreter der Regierung haben sich leider wieder nicht sehen lassen, obwohl man sie bereits zum zweiten Mal eingeladen hatte. Das sage ich zu der Frage des **Dialogs**, den Sie mit den **Unternehmern** führen, Herr Albig. Wieder einmal waren über 100 Unternehme-

rinnen und Unternehmer und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort. Von der Regierung war keiner da. Immerhin waren zwei Vertreter Ihrer Regierungskoalition aus dem Parlament da.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Was sagen Sie zu der Frage der Terminabstimmungen?)

Worum geht es hier? - Ich habe es bereits im Zusammenhang mit dem Spielhallengesetz gesagt: Sie können doch nicht zulassen, dass eine Spielhalle auf der einen Seite maximal zwölf Geräte aufstellen darf, eine **Spielbank** wie hier in Kiel auf der anderen Seite **60 „einarmige Banditen“** auf viel engerem Raum. In der Spielhalle verbieten Sie das Rauchen, der Kollege Garg hat darauf hingewiesen. In diesem Spielcasino - und in anderen - gibt es sogar eine Raucher-Lounge. Sie können dort Essen bestellen. In den Spielhallen werden Sie körperlich abgetastet, um zu prüfen, ob Sie auch nur einen Mars-Riegel mitbringen. Das ist der Unterschied.

Wenn Sie es mit dem **Gleichheitsprinzip** ernst nehmen, dann muss dieses für alle gelten. Wenn jemand spielsüchtig wird, dann ist es ihm ziemlich egal, ob er sich in einer Spielhalle oder in einem Spielcasino befindet.

Das, was Sie nicht erkannt haben, ist nach wie vor Ihr Hauptproblem. Nach wie vor ignorieren Sie das **Internet**. Hier liegt die **Hauptquelle für die Spielsucht**. Das ist der Bereich, an den wir ran müssen. Ob Sie es wollen oder nicht, Sie kommen nicht darum herum.

(Beifall CDU und FDP)

Sie gefährden mit Ihrem Spielhallengesetz **Existenzen**, und 1.200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen um ihren Job bangen. Das sage ich Ihnen jetzt schon. Wir werden aber im Rahmen der zweiten Lesung noch einmal darüber diskutieren.

Bei den Spielcasinos ist die Lage ähnlich. Auch dort werden - nach diesem Gesetzentwurf - sicherlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freigestellt werden müssen, weil wir diese gleich behandeln sollen. Ich sage aber noch einmal: Das ist uns klar, aber Ihnen muss eines klar sein: Sie behandeln nicht das eigentliche Übel. Da Sie sich davor drücken, fangen Sie immer wieder an, gerade mittelständische Unternehmen dadurch zu beschädigen, dass Sie ihr Monopol verteidigen wollen. Ich sage noch einmal: Es ist egal, ob man durch eine Spielhalle, durch ein Spielcasino oder durch das Internet süchtig wird. Wichtig ist, dass wir diese Thematik aufnehmen.

(Hans-Jörn Arp)

Wir tun das. Wenn Sie auf der einen Seite sagen, eine Spielhalle dürfe keine Werbung machen, dann sage ich, was auch Heiner Garg ansprach: In Kiel fahren die Busse, mit denen die Schüler morgens zur Schule fahren, mit einer großen Werbung für Spielcasinos. Wo ist das **Gleichheitsprinzip**? Wie wollen Sie das den Unternehmern erklären?

(Beifall Johannes Callsen [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, das ist die Diskussion, die wir führen werden. Ich nehme an, wir werden im zuständigen Finanzausschuss und im mitberatenden Wirtschaftsausschuss darüber diskutieren. Wir sind gespannt, wie Sie damit umgehen. Ihren Gesten ist zu entnehmen, dass Sie dabei sind, unseren Antrag zu unterstützen. Alles andere wäre nach Neumünster auch nicht glaubwürdig, jedoch auch nicht neu für diese Koalition. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu meinen Vorrednern komme ich im Verlauf meiner Rede noch, aber mit der Ironie ist das so eine Sache. Offensichtlich hat Herr Kubicki Ihre Rede verantwortet und geschrieben. Das geht auch aus den Zitaten hervor. Ironie ist schwierig, wenn sie nicht rüberkommt. Ich nehme Ihnen all das nicht so ganz ab, und ich werde das begründen.

Festzuhalten ist zunächst einmal, dass Sie sich mit der Vorgehensweise und der Art, wie Sie sich mit diesem Thema beschäftigen, in die Reihe der Verbotsparteien eingereiht haben. Das ist vielleicht ein Teil der Wende, die Sie im Moment vollziehen.

Meine Damen und Herren, in der August-Sitzung haben wir das **Spielhallengesetz** diskutiert.

(Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

Es dient nach dem notwendigen **Beitritt Schleswig-Holsteins zum Glücksspielstaatsvertrag**, der dem Irrweg der CDU-FDP-Regierung ein Ende setzte, der **Umsetzung in Landesrecht** und im Wesentlichen der Begrenzung auf eine Konzession pro Spielort. Weiter enthält der Gesetzentwurf Regelungen zum Spieler- und Jugendschutz und zur Suchtprävention.

Wie sehr haben Sie von CDU und FDP seinerzeit dieses Gesetz bekämpft, und jetzt legen Sie einen Entwurf für Casinos, für Spielbanken, vor, der genau das enthält, was Sie seinerzeit kritisiert haben. Das vorgeschobene Argument lautet, man müsse in Spielbanken und Spielhallen **gleiche Bedingungen** schaffen.

Wir halten das alles für ein Spiel Ihrer Seite, bei dem Sie so tun, als ginge es Ihnen um die Angleichung von Rahmenbedingungen in Spielbanken und Spielhallen. Doch das ist ein erbärmliches Spiel, denn in Wirklichkeit wollen Sie das gar nicht. Was Sie wollen, ist eine größtmögliche Liberalisierung bei allem, was mit Glücksspiel zu tun hat.

Auch Ihr Eintreten für Arbeitsplätze im Glücksspiel - Herr Arp hat dies eben noch einmal umrissen - ist vorgeschoben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Na, na!)

- Herr Arp, auch uns ist es nicht egal, wenn uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Spielhallen am Rande der Veranstaltung in Neumünster, von der Sie sprachen, berichten, dass sie durch die Tätigkeit dort ihre magere Rente aufbessern müssen, die sonst nicht reichen würde, oder wenn Frauen sagen, sie können dort nachts arbeiten, weil dann ihre Kinder schlafen. Das alles wirft ein Licht auf die prekäre wirtschaftliche Situation vieler Menschen in unserem Land. Trotzdem kann das nicht alles rechtfertigen, was mit den negativen **Folgen des Automatenglücksspiels** verbunden ist.

Hier kommen ganz andere Aspekte zum Tragen, nämlich zum Beispiel ein **flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn** oder die Solidarrente. Herr Arp und Herr Kubicki, der sich heute vertreten ließ, Sie sind Spieler, die sich die Freiheit nehmen, ohne Ernsthaftigkeit mit der Einbringung dieses Gesetzentwurfs ein Spektakel zu inszenieren. Ja, die unterschiedlichen Regelungen, die zwischen Spielbanken und Spielhallen bestehen, sind kritisch zu hinterfragen. Das werden wir auch tun, denn die **Notwendigkeit des Spielerschutzes** und des Jugendschutzes sowie der **Suchtprävention** ist in Spielbanken und in Spielhallen gleichermaßen gegeben. Wir jedenfalls wollen Glücksspiel deutlich als das kennzeichnen, was es ist, nämlich für viele Menschen eine Versuchung, die zur Sucht führen und sie finanziell wie psychisch ruinieren kann. Für uns ist der Betrieb von Spielbanken und Spielcasinos eben kein Geschäftsmodell, welches wir befördern wollen.

(Peter Eichstädt)

Was fordern Sie eigentlich in Ihrem Gesetzentwurf?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gleiche Bedingungen!)

Casinos sollen nur betrieben werden können, wenn ein **Mindestabstand** von 300 m zu Jugendeinrichtungen besteht. Das steht auch in unserem Spielhallengesetz, allerdings verschärfen Sie die Regelung. Dies wirft ein Licht auf die handwerkliche Qualität Ihres Gesetzes. In Ihrem Gesetz findet sich nämlich kein vergleichbarer **Bestandsschutz** für bestehende Einrichtungen. Da Sie gleiche Regelungen für Spielhallen und Spielbanken wollen, wollen Sie also offensichtlich auch den Bestandsschutz für Spielhallen kippen. Darüber können wir reden, Herr Arp.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleiches gilt für die Zahl der Automaten. Sie fordern eine Begrenzung in Casinos, wie sie das Spielhallengesetz vorsieht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Peter Eichstädt [SPD]:

Vielleicht warten Sie noch einen Augenblick, Herr Kubicki. Ich bringe meinen Gedanken noch zu Ende. Ich bin gerade so schön dabei. Bleiben Sie doch solange stehen, dann werde ich gern Ihre Frage beantworten. Ich sage Ihnen Bescheid.

Allerdings verzichten Sie auf vergleichbare **Übergangsregelungen**. Dies würde nach Ihrer Logik wohl auch für Spielhallen gelten. Ich bin gespannt, was Ihre Freundinnen und Freunde von der Spielhallenlobby dazu sagen.

Das ist ein Schmankerl: Beim Rauchverbot in Spielbanken langen Sie noch einmal kräftig hin. Sie verbieten das Rauchen, obwohl es nach dem Nichtraucherschutzgesetz in Casinos ohnehin verboten ist. Hans-Jörn Arp, der schwarze Ritter, immer unterwegs gegen das Verbot des grauen Rauches, Kubicki, "die Freiheit in Person", stets auf dem Feldzug gegen das Nichtraucherschutzgesetz, kämpfen gemeinsam für ein Rauchverbot in Casinos, das es eigentlich schon lange gibt. Das hat schon etwas, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Alles in allem ist das ein Gesetzentwurf, der Fragen aufwirft.

Jetzt ist das Stichwort gefallen. Herr Kubicki, bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es ist auch die einmalige Chance für Sie, Ihre Redezeit zu verlängern, Herr Kollege. Ihre Redezeit wäre ansonsten abgelaufen.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin, ich hatte dies im Blick!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wie schön, dass es Herrn Kubicki noch gibt und dass er jetzt eine Frage an Sie richten kann.

(Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Kollege Eichstädt, von Wettbewerbsgleichheit haben Sie schon einmal etwas gehört? - Das ist aber nicht der Sinn meiner Frage, sondern ich frage: Können Sie mir ein Spielcasino in Schleswig-Holstein nennen, das in 300 m Entfernung von einer Schule liegt und deshalb eine Übergangsregelung brauchte?

Peter Eichstädt [SPD]:

Nein, das kann ich nicht. Deshalb finde ich Ihren Gesetzentwurf auch so unsinnig. Vielen Dank, Herr Kubicki, dass Sie das noch einmal bestätigen. So etwas gibt es nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vielleicht wollen wir Sie ja daran hindern, das zu machen, Herr Kollege!)

- Soll ich Ihre Frage jetzt beantworten, oder wollen Sie das übernehmen? - Das können Sie gern.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch unlogisch!)

- Ja, das ist unlogisch, das stimmt. Es geht hier um ein Gesetz und nicht um die Verhältnisse und darum, dass sie sind, wie sie sind. Das ist doch deutlich geworden. Es geht auch nicht um dieses Gesetz, sondern es geht Ihnen um das Spielhallengesetz. Das wollen Sie konterkarieren. Sie wollen uns deutlich machen, dass die Bedingungen voneinander abweichen. Wenn es hart auf hart kommt, dann wollen Sie natürlich die Bedingungen, die jetzt in den Casinos gelten, gern auch auf die Hallen angewendet haben. Das ist Ihr Anliegen, und das muss hier ganz deutlich werden. Das ist das Unehrlische

(Peter Eichstädt)

an Ihrem Gesetzentwurf, und das ist der Grund dafür, dass ich sage, dass Sie hier mit dem Parlament einen Scherz treiben. Herr Arp, das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall SPD)

Hatten Sie Ihre Frage zu Ende gestellt? - Herr Kubicki, ich bin mit meiner Antwort aber noch nicht ganz fertig. Sie können sich aber trotzdem hinsetzen. Ich weiß, in einem gewissen Alter sucht man eine ruhende Position. Es dauert auch nicht mehr lange.

Alles in allem ist das ein Gesetzentwurf, der Fragen aufwirft, vor allem diese: Meinen Sie das wirklich ernst, Herr Kubicki?

(Unruhe)

Wir werden jedenfalls Ihren Vorschlag ernsthaft prüfen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie jetzt bitte zum Ende, weil Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Peter Eichstädt [SPD]:

Ich habe das als Teil der Antwort auf die Frage von Herrn Kubicki angesehen.

(Heiterkeit)

Bei ihm weiß man nie. Da muss man auf alles vorbereitet sein. Das bin ich.

(Christopher Vogt [FDP]: Wieso steht die Antwort auf dem Papier?)

Also, es ist ja schon gesagt worden - das muss ich nicht wiederholen -, dass beide Gesetzentwürfe gemeinsam behandelt werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir können ja abstimmen, ob wir ihn noch länger hören wollen!)

Ich sage Ihnen voraus: Dabei könnte Ihnen einiges aus Ihrem Gesetzentwurf auf die Füße fallen.

Herzlich willkommen zu einer spannenden Diskussion! - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich bin dafür, wir können Herrn Eichstädt noch eine Minute geben!)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Spielsucht ist kein Problem von Randgruppen. Spielsucht ist brandgefährlich. Nach Schätzungen der Deutschen Hauptstelle Sucht liegt die **Zahl der Spielsüchtigen** bundesweit zwischen 200.000 und 300.000 Menschen. In Schleswig-Holstein legen circa 20.000 Personen ein problematisches Spielverhalten an den Tag.

Spielsucht hat gravierende soziale Folgen. Ein Großteil der Spielsüchtigen, nämlich um die 80 %, ist verschuldet, etwa ein Drittel bezieht staatliche Transferleistungen, und rund 12 % leben in einer prekären Wohnsituation. Insofern hat Spielerschutz auch einen präventiven, sozialen Aspekt.

Innerhalb der Glücksspiele ist das **Automatenspiel** besonders gefährlich. Das **Suchtpotenzial** ist um das Fünffache höher als zum Beispiel beim Lotto. Gerade deshalb muss es für Spielhallen und Spielbanken strikte Regelungen geben, die das Risiko, süchtig zu werden, minimieren.

Ich begrüße es außerordentlich, dass sich CDU und FDP zu den notwendigen ordnungspolitischen Instrumenten zur Bekämpfung der Glücksspielsucht bekennen. Hierzu gehört unbedingt das **Abstandsgebot** zu Schulen, Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen. Notwendig sind aber ebenso Maßnahmen, die den Drang des pausenlosen Spiels durchbrechen. Hierzu gehören ein Rauchverbot, das Verbot von Essen und Trinken in den Spielräumen, Pausenverpflichtungen und die Möglichkeit der Spielersperrung.

Mit ihrem Gesetzentwurf erkennen die Kollegen von CDU und FDP die von der Landesregierung vorgeschlagenen strengen Regeln für Spielhallen an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es ist doch schön, dass Sie dazulernen, Herr Kollege. - Gleichzeitig sorgen Sie für eine sinnvolle **Ausdehnung dieser Regeln auf Spielbanken** in

(Rasmus Andresen)

Schleswig-Holstein. Das ist voll im Sinne der grünen Fraktion. Bei einer Regulierung des Glücksspiels muss der Schutz der Spieler im Zentrum stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei spielt es keine Rolle, ob in der Spielhalle oder in einem Casino gespielt wird.

Wir müssen den Gesetzentwurf nun in Ruhe im Ausschuss beraten. Das hat der Kollege Eichstädt gerade gesagt. Wichtig ist zu erfahren, was mit den Einnahmen der Spielbanken geschieht. Durch schärfere Regeln werden voraussichtlich die Spielerzahlen sinken. Dies ist erst einmal sehr zu begrüßen. Weniger Casinobesucher bedeuten weniger Menschen, die potenziell in die Sucht rutschen könnten.

Andererseits wird ein **Besucherrückgang** in Spielbanken natürlich auch zu einem Rückgang der Landeseinnahmen führen. Die Abgaben der Spielbanken werden sich dieses Jahr voraussichtlich auf rund 3,8 Millionen € belaufen. Sie sind für gemeinnützige Zwecke, für Hilfseinrichtungen für Spielsüchtige sowie zur Förderung des Sports und der Jugendpflege zu verwenden. Das sind gute Zwecke, welche auch in Zukunft ordentlich gefördert werden müssen. Für eventuelle Einbußen müsste Abhilfe geschaffen werden. Auch diesen Aspekt müssen wir im Ausschuss in Ruhe mit den dazugehörigen Verbänden prüfen. Gerade der Bereich der Suchtprävention liegt uns Grünen besonders am Herzen und darf nicht Gefahr laufen, Einnahmen einzubüßen.

Die Küstenkoalition hat bereits im Koalitionsvertrag vereinbart - auch das hat der Kollege Arp schon gesagt -, langfristig einen **Verkauf der staatlichen Spielbanken** in Schleswig-Holstein anzustreben. Der Betrieb von Spielbanken ist keine Landesaufgabe. Nach einer Privatisierung wären entsprechende Ungleichbehandlungen sowieso nicht länger zu rechtfertigen.

Ganz klar ist für uns Grüne: Eine **Ungleichbehandlung** von Spielhallen und Spielbanken ist nicht zu rechtfertigen. Uns geht es um den Schutz der Spieler. Wir wollen einen **effektiven Schutz aller Spieler**, unabhängig davon, wo sie spielen.

Ich freue mich außerordentlich, dass FDP und CDU nun auch für einen erweiterten Spielerschutz eintreten und mit uns einig sind, dass man hier auch ruhig ausnahmsweise in die Verbotskiste greifen sollte, Herr Kollege Kubicki. Ich freue mich, dass wir mit

dieser Debatte jahrelange Grabenkämpfe - in anderen Bereichen gehen sie vielleicht noch weiter - im Bereich der Glücksspielpolitik hinter uns lassen und bei diesem Thema im Ausschuss gemeinsam zu guten Lösungen kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Abgeordneten Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Seit Beginn meiner Mitgliedschaft in diesem Hohen Haus hatte ich schon mehrfach Gelegenheit, zum Thema Glücksspiel und zum Kreuzzug der Koalition dagegen zu sprechen. Ich will das heute nicht alles wiederholen. In der letzten Tagung haben wir die Schikanierung von Spielhallen debattiert, die Sie mit Ihrem neuen Spielhallengesetz planen. Ich habe schon damals mehrfach angemerkt, wie inkonsequent Sie gegen die **Gefahren der Spielsucht** vorgehen. Sei es im Bereich Internet, sei es im Bereich Lotto, sei es im Bereich Sportwetten oder Spielbanken - es ist überhaupt keine Konsistenz zu erkennen. Insbesondere wenn es um die eigenen Einnahmen geht, wird auf einmal ganz anders abgewogen. Eben haben wir es beim Beitrag des Kollegen Andresen gehört.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich habe schon in der letzten Tagung die Frage gestellt, ob die Regelungen, die für Spielhallen beabsichtigt sind, auch für Spielbanken gelten sollen, was bejaht worden ist. Insofern ist es nur konsequent, dass die Fraktionen von CDU und FDP Sie jetzt auf die Probe stellen und Sie dazu Farbe bekennen müssen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Wenngleich die Gleichbehandlung konsequent ist, muss ich aber auch ganz klar sagen, dass ich Ihre Gängelung von Spielern weder in Spielhallen noch in Spielbanken gut finde.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Insofern sind wir PIRATEN vielleicht die einzige Partei, die keine Verbotspartei auf diesem Gebiet sein wird. Die rot-grüne Verbotslogik, die in diesem Bereich bei Ihnen durchscheint, hat mit **Suchtprävention** wenig zu tun. Sie haben in anderen Bereichen der Suchtprävention, nämlich bei der Dro-

(Dr. Patrick Breyer)

gensucht, längst erkannt, dass Verbotlogik und Kriminalisierung kontraproduktiv wirken. Setzen Sie das endlich auch im Bereich des Glücksspiels um!

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne hat eine weitere Gruppe Platz genommen. Ich bitte Sie, mit mir zusammen Studierende der Fachhochschule Altenholz aus dem Fachbereich Polizei zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landtag!

(Beifall)

Bevor der Kollege Lars Harms das Wort ergreift, begrüßen Sie mit mir gemeinsam auch den Kreisvorsitzenden der CDU Kiel und frischgebackenen Bundestagsabgeordneten Thomas Stritzl. - Herzlich willkommen und herzlichen Glückwunsch zum Mandat!

(Beifall)

Das Wort hat nun für die Abgeordneten des SSW der Kollege Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das vorliegende **Spielbankgesetz** wurde 1995 von der damaligen Landesregierung auf den Weg gebracht. Ziel war es, die öffentliche Kontrolle der Spielbanken besser gewährleisten zu können. Ziel war es auch, die Schleswig-Holsteiner vor den mit der Spielleidenschaft verbundenen Gefahren zu schützen. In den darauffolgenden Jahren hat es immer wieder Diskussionen und natürlich auch Änderungsanträge gegeben. An der Spielbankabgabe, Zusatzabgabe, Gewinnabgabe und der Umsatzsteuer wurde immer wieder gedreht. Dabei hat die Gewinnmaximierung den Spielerschutz leider oftmals in den Schatten gestellt.

Vor uns liegt nun ein neuer Gesetzentwurf. Die Kollegen Kubicki und Arp legen heute einen grundsätzlich vernünftigen Gesetzentwurf zur Änderung des Spielbankgesetzes vor. Das ist etwas, was ich nicht immer sage. Dieser Entwurf entspricht ziemlich genau dem, was wir vom SSW schon lange vertreten haben. Die **Angleichung von Spielhallen- und Spielbankgesetz** ist sicherlich sinnvoll, vor allem weil es hier um den Spielerschutz geht. Dass die Kollegen in dieser Hinsicht ihre Meinung geändert haben, freut mich sehr.

Der Gesetzentwurf zeigt in die richtige Richtung. Der Verzehr von alkoholischen Getränken sowie von Speisen soll in Spielbanken - genau wie in Spielhallen - künftig unterbunden werden. Diese Änderung führt bei den Spielern zu einer **Zwangspause**, wenn sie denn etwas essen wollen. Dass diese Pause einen nicht unbedeutenden Anteil an der Unterbrechung des Spielverlaufs hat, leuchtet ein.

Darüber hinaus soll ebenfalls das **Rauchen** verboten werden. Ob dies in dem bereits bestehenden Nichtraucherschutzgesetz festgeschrieben werden soll oder nicht, sei dahingestellt. Es ist jedenfalls nicht verkehrt, sich noch einmal über den Nichtraucherschutz und dessen Umsetzung in der Praxis Gedanken zu machen.

Es kann sicherlich auch nicht schaden, sich die Vorgaben und die regulären **Vor-Ort-Kontrollen** noch einmal genau anzusehen. Glücklicherweise ist das Spielbankwesen auch jetzt schon kein rechtsfreier Raum. Das Innenministerium regelt die Zertifizierung der Spielautomaten, die Schulung des Personals, die Zugangskontrollen, die Begrenzung der Anzahl von Automaten sowie die **Bekämpfung von Geldwäsche**. Das sind nicht alle Maßnahmen, die das Ministerium bezüglich des Spielbankengesetzes überwacht, aber dies sind die Grundpfeiler, auf dem die fünf Spielbanken in unserem Land heute ruhen. Das sind sehr stabile Grundpfeiler.

Nichtsdestotrotz sollten wir uns tatsächlich darüber Gedanken machen, ob wir dieses Gerüst in Zukunft eventuell erweitern wollen und wie die **Zukunft der Spielbanken** im Allgemeinen aussehen soll. Die Zeit ist an den Spielbanken mit Sicherheit nicht vorbeigegangen. Wo vor einigen Jahrzehnten gelegentlich Kronleuchteratmosphäre herrschte, überwiegt nun ein unbefangenes Lounge-Feeling, wo man früher gern eine ganz bestimmte Zielgruppe angesprochen hat, versucht man nun, sich für so viele Zielgruppen wie möglich zu öffnen - ein Imagewechsel, der nicht von ungefähr kommt. Seit Jahren bestätigt das Finanzministerium rückläufige Zahlen. Das ist kein schleswig-holsteinisches Phänomen; diese Entwicklung zeichnet sich im gesamten Bundesgebiet ab.

Ganz konkret müssen sich unsere fünf Standorte immer wieder mit schwierigen Pachtverträgen, Planungsunsicherheit sowie saisonbedingtem Publikum auseinandersetzen. Über diese Einflussfaktoren auf die **wirtschaftliche Tragfähigkeit** sollten wir uns im Ausschuss noch einmal informieren. In der kommenden Anhörung werden dann die jeweiligen Anzuhörenden zu Wort kommen - den Dialog wollen wir selbstverständlich, auch wenn ein Ge-

(Lars Harms)

setzentwurf gut ist und aus der Opposition kommt, führen -, damit wir einen vernünftigen Weg finden.

Für den SSW steht allerdings der **Spielerschutz** definitiv an erster Stelle, wenn wir diesen Gesetzentwurf behandeln. Wohin dieser Weg dann im Einzelnen führt, wird sich im Laufe der Anhörung und den darauffolgenden Ausschusssitzungen zeigen. Sie können aber sehen, dass wir eine große Sympathie dafür haben, das Spielbankengesetz in die Hand zu nehmen und es an das Spielhallengesetz anzupassen - so wie wir auch das Spielhallengesetz verändern wollen. Deswegen danken wir grundsätzlich den Kollegen Kubicki und Arp für diesen Gesetzentwurf, der wirklich gut ist, freuen uns über ihren Sinneswandel zugunsten des Spielerschutzes und hoffen - das ist ganz wichtig -, dass dieser Sinneswandel dann auch beim Spielhallengesetz durchträgt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorgelegte Gesetzentwurf zielt auf eine **Gleichstellung von Spielbanken mit Spielhallen** ab. Ich gebe zu, Spielbanken und Spielhallen klingt ähnlich, sind aber etwas Unterschiedliches. Das gilt schon für deren Anzahl: In Schleswig-Holstein gibt es fünf Spielbanken, aber rund 600 Spielhallen. In den Spielbanken ist die lückenlose **Zutrittskontrolle** durch die Vorlage von Ausweispapieren Standard. Dadurch ist nicht nur die Prüfung der Volljährigkeit, sondern auch der Abgleich mit dem bundesweiten System für Spielersperren sichergestellt. Schon dadurch wird - ebenso wie durch die gesetzliche Begrenzung der Anzahl von Spielbanken - der Spielsucht entscheidend entgegengewirkt. Spielbanken fallen außerdem unter die strikten **Vorgaben des Geldwäschegesetzes**.

Warum gibt es diese strengen Vorschriften - mit Ausnahme der Ausweiskontrolle aus Gründen des Jugendschutzes - für Spielhallen nicht? **Spielhallen** werden nicht dem Glücksspiel, sondern dem **gewerblichen Spiel** zugeordnet, das in der Gewerbeordnung geregelt wird. Das hat seinen Grund darin, dass Spielhallen ursprünglich Unterhaltungsstätten mit Billard, Tischfußball und Flipperautomaten waren. **Geldspielgeräte** kamen erst später hinzu und

dominieren inzwischen das Geschehen in Spielhallen, von denen durch die hohe Anzahl eine wesentlich größere **Spielsuchtgefahr** ausgeht als von den fünf Spielbanken.

Diese Hinweise zeigen zudem, dass es sachlich nicht gerechtfertigt ist, Spielbanken und Spielhallen gleich zu behandeln. Denkbar wäre es jedoch, über die Verpflichtung der Spielhallen zu Ausweiskontrollen hinaus auch den **Abgleich** mit der **bundesweiten Sperrdatei** vorzusehen. Diesen Vorschlag habe ich aber im Gesetzentwurf nicht gefunden. Stattdessen werden Regelungen vorgeschlagen wie ein Mindestabstand von 300 m zu anderen Spielbanken. Angesichts der Spielbanken, die sich in Kiel, Lübeck, Flensburg, Schenefeld und Westerland befinden, macht eine solche Regelung überhaupt keinen Sinn. Sie stellt keine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Spielbankengesetz dar, nach der die Standorte im Verordnungsweg festgelegt werden.

Auch der verfassungsrechtliche Gleichheitssatz aus Artikel 3 des Grundgesetzes ist nicht dadurch verletzt, dass für Spielhallen andere Regelungen gelten als für Spielbanken, obwohl dort neben dem Großen Spiel auch Automaten Spiele zugelassen sind.

Sowohl Spielbanken als auch Spielhallen unterliegen einschränkenden **Erlaubnisvorbehalten**. Der Gesetzgeber muss die Erlaubnisvoraussetzungen nicht identisch regeln, sondern vielmehr ein kohärentes Regelungskonzept anbieten, das auf den jeweiligen Charakter des Spielangebots in Spielbanken und Spielhallen zugeschnitten ist. Bei der konkreten Ausgestaltung kommt dem Normgeber ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Außerdem ist stets zu bedenken, dass der verfassungsrechtliche Gleichheitssatz nicht nur die Gleichbehandlung von gleichen Sachverhalten erfordert, sondern zugleich die Gleichbehandlung von ungleichen Umständen verbietet.

Um nicht missverstanden zu werden: In dem Anliegen, faire Bedingungen für Glücksspiel und für gewerbliches Spiel zu schaffen und der Spielsucht entgegenzuwirken, sind wir uns einig. Lassen Sie uns die Einigkeit in der Zielsetzung nutzen, um einen vernünftigen und sachgerechten Weg zu entwickeln. Eine völlige Gleichstellung der Spielhallen und Spielbanken ist aber nach Auffassung der Landesregierung nicht zielführend. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1125 dem Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend dem Wirtschafts-, Sozial- und Finanzausschuss zu überweisen. Habe ich das richtig so mitgekriegt? Dann möchte ich - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Außer Umweltausschuss alle! - Widerspruch)

- Also Innen- und Rechtsausschuss federführend, Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss und Finanzausschuss mitberatend. Wer noch darüber nachdenken will, möge das im Wege der Selbstbefassung gern tun. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben mir gerade mitgeteilt, dass sie nach dem jetzt folgenden Tagesordnungspunkt heute noch die Beratung der Tagesordnungspunkte 26 und 38 vorziehen wollen. Da geht es um Schriftspracherwerb und Rechtschreibung an den Grundschulen. Diese Punkte werden nach dem Tagesordnungspunkt, den ich jetzt aufrufe, heute noch beraten.

Nun rufe ich die Tagesordnungspunkte 13 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1135

b) Berichts Antrag - Herausforderungen der Sparkassen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1126

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile erneut dem Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern: Im Januar dieses Jahres hatte der Landtag das **Sparkassengesetz** dahin gehend geändert, dass sich sogenannte vergleichbare Träger - die HASPA Finanzholding -, nicht mehr an öffentlich-rechtlichen Sparkassen beteiligen können sollen.

(Volker Dornquast [CDU]: Ein großer Fehler!)

- Zur Bewertung komme ich gleich noch, Herr Abgeordneter.

Damit hat der Landtag die Gefahr einer möglichen **Privatisierung** unserer öffentlich-rechtlichen Sparkassen gebannt.

(Tobias Koch [CDU]: Quatsch!)

Nunmehr legt die Landesregierung eine Änderung des Sparkassengesetzes vor. Ziel ist es, eine weitere Option zu schaffen, die Eigenkapitalbasis einiger Sparkassen zu stärken.

Die schleswig-holsteinischen Sparkassen mussten in der vergangenen Zeit erhebliche Belastungen tragen und stehen vor weiteren großen Herausforderungen: Die **Niedrigzinspolitik** der Europäischen Zentralbank drückt auf die Ertragslage aller Kreditinstitute. Die Wettbewerbssituation im Kreditwesen hat sich in den letzten Jahren beispielsweise durch Angebote im Internet verschärft. Wertberichtigungen auf Beteiligungen belasten die Ertragslage. Gleichzeitig ergeben sich durch die **Umsetzung von Basel III** höhere Kapitalanforderungen. Schließlich werden die Auswirkungen der neuen EU-Regelungen zur Einlagensicherung, deren genaue Ausgestaltung zurzeit diskutiert wird, die Ertragslage zusätzlich belasten.

In den letzten Monaten habe ich die Zeit genutzt, mit zahlreichen Partnern, verschiedenen Akteuren und Experten der Sparkassenorganisation Gespräche zu führen, um mir einen umfassenden Eindruck über die Situation der schleswig-holsteinischen Sparkassenorganisation zu verschaffen.

Die kommunalen Landesverbände, der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein - SGV - und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband - DSGV - stimmen dem Gesetzentwurf grundsätzlich zu. Insbesondere begrüßen sie die Möglichkeit der Beteiligung des SGV am Stammkapital öffentlich-rechtlicher Sparkassen.

Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf Folgendes vor:

(Minister Andreas Breitner)

Der SGV soll sich am Stammkapital von öffentlich-rechtlichen Sparkassen beteiligen können. Die Beteiligung soll nicht auf Dauer angelegt sein; denn es ist nicht Aufgabe des Verbandes, sich dauerhaft an Sparkassen zu beteiligen. Eine **Beteiligung des Verbandes** soll daher nur ermöglicht werden, um einer besonderen Belastungssituation zu begegnen oder zur Ablösung von stillen Einlagen.

Weiter sollen sich nicht nur die Gemeinden, Kreise und Zweckverbände, die heute schon Träger einer Sparkasse sind, sondern alle an öffentlich-rechtlichen Sparkassen beteiligen können.

Zudem wird verdeutlicht, dass die Regelung über die Beteiligung nur die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, die ihren **Sitz in Schleswig-Holstein** haben, umfassen soll. Insbesondere diese Regelung begrüßt der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ausdrücklich.

Im Übrigen kann auch der DSGV bei Bedarf Kapital in öffentlich-rechtliche Sparkassen einbringen, wie es die sparkasseninternen Regelungen bereits vorsehen über den SGV als regionalen Verband.

Insgesamt sollen durch diese erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der Sparkassenorganisation in Schleswig-Holstein die **Möglichkeiten für eine bessere Kapitalausstattung** und Kapitalallokation geschaffen werden.

Gleichzeitig können bei kapitalunterlegten Kooperationen von Sparkassen Synergieeffekte erzielt werden. Die maximale **Beteiligungsquote** soll auf 49,9 % angehoben werden. Damit werden die Möglichkeiten der einzelnen Sparkassen, im Bedarfsfall Stammkapital aufzunehmen, weiter ausgebaut. Schließlich soll die Beteiligung am Stammkapital nur durch Einlagen zur Erhöhung des Stammkapitals möglich sein, um sicherzustellen, dass das Kapital auch die Sparkasse stärkt.

Der Gesetzentwurf sieht ferner vor, dass der Träger selbst seinen Anteil nicht übertragen kann. Auch dies ist von der Sparkassenfamilie ausdrücklich begrüßt. Daneben passen wir die **Regelungen zur Gewinnausschüttung** an die EU-Anforderungen an und stellen im Gesetzentwurf unter anderem klar, dass die Aufgabe der Sparkassen sich auch auf die angemessene und ausreichende Versorgung der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen erstreckt. Dies sehen die Sparkassen seit jeher als ihre Aufgabe an. Darüber hinaus wird klargestellt, dass die Mitglieder der Versammlung und des Vorstandes ehrenamtlich tätig sind.

Bei unseren Bemühungen, die Sparkassen zu unterstützen, dürfen wir eines nicht übersehen: Die **Sparkassen sind wirtschaftliche Unternehmen**, die im Wettbewerb stehen. Notwendige strukturelle Maßnahmen sind in Eigenverantwortung von den Organen der Sparkasse in diesem Sinne zu leisten. Der SGV kann dabei nur unterstützen. Auf Verbandsebene ist es Aufgabe des SGV als Körperschaft des öffentlichen Rechts, ebenfalls eigenverantwortlich über strukturelle Maßnahmen zu entscheiden. Es ist nicht Aufgabe des Gesetzgebers, also des Staates, unternehmerische Entscheidungen gegen den Willen der wirtschaftlich und politisch Verantwortlichen zu treffen.

Dass ausgerechnet wir Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, die **Grenzen staatlicher Einflussnahme** aufzeigen müssen, ist für mich an diesem Vorgang besonders bemerkenswert. Dass diese Aufgabenverteilung verantwortungsvoll wahrgenommen wird, zeigen folgende strukturelle Maßnahmen der Sparkassenorganisation:

Die Sparkasse Bredstedt und die Nord-Ostsee Sparkasse haben fusioniert. Die Sparkasse Mittelholstein ist dabei, eine Kapitalerhöhung durchzuführen. Die Sparkasse Südholstein plant strukturelle Maßnahmen im Personalbereich und die Förde Sparkasse sowie die Sparkasse Hohenwestedt sind eine **kapitalunterlegte Kooperation** eingegangen.

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir lassen die Sparkassen also nicht allein, stattdessen stimmen wir uns nur eng mit ihnen ab. Mit dem Gesetzentwurf verbessern wir die Rahmenbedingungen weiter, damit unsere Sparkassen den Herausforderungen gerecht werden können: vorsichtig, zurückhaltend, aber regulierend.

Ich freue mich sehr darüber, dass unser Kurs auch die grundsätzliche Zustimmung der kommunalen Landesverbände und der Sparkassenorganisation gefunden hat. Das kann kein schlechtes Zeichen sein. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank Herr Minister.

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht jetzt natürlich auch den Fraktionen zur Verfügung.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ich erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

(Tobias Koch [CDU]: Warum?)

- Weil der Berichtsantrag zu b) von der FDP eingereicht worden ist und diese deshalb den Vortritt hat. Sie können es gern anders vereinbaren.

(Tobias Koch [CDU]: Frau Präsidentin, ich bin auf alles vorbereitet!)

- Das dachte ich mir.

(Zuruf)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich freue mich. Herr Kollege Stegner, der Kollege Schäuble verhandelt hinter den Kulissen bereits über die Steuererhöhungen, die notwendig sind, um das Land voranzubringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesetze sollten keinem Aktionismus entspringen. Gesetze, die keine reale Entfaltung erzeugen und weder ein drohendes Problem verhindern noch ein Problem zumindest in Teilen lösen können, Herr Minister, sind sinnlos. Das vorliegende Sparkassengesetz löst keine Probleme, es beinhaltet keinerlei ernsthafte Instrumente zur Lösung bevorstehender Herausforderungen, sondern soll eigentlich nur demonstrieren, dass die Landesregierung etwas Schriftliches vorlegen kann. Vielmehr aber zeigt dieses Gesetz, wie falsch es war, im Januar das von der schwarz-gelben Vorgängerregierung beschlossene Sparkassengesetz zu verändern.

Herr Minister Breitner, man merkt Ihnen an, dass Sie hier ein Gesetz verteidigen müssen, von dem Sie selbst überzeugt sind, dass es weder die Probleme der Sparkassen im Land lösen kann noch dass es den Sparkassensektor im **Wettbewerb gegen die privaten Banken** wird stärken können. Es ist nicht ein Sparkassenstärkungsgesetz, so wie Sie sich redlich zu vermitteln bemühen, sondern es ist ein Sparkassenschwächungsgesetz.

(Beifall FDP)

Es schwächt die Sparkassen, es wird das Geschäft von den Sparkassen zu den Privatbanken treiben. Mit diesem Gesetz wird nicht die örtliche Sparkasse, sondern der private Bankenkonzern gestärkt.

Kommen wir zu den Fakten, liebe Kolleginnen und Kollegen, die dies untermauern:

Durch die **erhöhten Eigenkapitalanforderungen von Basel III** - die mittlerweile mit der CRD-IV-Richtlinie in nationales Gesetz überführt wurden -

benötigen die Sparkassen im Land einen dreistelligen Millionenbetrag an neuem Eigenkapital. Dazu schlagen Sie drei Möglichkeiten vor:

Erstens. Öffentlich-rechtliche Sparkassen sollen sich an den Instituten im Land beteiligen dürfen. Wenn zwei Geld benötigen, dann bringt es nichts, Herr Minister, wenn sie sich gegenseitig welches leihen dürfen.

Zweitens. Die **Kommunen** dürfen sich an den Sparkassen beteiligen. Das ist doch kein ernst gemeinter Vorschlag. Welche Kommunen schwimmen denn im Geld? - Kommunen - das haben Sie selbst bis letzten Sonntag wiederholt - müssen in Infrastruktur, in Schulen, in Bildung und in Kindertagesstätten investieren und nicht in Banken.

(Beifall FDP)

Sollen die Entlastungen für die Kommunen, die sich aus der **Übernahme der Grundsicherung im Alter** durch den Bund ergeben, den Menschen oder den Banken zugutekommen? „Mensch vor Bank“ haben die Grünen plakatiert. Was ist hiervon übrig geblieben?

(Beifall FDP)

Drittens. Die Beteiligungsmöglichkeit durch den Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein ist, freundlich ausgedrückt, als „kreativ“ zu bezeichnen. Der Sparkassen- und Giroverband leidet selbst am meisten unter den Abschreibungen aus seinen Engagements bei der HSH Nordbank und der Landesbank Berlin. Sie lechzen am meisten nach Kapital, sie treten an viele Sparkassen heran, um vor allem von ihnen Kapital zu erhalten, statt welches zu vergeben.

Dieser Gesetzentwurf dokumentiert die Einfalls- und Ratlosigkeit der Landesregierung. Diejenigen, die sich mit der Materie ein wenig auseinandergesetzt haben, wissen das. Die Lösung, die bei der **Sparkasse Hohenwestedt** gefunden wurde, wird nicht auf andere Sparkassen übertragen werden können. Mit 52 Beschäftigten ist die Sparkasse Hohenwestedt eine der kleinsten Sparkassen Deutschlands. Sie ist nicht vergleichbar mit wirklichen Problemfällen; denn für die haben Sie keine Lösung.

Ich fand es daher schon bemerkenswert, wie die regierungstragenden Fraktionen den Abbau von 130 Arbeitsplätzen bei der **Sparkasse Südholstein** achselzuckend und gleichgültig zur Kenntnis genommen haben und wie auch Sie, Herr Minister, das heute als strukturelle Anpassung verniedlicht haben. An diesem **Personalabbau von 130 Stellen** haben Sie persönliche Mitschuld. Die Sparkasse

(Wolfgang Kubicki)

Südholstein ist durch ihre Gesetzesänderung gezwungen gewesen, ihr Geschäft zurückzuführen und ihre Mitarbeiter zu entlassen, weil sie keine Möglichkeit mehr hat, neues Eigenkapital zu generieren. Ihr Sparkassengesetz wird damit zu einer reinen Jobvernichtungsmaschine.

Sie haben mit dem Landtagsbeschluss im Januar die Sparkassen ihres einzigen praktikablen und effektivsten Instruments beraubt, womit sie die Herausforderungen durch **Basel III** und durch die **erhöhten Abschreibungen** hätten meistern können. Stattdessen präsentieren Sie mit diesem Gesetz den Sparkassen und der Öffentlichkeit einen neuen schönen Werkzeugkasten, der aber keinerlei Werkzeuge enthält, sondern mit jeder Menge Konfetti gefüllt ist. Herr Minister, mit Konfetti - das werden Sie noch erleben - können weder Handwerker noch die Sparkassen arbeiten. - Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit fast einem Jahr liegt der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Erweiterung des Sparkassengesetzes vor, um auch dem Sparkassen- und Giroverband die **Möglichkeit der Minderheitsbeteiligung** einzuräumen. Aber natürlich kommt es für die Koalitionsfraktionen nicht infrage, einem Gesetzentwurf der Opposition zuzustimmen oder auch nur auf dieser Basis zu beraten.

(Zurufe SPD)

- Nein, einen Draht haben wir noch nicht. Da wird lieber ein Jahr lang Zeit vertan, um einen eigenen Gesetzentwurf der Regierung zu präsentieren, der im Kern nichts anderes enthält, nämlich eine **Beteiligungsmöglichkeit** für den Sparkassen- und Giroverband.

Herr Minister, der Gesetzentwurf bietet keine **Hilfe für die Kapitalausstattung** der schleswig-holsteinischen Sparkassen, der über den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion hinausgeht. Herr Minister, das ist für ein Jahr Regierungshandeln ein wirklich dürftiges Ergebnis.

(Beifall CDU)

Im Gegenteil: Sie streichen den Sparkassen eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Kapitalausstattung. Erst wurde in einem unparlamentarischen Hauruckverfahren die Möglichkeit für die Hamburger Sparkasse gestrichen, jetzt auch für öffentlich-rechtliche Sparkassen aus anderen Bundesländern. Da frage ich mich wirklich: Mit welchem Privatisierungsschreckgespenst wollen Sie eigentlich begründen, dass sich die öffentlich-rechtliche Sparkasse Harburg-Buxtehude oder die ebenfalls öffentlich-rechtliche Sparkasse Mecklenburg-Schwerin nicht mehr an einer Sparkasse in Schleswig-Holstein beteiligen dürfen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warum eigentlich?)

Diese Beteiligungsmöglichkeit zu streichen, richtet sich doch direkt gegen den **Geist der norddeutschen Kooperation** und gegen eine Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg.

(Beifall CDU)

Mit der von Ihnen vorgelegten Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, Herr Minister Breitner, verbauen Sie gleichzeitig auch noch die letzte Chance, dass Sparkassen zusätzliches **Kapital von ihren Trägern** erhalten. Welcher Kreis soll dazu denn in Zukunft noch in der Lage sein, nachdem Sie ihn mit dem FAG geschröpft haben und die gesamte Entlastung, die der Bund mit der Übernahme der Grundsicherung im Alter gewährt hat, wieder zunichte gemacht haben?

(Beifall CDU)

Stattdessen schaffen Sie mit der Beteiligungsmöglichkeit für Städte und Gemeinden eine politische Alibilösung, als ob es sich irgendeine Kommune leisten könnte, eine solche neue Aufgabe zusätzlich zu übernehmen.

(Minister Andreas Breitner: Norderstedt!)

- Der Zwischenruf ist angekommen, Herr Minister. Zweimal haben Sie schon „Norderstedt“ in den Raum geworfen. Sie sorgen dafür, dass es zukünftig auch den wenigen Städten und Gemeinden wie Norderstedt, die zurzeit noch etwas besser dastehen, die sich vielleicht an einer Sparkasse beteiligen könnten, schlecht geht. Sie sorgen dafür, dass es zukünftig allen gleich schlecht geht, indem Sie Norderstedt zukünftig jährlich 1,5 Millionen € zusätzlich entziehen.

(Beifall CDU und FDP)

Und wie sieht es mit der **Beteiligungsmöglichkeit des Verbandes** in Ihrem Gesetzentwurf aus? Auch

(Tobias Koch)

die ist nach Ihrem Gesetzentwurf an die Bedingung geknüpft, dass erst eine besondere Belastungssituation eintritt. Mit anderen Worten: Das Kind muss erst in den Brunnen gefallen sein, bevor auf diese Weise zusätzliches Kapital eingebracht werden kann. Nein, meine Damen und Herren, ein großer Wurf ist dieses Sparkassengesetz weiß Gott nicht.

Aber immerhin können wir feststellen, Herr Dr. Stegner: Die Grundzüge des von CDU und FDP beschlossenen Sparkassengesetzes mit der **Bildung von Stammkapital** und der **Möglichkeit von Minderheitsbeteiligungen** bleiben auch in diesem Gesetzentwurf erhalten. Schau mal einer an! Ich will daran erinnern, Herr Kollege, dass der Kollege Rother in der Landtagssitzung am 18. Juni 2010 noch erklärt hatte - ich zitiere -:

„Die Gemeinwohlverpflichtung der Sparkassen wäre allein schon durch die Stammkapitalbildung dahin.“

Er sagte, sie wäre dahin, nicht gefährdet, sondern dahin. Da hat es offensichtlich ein Umdenken im Regierungslager gegeben. Diese Einsicht begrüßen wir ebenso wie die Tatsache, dass jetzt auch unser Vorschlag einer **Beteiligung des Sparkassen- und Giroverbandes** aufgegriffen wird. Wie gesagt: Unser Gesetzentwurf liegt seit fast einem Jahr vor.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Insofern geht die CDU-Fraktion konstruktiv und offen in die anstehenden Gesetzesberatungen. Dabei werden allerdings noch einige Fragen zu klären sein. Die zwei wichtigsten will ich an dieser Stelle gerne bereits nennen:

Erste Frage, Herr Minister: Wie sieht es mit der Prüfung einer Sparkasse aus, wenn sich der Verband an dieser Sparkasse beteiligt hat? Prüft sich der Verband dann zukünftig quasi selbst?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das darf er gar nicht!)

Das kann ich mir noch gar nicht so richtig vorstellen. Der Gesetzentwurf enthält dazu keinerlei Aussagen. Das muss aber bis zur Verabschiedung des Gesetzes geklärt werden.

Zweite Frage, Herr Minister: Wie passt es zusammen, wenn zukünftig Beteiligungen von bis zu 49,9 % möglich sein sollen, gleichzeitig den Beteiligten im **Verwaltungsrat** aber weiterhin nur ein bis drei Sitze zugestanden werden? Diese Sitzanzahl war auf die bislang maximal zulässige Höhe von 25,1 % abgestellt und trug damit sowohl dem Gleichbehandlungsgrundsatz als auch dem Demo-

kratieprinzip Rechnung. Bei einer Beteiligung des Sparkassen- und Giroverbandes mit 49,9 % und lediglich ein bis drei Vertretern des Verbandes im Verwaltungsrat wird es Ihnen nicht gelingen, diesen beiden Grundsätzen gleichzeitig Rechnung zu tragen. Auch diese Frage bedarf deshalb einer abschließenden rechtlichen Klärung.

In den anstehenden Ausschussberatungen haben wir in der Tat noch einiges zu tun. Wir sehen ihnen mit Spannung entgegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Koch. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns als SPD-Fraktion geht es im Grundsatz natürlich darum, die Sparkassen zu stärken und das große Vertrauen der Menschen in diese Institution nicht durch politische Spielereien und juristisches Glücksspiel zu zerstören. Die **Sicherstellung eines Girokontos für jedermann** ist für uns eine grundlegende politische Forderung. Die Versorgung mit **Bankdienstleistungen in der Fläche** ist ein wichtiges öffentliches Gut. Die Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft muss inhaltlich und räumlich nahe an den Unternehmen geschehen. Hier sind die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen Spitze. Darauf hat der Kollege Lars Harms in der Haushaltsdebatte bereits hingewiesen. Wir haben uns hier mehrheitlich gegen einen Weg mit der Haspa und damit gegen die **Gefahr einer Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens** entschieden.

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Sparkassengesetzes begegnet uns nun das Ergebnis der gemeinsamen Aufforderung an die Landesregierung - ich sage es ausdrücklich, Herr Koch: der gemeinsamen Aufforderung -, die Zukunftsfähigkeit der Sparkasseninstitute in unserem Land sicherzustellen. Wir wissen alle, dass die finanziellen Lasten infolge der Wertberichtigung, eine nachlassende Ertragslage aufgrund eines niedrigen Zinsniveaus, ein stärkerer Wettbewerb durch zunehmendes Online-Banking und eine teurere Finanzierung aufgrund kleinteiliger Strukturen einige Sparkassen in **existenzielle Schwierigkeiten** gebracht haben.

(Thomas Rother)

Wie man solche Schwierigkeiten vernünftig bewältigt, haben wir erst vor Kurzem an der Beteiligung der Förde-Sparkasse an der Sparkasse Hohenwestedt erfahren können, auch wenn die Dimensionen natürlich sehr unterschiedlich sind. Damit haben wir aber einen Beweis dafür, dass die öffentlich-rechtliche Sparkassenfamilie durchaus dazu in der Lage ist, ihre Probleme selbst zu bewältigen. Und das ist ein Beweis dafür, dass unsere Entscheidung im Januar richtig war. Es ist sogar zugesichert worden, dass dadurch kein Arbeitsplatz verloren geht. Die Verbindung zwischen dem **Arbeitsplatzabbau** bei der Sparkasse Südholstein und der Nichtbeteiligung der Hamburger Sparkasse ist doch wirklich sehr konstruiert, Herr Kubicki,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Überhaupt nicht!)

zumal bei der Sparkasse zu Lübeck, an der die Hamburger Sparkasse beteiligt ist, ein Arbeitsplatzabbau im zweistelligen Bereich erfolgt ist. Ursache und Wirkung sollten also schon in Verbindung gebracht werden, wenn das hier vorgetragen wird.

(Vereinzelt Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in einem ersten Schritt - das stimmt, Herr Koch - die **Möglichkeit zur Beteiligung** an den Sparkassen in begrenztem Rahmen eingeräumt. Wenn dies durch andere öffentlich-rechtliche Sparkassen oder deren Träger geschieht, so ist das aus unserer Sicht in Ordnung. Alles bleibt in öffentlicher Hand.

Mit dem neuen Gesetzentwurf soll nun auch die **Einlagemöglichkeit** für den öffentlich-rechtlichen Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein möglich werden. Da ist in der Tat die Prüfungsfrage noch einmal eindeutig zu klären. Das ist aber auch wirklich nur für eine gewisse Zeit gut und richtig, wie es im Gesetzentwurf vorgesehen ist; denn eine Gesamtparkasse Schleswig-Holstein wäre dem **Geschäftsmodell der Sparkassen** nicht zuträglich. Das ist ja auch ein Vorschlag, der von Ihnen kam, Herr Koch. Diesen Vorschlag, die Frage der Verbandsbeteiligung, haben wir einvernehmlich zurückgestellt, bis der Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt. Von daher verstehe ich an dieser Stelle die Aufregung nicht so ganz.

Ebenso soll die **Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeit** auf eine Quote von 49,9 % eingeräumt werden. Damit steigt natürlich der Einfluss des Kapitalgebers. Das müsste sich eigentlich tatsächlich im Verwaltungsrat widerspiegeln. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Koch. Ob das aber letzten Endes immer gut ist, wird sich erst in der Praxis zeigen. Es

ist zu hoffen, dass die Geldgeber mit ihrer Beteiligung nicht allein auf das Formalziel der Gewinnerzielung setzen.

Ob es sinnvoll wäre, dass sich öffentlich-rechtliche Sparkassen aus anderen Bundesländern weiterhin an schleswig-holsteinischen Instituten beteiligen können, ist im Ausschuss zu erörtern. Wir sind da tatsächlich offen. Wenn das unseren Sparkassen etwas bringt, dann weiß ich nicht, warum das nicht möglich sein sollte.

Die **Stammkapitalbindung** an sich - ich kann hierzu das wiederholen, was ich vor drei Jahren gesagt habe - verändert zwangsläufig den Charakter einer Sparkasse. Sie ist aus meiner Sicht jedoch das kleinere Übel gegenüber einer Privatisierung. Die Situation ist tatsächlich so: Die reine Lehre, die auch mir lieber wäre, ist an ihre Grenzen gestoßen, und wir müssen schauen, was im Rahmen dessen, was wir uns wünschen, noch machbar ist.

Hinzu kommen die Schwierigkeiten, die sich aus den **Basel-III-Anforderungen** ergeben - Herr Kubicki hat darauf hingewiesen -, vor allem was die Anrechnung von Hybridkapital auf Kernkapital betrifft. Dieses **Ergänzungskapital** darf nur noch für eine gewisse Zeit und in eingeschränktem Umfang in das Kernkapital hineingerechnet werden. Wenn es denn zutrifft, dass einige schleswig-holsteinische Sparkassen weder die Kapital- noch die Liquiditätsvorgaben erfüllen, wie in der Presse zu lesen war, ist hierfür eine nachhaltige Lösung vonnöten. Daher stimmen wir gern dem FDP-Berichtsantrag zu, um die Ergebnisse des Berichts im Rahmen der weiteren Beratungen dieses Gesetzentwurfs heranziehen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf bildet realistische Möglichkeiten zur Problemlösung bei den Sparkassen ab - nicht mehr, aber auch nicht weniger. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat der Abgeordnete Rasmus Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition setzt mit der Änderung des Sparkassengesetzes das um, was sie

(Rasmus Andresen)

im Winter versprochen hat. Der **Ausstieg aus dem Privatisierungsrisiko** der Sparkassen musste schnell erfolgen, um Schaden zu verhindern. Dann wurde mit genügend Zeit sorgfältig eine neue Gesetzesänderung entworfen. Mit diesem Gesetz stärken wir die besonderen existierenden **Selbsthilfemechanismen der Sparkassen**. Wir tun das - das wurde bereits vom Minister und von anderen gesagt - in Übereinstimmung sowohl mit den kommunalen Landesverbänden als auch mit dem Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein.

Wir weiten die Möglichkeiten der Beteiligung öffentlicher Akteure an unseren Sparkassen aus. Beides stärkt den öffentlich-rechtlichen Charakter unserer Sparkassen. Das ist ein wichtiges Zeichen in Zeiten der immer noch andauernden Finanzkrise.

Wir sagen nicht, dass wir damit alle Probleme der Sparkassen lösen. Das ist in diesem Bereich auch eine falsch verstandene Anforderung an die Politik. Wir können lediglich die Rahmenbedingungen setzen für das eigenständige Wirtschaften der Sparkassen. Dabei müssen wir aber darauf achten, dass wir die **Besonderheiten des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors** bewahren. Deshalb haben wir das Privatisierungsrisiko, das Schwarz-Gelb geschaffen hat, ausgeschaltet.

Dass der Ausstieg aus dem „Haspa-Paragrafen“ kein Irrweg war, hat die Sparkasse Hohenwestedt in der vergangenen Woche bewiesen. Nachdem der Traum von der Beteiligung der Haspa geplatzt ist, hat sie eine bessere Alternative gefunden. Die Förde Sparkasse steigt in Hohenwestedt mit ein. Das ist eine Beteiligung auf Augenhöhe ohne das Risiko einer schleichenden Privatisierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Katastrophe, die viele beschworen haben - ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Reden der Opposition im vergangenen halben Jahr -, ist ausgeblieben. Lassen Sie uns doch einfach einmal zusammen darüber freuen, anstatt hier im Ideologiestreit zu versinken.

Auf dem Erreichten können wir uns aber natürlich nicht ausruhen. Deshalb entwickeln wir das Sparkassengesetz jetzt weiter. Zusammengefasst kann man sagen, dass wir den Sparkassen helfen, sich selbst zu helfen. Das Beispiel der Sparkasse Hohenwestedt und der Förde Sparkasse zeigt, dass es hier durchaus Potenzial gibt. Künftig kann sich jede Gebietskörperschaft und jeder Zweckverband an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen beteiligen. Die Möglichkeit zur Beteiligung wird auf 49,9 % deut-

lich erhöht. Wir geben dem Sparkassenverband für **Stützungsmaßnahmen** ein neues Instrument an die Hand. Weil stille Einlagen künftig nicht mehr als Eigenkapital zählen, hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband künftig die Möglichkeit, sich am Stammkapital der StützungsSparkassen zu beteiligen.

Wenn CDU und FDP weitere Vorschläge haben - das klang gerade ein bisschen so -, wie wir die Rahmenbedingungen der Sparkassen verbessern können, dann freue ich mich darauf, diese mit Ihnen zu diskutieren.

Eins muss aber klar sein: Die **Haspa-Klausel** ist weder von der Koalition noch von den Sparkassen selbst gewünscht. Das wurde im vergangenen Gesetzgebungsverfahren und in den folgenden Gesprächen deutlich. Ich verstehe, dass es Ihnen schwerfällt, sich von dieser Idee, in die Sie zu Regierungszeiten vielleicht auch viel Arbeit gesteckt haben, Herr Kubicki, zu lösen. CDU und FDP sollten aber nicht inhaltlich auf der Stelle treten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir haben uns als Koalition bei der Frage, ob die Bildung von Stammkapital generell wesensfremd für Sparkassen ist, weiterentwickelt und sind ein Stück auf Sie zugekommen. Deshalb fordere ich Sie auf: Lassen Sie uns gemeinsam im Ausschuss schauen, welche Punkte es gibt, bei denen man gemeinsam zu Verbesserungen kommen kann. Der Kollege Koch hat gesagt, dass es bei dem Prüfungsrecht noch offene Fragen gibt. Das will ich eingestehen. Das müssen wir noch gemeinsam angehen und lösen. Lassen Sie uns aber mit diesem alten ideologischen Streit aufhören. Ich bin mir sicher, dass wir dann gute gemeinsame Lösungen entwickeln können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde schon sehr vieles in dieser Debatte gesagt. Das ist im Prinzip die Fortsetzung unserer Eilentscheidung vom Januar.

Ich glaube, dass wir uns in den nächsten Beratungen auf jeden Fall noch intensiver mit einigen Fragen beschäftigen müssen. Viele wurden hier bereits

(Torge Schmidt)

angesprochen. Ich glaube auch, wir sollten dringend eine mündliche Anhörung machen. Eigentlich könnte ich meine Rede vom letzten Mal noch einmal halten. Wir haben uns damals schon mit dem CDU-Antrag beschäftigt. Die Probleme sind die gleichen. **Basel III** wurde bereits genannt. Die **Eigenkapitalversorgung** wurde genannt.

Dennoch möchte ich den Gedanken in die Runde geben, dass, wenn sich der Sparkassen- und Giroverband an den Sparkassen selbst beteiligt, wir nicht nur ein Konstrukt schaffen können, das dafür sorgt, dass eine Bank nicht zu groß wird, dass sie „too big to fail“ ist, sondern auch die Situation entstehen könnte, dass eine Bank „too connected to fail“ ist. Das bedeutet, dass sich die Sparkassen in Schleswig-Holstein zu sehr vernetzen, und wenn dann eine ausfällt, kommt es zu einem Domino-Effekt, und sie kippen alle nacheinander um.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Anno Domino 2013!)

- Herr Stegner, das sind ernsthafte Probleme, die eventuell entstehen können. Das kann durchaus passieren. Man muss darüber nachdenken.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Für Stegner gibt es keine Probleme, außer ihn selbst!)

Es wurde die Frage angesprochen, ob das eine dauerhafte Beteiligung sein soll. Ich bin da ein bisschen skeptisch. Wenn sich der Sparkassen- und Giroverband einmal daran beteiligt hat, bin ich skeptisch, ob die Banken es dann schaffen, die **Kapitalsituation** so zu verbessern, dass sie die Beteiligung wieder loswerden. Wir haben die Situation bei der HSH Nordbank, an der wir auch beteiligt sind. Wir haben eine Garantieerhöhung. Außerdem kämpfen wir gerade dafür, auch diese wieder loszuwerden. Das kann eine Geschichte von mehreren Jahren werden. Daher glaube ich schon, dass es auf eine **dauerhafte Beteiligung** hinausläuft.

Außerdem stellt sich für mich die Frage, woher das Kapital denn kommen soll. Ich glaube nicht, dass die Kommunen so kapitalstark sind, dass sie sich beteiligen können. Der Sparkassen- und Giroverband ist nur der Dachverband der Sparkassen. Ich glaube nicht, dass der Sparkassen- und Giroverband so kapitalstark ist - insbesondere aufgrund der Abschreibungen wegen der HSH Nordbank -, dass er der Heilsbringer sein kann.

Daher gibt es noch viele offene Fragen. Ich wünsche mir außerdem eine mündliche Anhörung. - Ich danke Ihnen und freue mich auf die Beratung.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Kollegen des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen wir uns einmal folgende Situation vor: Als Kunde der Deutschen Bank mit Wohnort in Emmelsbüll-Horsbüll muss ich, um meinen Bankberater persönlich zu sprechen, mit der Bahn über den Damm nach Westerland. Zunächst einmal muss ich aber natürlich nach Klanxbüll, und wenn ich Glück habe, dann finde ich dort sogar noch einen Parkplatz in Bahnhofsnähe. Nach drei Bahnstationen und fünf Minuten Fußmarsch bin ich dann endlich am Ziel.

Alternativ könnte ich natürlich auch ins etwa 60 km entfernte Husum fahren. Auf jeden Fall wird ein halber Tag für einen Banktermin draufgehen müssen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Du kannst doch Online-Banking machen!)

Einfacher habe ich es da als Kunde einer Sparkasse; denn die nächste Filiale ist im 14 km entfernten Niebüll und die nächste SB-Filiale gleich um die Ecke in Klanxbüll. Das heißt jedoch nicht, dass die eine Bank besser ist als die andere, aber das zeigt, dass ein **flächendeckendes Serviceangebot** eben keine Selbstverständlichkeit ist. Gerade im ländlichen Raum ist ein solches Filialnetz unverzichtbar.

Die Sparkassen in unserem Land sind zweifelsohne in der Region verwurzelt. Die kommunale Trägerschaft ist und muss auch in Zukunft ein Leitbild sein. Die Sparkassen im Norden haben gezeigt, dass sie sich sehr wohl vor allem selbst helfen und unterstützen können.

Die **Fusion** von der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt mit der Nospa und die Beteiligung der Förde Sparkasse an der Sparkasse Hohenwestedt haben gezeigt, dass eine Zukunft auch ohne eine Beteiligung der Haspa oder privater Investoren möglich ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Trümmerei!)

Jetzt geht es um die Sicherung und Stabilisierung des Sparkassengeschäftes in der Region, weil die Sparkassen nicht nur eine Funktion für die Unternehmen, sondern auch eine soziale Funktion haben.

(Lars Harms)

Jeder Mensch, egal ob er Hartz-IV-Empfänger oder Großverdiener ist, muss die Möglichkeit haben, eine Sparkassenfiliale erreichen zu können.

Deshalb ist es wichtig, einen **Unterschied** zu machen zwischen **Privatbanken** und dem **Sparkassensystem**. Die Sparkassen arbeiten natürlich daran, dass sie genau diese Funktion ausüben können. Das **Solidarprinzip** hat sich jedenfalls schon jetzt bewiesen. Die Richtung stimmt. Wir haben den Sparkassen ihre verdiente Planungssicherheit gegeben, damit sie sich auf ihre erneuerte, kundenorientierte Geschäftsstrategie konzentrieren können.

Wir brauchen stabile Sparkassen in unserem Land, insbesondere auch vor dem Hintergrund der anstehenden höheren Kapitalanforderungen. Ab 2019 gelten die verschärften Aufsichtsregularien nach Basel III zu 100 %. Dann müssen die Banken eine **Eigenkapitalquote von 10,5 %** dokumentieren können, wenn sie Kredite ausgeben. Schon jetzt gilt eine Übergangsphase, in der die Reform schrittweise umgesetzt werden soll. Um die Sparkassen bei dieser Neuerung zu unterstützen, brauchen wir eine weitere Option. Die Aufnahme des Sparkassen- und Giroverbandes ist somit eine Ergänzung der Maßnahmen, die schon mit der letzten Änderung des Sparkassengesetzes umgesetzt wurden. Dieses Vorhaben hat Minister Breitner Anfang des Jahres hier im Haus angekündigt.

Aus Sicht des SSW macht es Sinn, dem regionalen Sparkassenverband die Möglichkeit einer **Beteiligung am Stammkapital** der einzelnen Sparkassen zu geben. Diese Ansicht wird vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband geteilt. Dabei geht es im Ziel nicht um eine dauerhafte Beteiligung, sondern es geht vor allem darum, **extremen Belastungssituationen** entgegenwirken und finanzielle Schief lagen wieder begradigen zu können.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt klarstellen. Wir als rot-grün-blaue Koalition können und wollen es uns nicht leisten, die **Sparkassen** fallen zu lassen und somit dem bunten Treiben von globalen Investoren zu überlassen. Was die Sparkassen brauchen, ist eine stabile Trägerschaft. Die öffentlich-rechtliche Trägerschaft gewährt diese Stabilität. Das entspricht nicht nur unserer Sicht, sondern auch der der Sparkassen. Den Sparkassen **Stabilität und Planungssicherheit** entgegenzubringen, sollte in unser aller Interesse sein, damit die flächendeckende Versorgung für Privatkunden und für den Mittelstand auch in Zukunft sichergestellt werden kann. Deshalb ist der vorgelegte Gesetzentwurf auch richtig.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist zu a) beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1135 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b). Es ist beantragt worden, über den Berichtsantrag Drucksache 18/1126 in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt - wie ich Ihnen gerade schon mitgeteilt habe - zur gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 26 und 38:

Gemeinsame Beratung

a) Keine reformpädagogischen Experimente an unseren Schulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1128

b) Keine Experimente bei Schriftspracherwerb und Rechtschreibung an den Grundschulen Schleswig-Holsteins

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1149

Rechtschreibung an Grundschulen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1189 (neu)

Wissenschaftliche und schulpraktische Aufarbeitung der Methode „Lesen durch Schreiben“

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1191

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, würden Sie mir bitte etwas mehr Aufmerksamkeit schenken? Denn ich muss jetzt eine Antwort auf die Frage bekommen, ob durch die Vorlage des gemeinsamen Antrags der ursprünglich durch die Fraktion der PIRATEN eingereichte Änderungsantrag in der Drucksache 18/1191 seine Erledigung gefunden hat. - Der Kollege Krumbeck nickt. Das werte ich jetzt als Zustimmung.

Dann erteile ich nun der Kollegin Heike Franzen das Wort für die Aussprache.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Vorschusslorbeeren dahinten aus der Ecke.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass es notwendig ist, nicht nur über die **Methode „Lesen durch Schreiben“** zu diskutieren, sondern ihre Anwendung an unseren Grundschulen infrage zu stellen. Denn hier dürfen die Kinder erst einmal munter drauflos schreiben, so wie sie es hören und ohne dass sie dabei korrigiert werden. Teilweise werden Rechtschreibfehler bis zu zwei Jahre nicht oder nur unregelmäßig korrigiert. So können Kinder falsche Wortschemata und Muster abspeichern und sich falsche Lösungsstrategien einprägen. Hat sich dieses Muster erst einmal eingepägt, dann kann man es nur mühsam wieder loswerden. Wir wissen doch alle, wie schwer es uns fällt, uns eine über Jahre hinweg antrainierte Bewegung wieder abzugewöhnen.

Professor Manfred Spitzer, ein renommierter Hirnforscher mit dem Schwerpunkt Lernen, hat es auf den Punkt gebracht. Er hat das **menschliche Gehirn** mit einer verschneiten Landschaft verglichen. Beim **Lernen** bilden sich Spuren. Diese Spuren werden mit dem Wirkstoff Dopamin verfestigt. Dopamin wird ausgeschüttet, wenn wir Erfolgserlebnisse haben, also beispielsweise bei einem Lob einer Lehrerin für einen geschriebenen Text. Über

diese Spuren weiß man, dass man sie nur schwer wieder verändern kann. Hat sich also erst einmal etwas im Kopf verfestigt, fällt es einem viel schwerer, sich dieses wieder abzugewöhnen. Genauso ist es auch bei der Rechtschreibung. Hat man sich falsche Schreibweisen angewöhnt, weil man sie vielleicht sogar so gelernt hat, fällt es nicht nur Kindern viel schwerer, sich umzugewöhnen und die richtige Schreibweise zu lernen. Da ist es doch sinnvoller, gleich den richtigen Weg zu gehen.

Inzwischen gibt es zwölf empirische **Studien** und **Modellversuche**, in denen „Lesen durch Schreiben“ mit systematisch aufgebauten Lese-Schreibkursen verglichen wurde. Die bekannteste ist sicherlich die Marburger Studie. Die Ergebnisse sind mehr als besorgniserregend. Die Rechtschreibleistungen waren während der gesamten Grundschulzeit schlechter, und die Gefahr, eine Lese-Rechtschreibschwäche zu entwickeln, war deutlich größer. Insbesondere die Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Elternhäusern haben bei dieser Methode das Nachsehen.

Waren die Unterschiede des sozialen Umfelds in den 70er-Jahren noch so gut wie nicht zu erkennen, so klafften sie insbesondere in den letzten zehn Jahren, in denen „Lesen durch Schreiben“ in unseren Schulen vermehrt zum Einsatz gekommen ist, deutlich auseinander. Das zeigt unter anderem die Langzeit-Vergleichsstudie von Professor Wolfgang Steinig von der Universität Siegen. Es besteht also Handlungsbedarf an unseren Grundschulen.

Auf die Kleine Anfrage zu diesem Thema, die ich an die Ministerin gerichtet habe und in der ich gefragt habe, ob das IQSH Fortbildungsmaßnahmen zum Thema „Lesen durch Schreiben“ anbietet, habe ich folgende Antwort erhalten - ich zitiere -:

„Nein. Das IQSH bietet lediglich Fortbildungen an, die den Grundsätzen des Lehrplans und den KMK-Bildungsstandards entsprechen und auf den Spracherfahrungsansatz aufbauen ...“

Der Umkehrschluss ist also: „Lesen durch Schreiben“ entspricht nicht den Grundsätzen des Lehrplans und den KMK-Bildungsstandards, an denen sich unsere Schulen orientieren müssen.

Darüber hinaus hat mir die Ministerin mitgeteilt, dass Schulbuchzulassungen in Schleswig-Holstein nicht mehr stattfinden, dass sie keine **Erkenntnisse** habe, an welchen Schulen „Lesen durch Schreiben“ angewendet wird, dass sie aber ganz sicher ist, dass das Buch „Lara und ihre Freunde“, welches die Methode „Lesen durch Schreiben“ konsequent um-

(Heike Franzen)

setzt, an keiner einzigen Schule eingesetzt wird. Woher wissen Sie das eigentlich, Frau Ministerin, wenn Sie es nicht erheben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion ist weit davon entfernt, in die pädagogischen Freiheiten der Schulen einzugreifen. Wenn sich aber zeigt, dass **Unterrichtsmethoden** in ihrer Wirkung auf den Schreiberwerb so unterschiedlich sind, dann sollten wir auf die systematisch aufgebauten Lese-Schreib-Kurse setzen, die offensichtlich erfolgreicher sind. Auf „Lesen durch Schreiben“ sollten wir verzichten. Wir brauchen guten Unterricht für unsere Kinder.

Herr Stegner, Sie haben heute Morgen gesagt - er ist gar nicht mehr da; aber an der Stelle gebe ich ihm recht -, wir dürften kein Kind zurücklassen. Deswegen brauchen wir die besten Unterrichtsmethoden für unsere Kinder, die beste Methodik, um Schreiben und Rechtschreibung zu erlernen. Da uns heute eine ganze Reihe von Anträgen vorliegt, schlage ich für die CDU-Fraktion vor, alle Anträge in den Bildungsausschuss zu überweisen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Franzen. - Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

(Zuruf SPD)

- Ihr habt keinen Antrag gestellt.

Anita Klahn [FDP]:

Ich hoffe, er kann es verkraften. Ich sehe schon, dass er die Anlauttabelle dabei hat. Wunderbar!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegt hier ein äußerst ernstes Thema vor; denn es geht um nicht weniger als die Frage, wie unsere Kinder richtig schreiben lernen. Das ist eine der zentralen Fertigkeiten in unserer modernen Wissensgesellschaft. Ich habe gerade eben eine E-Mail mit der Information bekommen, dass ein Physiker versucht hat, seine Ausbildung hier in Deutschland anerkannt zu bekommen. Es handelt sich um einen Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist daran gescheitert, dass er nicht über genügend **Sprachkenntnisse** verfügt. Er ist fachlich kompetent, aber sprachlich durchgerasselt. Das heißt, die deutsche Rechtschreibung und das Beherrschen der Grammatik sind von zentraler Bedeutung.

Der Philologenverband erklärt zu Recht, dass die von uns kritisierten Methoden wie „**Lesen durch Schreiben**“ einen Riesenschaden bei unseren Kindern anrichten. Es ist sogar nachgewiesen, dass dadurch die Rechtschreibschwäche gefördert worden ist. Aus Nordrhein-Westfalen gibt es einen ganz aktuellen Bericht zu dem Fehlerquotienten. Im Jahre 1972 entfielen auf 100 Wörter sieben Fehler. Im Jahre 2012 sind von 100 Wörtern 16 falsch geschrieben worden.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Genau, Herr Habersaat! Das hat nichts damit zu tun, dass wir mehr Kinder mit Migrationshintergrund bei uns haben; vielmehr ist das völlig unerheblich.

Bei der Methode „Lesen durch Schreiben“ - wir haben es von der Kollegin Franzen schon gehört - wird erst zu einem späten Zeitpunkt mit dem Rechtschreibunterricht begonnen. **Rechtschreibfehler** werden durch die Lehrer nicht korrigiert. Somit prägen sich falsche Schreibweisen ein. Sie können später nicht wirklich gut repariert werden. Aus diesem Grunde schießen Nachhilfeinstitutionen wie Pilze aus dem Boden, um das später Kindern in der Sekundarstufe beizubringen.

Die Bildungsforschung verdeutlicht - Frau Franzen hat den Namen Steinig erwähnt, es gibt allein von ihm zwölf Studien dazu -, dass das **Umkehrlernen** von einmal Gelerntem lange dauert und zudem nicht wirklich etwas bringt.

Meine Damen und Herren, ebenso verkennen „Lesen durch Schreiben“ und ähnliche Methoden den **Lernprozess des Schriftspracherwerbs**. Die Lernforschung zeigt: Der Schriftspracherwerb und die richtige Rechtschreibung sind ein schrittweiser Lernprozess, den sich Schülerinnen und Schüler nicht selbstständig erarbeiten können, sondern bei dem sie ausdrücklich der Anleitung des Lehrers bedürfen. Auch ist ein nachhaltiges Üben des Erlernen unerlässlich. Der grundsätzliche Ansatz dieser Methoden kann nicht funktionieren. Kinder sollen sich ja nach Gehör mit Hilfe von Anlauttabellen das Schreiben am besten noch selbst beibringen. Also die Lernanfänger - wir reden hier wirklich von Kindern der ersten und zweiten Klasse - müssen alle Wörter, die hier angeboten werden, selbstständig erlernen, sauber artikuliert aussprechen können und durch genaues Hinhören erkennen, wie das Wort gesprochen wurde.

Ich nenne ein Beispiel: Zwischen Wende und Wände ist sicherlich ein inhaltlicher Unterschied, wenn ich einmal die Kehrtwende meine und wenn ich

(Anita Klahn)

einmal von Wänden spreche. Wir können auch noch die Bildungsministerin hinzufügen, die auch Wende heißt. Sie sehen also, dass allein der Buchstabe E doch sehr viel mit sich bringt.

Außerdem soll den Kindern nicht vermittelt werden, dass die Schrift ein Abbild der Lautsprache ist. Kollege Kubicki hat mich gerade gefragt: Wie machen das eigentlich die Menschen, die ausgeprägte Dialekte beherrschen? Werden sie jemals die Hochsprache, das Hochdeutsche, beherrschen können? - Ich erinnere an den Physiker, von dem ich eingangs sprach.

(Christopher Vogt [FDP]: Was hat Günther Oettinger gemacht?)

Dazu kommt: **Mangelnde Differenzierungsfähigkeit**, die natürlich auf mangelnder Übung beruht, weil es sich um Erstklässler handelt, wird den Schülern zum Verhängnis. Insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern und Kindern mit Migrationshintergrund führen diese Methoden zu schlechten Rechtschreibkompetenzen. Sie speichern nur ein undifferenziertes, unstrukturiertes Konglomerat von Lauten und aufgenommenen Wortruinen und sind fest davon überzeugt, dass es Deutsch sei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Dazu kommt, dass die Kinder erschwert Lesen und Schreiben lernen, weil wir auch nicht mehr die **lateinische Schrift** haben. Wir schreiben in Großbuchstaben, wo verbundene Buchstaben nicht mehr zeigen, wo ein Wort anfängt und aufhört. Auch da gibt es deutlich Nachbesserungsbedarf.

Auch steht die Methode „Lesen durch Schreiben“ nicht in Einklang mit dem **Lehrplan**, da der Lehrplan Deutsch in der Primarstufe die Notwendigkeit des richtigen Schreibens auch als **fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip** hervorhebt und das Erkennen von Fehlern sowie das Nutzen von Fehlern zur Weiterentwicklung der Schreibfähigkeit fordert.

Ich widerspreche damit klar den Aussagen des Ministeriums, welches in der Presse behauptet, erst am Ende der zweiten Klasse müsse das mit der Rechtschreibung schon klappen. Meine Damen und Herren, wie bitte schön soll das am Ende der zweiten Klasse plötzlich von heute auf morgen mit der richtigen Rechtschreibung klappen, wenn ich es nicht einmal geübt habe und schrittweise dahin geführt werden kann?

(Sandra Redmann [SPD]: Fragen Sie mal meine Tochter! Die hat das auch gelernt!)

- Mein Sohn hat auch Lesen und Schreiben gelernt, aber nur aufgrund der Tatsache, dass wir im Elternhaus tüchtig geholfen haben.

Kindern **Schreibkompetenz** und **Rechtschreibung** zu vermitteln ist von außerordentlicher Bedeutung, da Menschen mit Defiziten in der Schreibkompetenz häufig ihre bürgerlichen Rechte nicht wahrnehmen können und Schwierigkeiten haben, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schuss.

Anita Klahn [FDP]:

Ich komme zum Ende, ja.

Es muss Aufgabe von Schule sein, alle Kinder vor diesem Schicksal zu bewahren.

(Beifall FDP und CDU)

Ganz zum Schluss noch ein kleines Bonbon, das ich ebenfalls in der Zeitung gerade noch gesehen habe: Die Bäckerinnung beklagt, dass ihre Auszubildenden nicht in der Lage seien, auf der Torte „Happy Birthday“ richtig zu schreiben.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Kollege Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Inwieweit die Rechtschreibung englischsprachiger Begriffe an den Grundschulen gut unterrichtet wird oder nicht, würde einer weiteren Debatte bedürfen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen zwei Dinge mitgebracht, die maßgeblich für die heutige Debatte sind. Das hier ist die **Anlauttabelle**, die CDU und FDP interessanterweise verbieten wollen. Da haben wir sie wieder in der Reihe der Verbotsparteien.

Das hier ist „leo.“. Leo. ist eine **Studie über Analphabetismus** in Deutschland. Interessanterweise haben die beiden überhaupt nichts miteinander zu tun. Denn die Analphabetenrate in Deutschland war erschütternd hoch, bevor die Anlauttabelle an den Schulen zur Praxis wurde.

(Martin Habersaat)

„Keine Experimente“ - das fordern CDU und FDP in ihren Anträgen. Das war möglicherweise dem Bundestagswahlkampf geschuldet, weil dieser Slogan im Bundestagswahlkampf ja schon einmal erfolgreich war. Wenn wir Anträge illustrierten, würde ich mir das finster dreinblickende Porträt von Adenauer neben der Unterschrift von Frau Franzen vorstellen.

(Heiterkeit SPD)

Aussage der Überschrift ist ja: „Reformpädagogik ist von Übel“. Die CDU sagt uns: Nicht nur für uns und unsere Kinder, auch bereits für unsere Väter, vielleicht für unserer Väter Väter, ist Reformpädagogik schlecht. Denn was hat **Reformpädagogik** je für uns getan? Gut, die nicht konfessionsgebundenen Schulen und den Einzug der Kunsterziehung in den Unterricht haben wir der Reformpädagogik zu verdanken. Aber sonst war da doch nichts. Ach doch: Der Stellenwert gemeinsamer Arbeit wird Kindern heute dank der Reformpädagogik vermittelt. Die Reformpädagogik brachte die Orientierung an den Bedürfnissen des Kindes und etablierte die Erziehungswissenschaft an den Hochschulen. Das hat die Reformpädagogik schon erreicht. Das Spiel als positives Element der Pädagogik sollten wir vielleicht auch erwähnen. Das versteht sich vielleicht aber auch von selbst. Oder die Entdeckung des Praxisbezugs, Werkstattunterricht, Projektunterricht, Stationenlernen. Ich glaube, noch genauer brauchen wir es nicht. Alles sozialdemokratieverdächtigem Ideologiekram!

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Leo.-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 7,5 Millionen Menschen in Deutschland als **funktionelle Analphabeten** gelten müssen, 14 % der Bevölkerung. Diese Zahlen sind eben nicht auf die Existenz der Anlauttabelle zurückzuführen, sondern sind das Ergebnis des **klassischen Unterrichts**.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und nun? Nun stehen Sie hier und sagen: Zurück auf die Schulbank, Hände auf den Tisch, Augen geradeaus und Lehrgang im Gleichschritt marsch! Da war die CDU schon einmal weiter. Eigentlich war es in diesem Hause unstrittig, dass die **pädagogische Eigenverantwortung der Schulen** ein hohes Gut ist. Der Antrag der FDP ist etwas differenzierter, dennoch für uns nicht zustimmungsfähig. Ihre permanenten Misstrauenserklärungen an unsere Lehrerinnen und Lehrer können wir einfach nicht teilen.

(Vereinzelter Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Ja, genau!)

PISA und IGLU zeigen übrigens auch keinen Verfall der Leistungen.

Die Meta-Studie von John Hattie hat uns vor allem eins gezeigt: Es kommt auf die Lehrerin oder den Lehrer an, im Zweifel mehr als auf die Methode. Ich bin mir sicher, dass es an unseren Schulen keine einzige Lehrerin gibt, die sich darüber im Klaren ist, dass die von ihr angewendete Methode mangelhafte Resultate erbringt, und die trotzdem unbeirrt an ihr festhält.

Es gibt in der Pädagogik nun einmal keine einfachen Rezepte, kein: Drücke A, dann passiert B. Wir brauchen einen **angemessenen Methodenmix**; wir brauchen angemessene Rückmeldungen. Da stimme ich mit Ihnen durchaus überein. Und wir brauchen eine sinnvolle Mischung aus Selbständigkeit und Anleitung. Dazu kann eben auch eine Anlauttabelle gehören, deren Vorteile aufzuführen mir hier leider die Zeit fehlt.

Das **IQSH** wird am 23. November 2013 einen **Landesfachtag** „Deutsch als Zweitsprache“ durchführen. Da wird auf viele Aspekte eingegangen, die Ihnen Sorgen bereiten, was den Spracherwerb für Menschen mit Migrationshintergrund angeht. Am 28. November 2013 folgt eine Veranstaltung „Lesen und Schreiben an der Grundschule“, in der es auch um viele der angesprochenen Themen geht.

Ein wenig geht aus dem FDP-Antrag, glaube ich, der Kummer hervor, dass Sie aus Versehen EVIT abgeschafft haben, weil Sie ja immer keine externe Evaluation an den Schulen wollten.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist nun überhaupt nicht der Fall! Das ist lächerlich!)

Denn was hätte externe Evaluation schon je für uns getan, meine Damen und Herren?

Wenn an den Schulen Fehler gemacht werden, gibt es dafür im Schulgesetz vorgesehene Institutionen. Das sind zunächst einmal der Schulleiter, die Fach- und Schulkonferenzen: Dann kommen die verschiedenen Ebenen der Schulaufsicht bis hin zum Ministerium ins Spiel. Im Schulgesetz, auch im neuen, ist jedenfalls nirgends die Rede davon, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag die oberste Instanz der **Schulaufsicht** darstellt. Wir haben auch nicht vor, das in nächster Zeit zu ändern.

Wolfgang Eichler und Hans Brügelmann, auch durchaus renommierte Professoren, kommen anlässlich der aktuellen Debatte, die ja nicht nur hier

(Martin Habersaat)

in Schleswig-Holstein geführt wird, zu dem Schluss, medienwirksame Schnellschüsse seien unangebracht. Lassen Sie uns also bitte die Debatte im Bildungsausschuss fortsetzen. Dafür brauchen wir keine Überweisung. Dafür können wir auch unserem Antrag zustimmen.

Einen letzten liebevollen, korrigierenden, nicht sanktionierenden Hinweis an die CDU, wenn Sie für eine korrekte Ausdrucks- und Schreibweise plädieren: Das Wort „Voraussetzung“ schreibt sich nur mit einem R. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Peter Eichstädt [SPD]: Das haben wir jede Fraktionsitzung!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun machen wir einmal hier vorn weiter. Ich erteile der Frau Abgeordneten Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, Martin, ich habe eine authentische Tabelle dabei. Ich wollte dich noch einmal fragen, ob du die Rechtschreibung eigentlich mit oder ohne Anlauttabelle gelernt hast; aber wahrscheinlich kam die Anlauttabelle danach.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer behauptet, dass der Rechtschreibung gelernt hat?)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! An dieser **Anlauttabelle** macht sich wirklich ganz viel fest, weil Ihre Anträge - besonders von der CDU, weniger von der FDP - so undifferenziert sind, dass sich wirklich die Frage stellt, ob diese Anlauttabelle, die momentan an ganz vielen Grundschulen ein Element ist - in ganz vielen Schulbüchern ist sie enthalten -, jetzt auch verboten gehört. Dazu müssten Sie sich im Laufe der Ausschussberatung äußern. Ich finde, es klingt relativ unkundig in Bezug darauf, was an unseren Schulen tatsächlich passiert.

Mein Eindruck auch aus einer nicht repräsentativen Kurzumfrage, die ich durchgeführt habe, ist, dass die Reinform eigentlich in keiner Grundschule wirklich verwendet wird. Vielleicht ist das eine zu verstiegene These. Vielleicht können wir das herausbekommen. Die meisten Grundschulen, die ich kenne und die mit Anlauttabellen arbeiten, haben eben eine zweite Schiene, ganz logischerweise. Es

ist weder blinder Jubel noch rigoroses Verboten angesagt.

Ein Blick in die Wissenschaft zeigt es. Frau Franzen, Sie verweisen auf die Marburger Studie, die uns seit 2007 vorliegt - so viel zu der Frage, wann wissenschaftliche Erkenntnisse möglicherweise auch in der Politik ankommen. Es wird zwischen **Schreiben und Rechtschreiben** unterschieden. Logischerweise gehört das irgendwann zusammen. Beim Englischunterricht fangen Sie auch erst einmal an, drauflos sprechen zu lassen; denn wenn Sie anfangen, jeden einzelnen Fehler sofort zu korrigieren, käme man zu gar nichts. Der erste Punkt im Unterricht ist also: Trau dich! - Darum geht es auch bei dem Schreiben nach dieser Methode. Ich kenne sehr viele Grundschulen, die genau nach diesem ersten Aspekt Sicherungssysteme und Recht Schreibkurse ganz normal laufen lassen.

Die Ergebnisse der **Hirnforschung**, die Sie jetzt hier bemühen, sagen natürlich: nichts Falsches trainieren! - Das stimmt. Die Hirnforschung haben Sie bisher aber immer gern übersehen. Nehmen wir einmal die Ergebnisse von Hüther und Spitzer, die Sie erwähnt haben. Das sind Leute, die sich sehr stark für den Wandel in den Schulen aussprechen, die sich für **Differenzierung** starkmachen. Da können Sie keine Rosinenpickerei betreiben und sagen: Die Hirnforschung sagt uns, diese Methode muss verboten werden.

Stattdessen sagt die Hirnforschung eigentlich genau das Gegenteil von dem, was Ihr Antrag will. Sie sagt nämlich: Wir brauchen Reformen, wir brauchen Schulmethoden, die ein bisschen auf die Hirnforschung abstellen.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Ich bin wie die meisten von uns keine Pädagogin, aber ich glaube, diese Anlauttabelle hat deshalb einen solchen Durchmarsch gemacht, weil man damit differenzierten Unterricht machen kann. Aber ich glaube, uns allen ist klar, dass es Grenzen gibt. Eine Grenze ist zum Beispiel, ob die Lehrkräfte Zeit haben, die **Schreibergebnisse** mit einer **individuellen Rückmeldung** zu versehen. Das wäre ein wichtiger Bestandteil.

Natürlich bereitet eine solche Anlauttabelle auch Probleme, wenn man Kindern gegenüber sitzt, die sprachlich noch einen ganz weiten Weg zu gehen haben. Ich war vor zwei Wochen in einer Schule und habe, bevor Ihr Antrag kam, mir genau das noch einmal ansehen können. Wenn ein Kind „Krokodil“ schreiben sollte, aber „Totodil“ sagt, dann

(Anke Erdmann)

hilft auch eine Anlauttabelle nicht. Deshalb müssen wir genau hingucken.

(Lars Harms [SSW]: Alligator! - Heiterkeit und Beifall SPD)

- „Alligator“ hätte vielleicht geklappt. Dann erzähle ich noch die Anekdote, Lars Harms. In diesem Unterricht, wurde das Kind gefragt: Krokodil? - K wie Koffer. Dann wurde nach dem O gefragt. Da wurde sehr lange darüber nachgedacht, wie das O wohl klingt. Die Lehrerin machte verschiedene Vorschläge nach der Anlauttabelle, zum Beispiel auch Oma.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Otter!)

Das Kind sagte immer Nein und machte dann den Vorschlag: „O wie Banane“.

Ich will es nur kurz sagen: Wir sehen die Notwendigkeit, ernsthaft über diese Methode und die Grenzen dieser Methode zu diskutieren, wir wissen aber auch, dass viele Kinder damit sehr gut schreiben gelernt haben. Deswegen ist eine Verbotsdebatte an dieser Stelle komplett daneben. Der gesellschaftliche Kontext, in dem wir uns bewegen, muss sich in vielerlei Hinsicht mit Spracharmut auseinandersetzen, und er muss sich auch damit auseinandersetzen, dass viele Leute sagen: Wozu eigentlich Rechtschreibung, ich habe ein Autokorrekturprogramm! - Uli König nickt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber auch da muss man sich entscheiden!)

Das hören Sie aber auch von vielen Eltern, denen der Wert von Rechtschreibung eigentlich überhaupt nicht mehr klar ist. Das ist der gesellschaftliche Kontext, in dem wir uns bewegen. Ich sage nicht, dass ich das gut finde, aber ich beschreibe, dass das einer der Faktoren ist, die möglicherweise auch zu diesem „Spiegel“-Titel führen. Das ist nicht monokausal auf eine Methode zurückzuführen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Der letzte Punkt ist für mich - das hat Herr Habersaat schon angesprochen -: Wer **Eigenständigkeit von Schulen** im Munde führt, solche Anträge stellt und gleichzeitig EVIT abschafft, handelt in einer Weise, die für mich nicht zusammenpasst. Die Eigenständigkeit von Schulen - das sagt uns ein anderer Wissenschaftler, Herr Wößmann, der dazu viele Studien ausgewertet hat - muss unmittelbar mit einer vernünftigen Qualitätssicherung einhergehen. Die haben Sie damals im Handstreich abgeschafft.

Das sage ich in Richtung CDU: Freitags EVIT abschaffen, sonntags Reden über autonome Schulen formulieren, montags den „Spiegel“ lesen und

dienstags solche Anträge schreiben - da würde ich mir eine durchdachtere Bildungspolitik wünschen. - Danke!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Und donnerstags Fleisch essen!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte immer, mich würde in der bildungspolitischen Auseinandersetzung, wie ich sie in diesem Haus kennengelernt habe, nichts mehr überraschen. Ich dachte immer, das Maß an gedanklicher Unbeweglichkeit zwischen Regierung und Opposition sei ausgereizt. Ich dachte, da gehe gar nichts mehr. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie überraschen sogar einen neuen, unverbrauchten und weltoffenen Geist wie meinen immer wieder neu.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

„Reform“ - das hört sich offenbar in den Ohren der antragstellenden Abgeordneten so fremd an wie ein Gedicht auf Suaheli. Schulpolitisch heißt das, da soll etwas Neues her, da machen sich Leute Gedanken über Alternativen. Das kann und darf im Rahmen der Schulgestaltung einfach nicht falsch sein. Dabei lassen sich gedankliche Feinheiten und manchmal sogar verfasste Schlussfolgerungen aus dieser Idee nie aufhalten.

Seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts beherrschten **reformpädagogische Gedanken** national wie international das **Bildungsgeschehen**. Eine neue Erziehung sollte her, eine Bildungspolitik aus einem anderen, einem kinderbezogenen Blickwinkel. Reformschulen entstanden in Deutschland. Es begann ein wachsender, internationaler Austausch. Wir verdanken dieser Ideenfreiheit Montessori- oder Waldorfschulen. Ich hoffe doch, dass niemand hier in diesem Hause die Bereicherung bestreiten will, die die Schullandschaft durch diese Schulen erfährt.

(Beifall PIRATEN, Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

(Sven Krumbeck)

Erst 1933 wurden reformpädagogische Gedanken durch die Nationalsozialisten verboten, sie keimten nach 1945 wieder auf und wurden in der ehemaligen DDR erneut von Staats wegen verboten. Heute diskutieren wir über den CDU-Antrag „Keine reformpädagogischen Experimente an unseren Schulen“. Ich weiß wirklich nicht, was ich dazu sagen soll.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann hör doch auf!)

Dabei geht es mir wie den meisten hier im Saal, die Verbotsforderer mit eingeschlossen - das ist doch das Dilemma -, dass **gesicherte Informationen** über die **Methode** gar nicht vorliegen. Die umfangreiche Berichterstattung zu dem Thema, die wir in den letzten Tagen in der Presseberichterstattung verfolgen konnten, unterstreicht vor allem eines: Es gibt keine deutlichen, aussagekräftigen wissenschaftlichen Evaluationen zu dem Thema. Kritiker beschwören das Ende des Abendlandes und die totale Verdummung der Kinder. Anhänger von Jürgen Reichen, dem Urvater der Methode „Lesen durch Schreiben“, schwören darauf. Manche bemängeln, dass die Kinder in der Anfangsphase zu viele Fehler im Vergleich zu traditionell unterrichteten Schülern machen. Fast alle kommen am Ende aber überein, dass sich dieses Defizit zum Ende der Grundschulzeit relativiert hat oder gar nicht mehr feststellbar ist. Dann kommen auch noch die Praktiker, die Pädagogen, hinzu, die auch mit Mischformen arbeiten und gute Ergebnisse erzielen. Ich bin mir sicher, dass diese Ergebnisse gut sind, denn sonst würden unsere Lehrer das nicht machen.

Fakt ist aber: So ganz genau weiß das offenbar keiner. Wenn Sie mich fragen, muss ich sagen, dass ich es auch nicht weiß. Aber anstatt Dinge zu verbieten, von denen ich keine Ahnung habe, bin ich neugierig genug, mich schlaumachen zu lassen. Darum legen wir einen Änderungsantrag vor, der uns schlaumachen soll und nicht einen wie die FDP, die schlaumachen und ablehnen von vornherein zwingend gleichsetzt.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darum bitte ich um eine fundierte Aufarbeitung der Methode und anschließende Diskussion im Ausschuss. Ich möchte die Debatte auch dazu nutzen, auf das hinzuweisen, was die Grundschulen vermutlich mehr beschwert als die Auswahl zwischen verschiedenen pädagogischen Ansätzen für die optimale Vermittlung von Kompetenzen und Wissen: Ihnen fehlt nämlich die Zeit, um sich in diesem Fall

der Rechtschreibung nachhaltiger zu widmen, als sie es müssten. Darüber müssen wir reden.

Und wir müssen darüber reden, dass Schülerinnen und Schüler zum Beispiel durch **moderne Technik** mehr Kompetenzen erwerben, was in Teilen **zulasten der Rechtschreibung** geht. Wie wir das am Ende zusammenbringen und auflösen, daran müssen wir uns messen lassen. Darum sollten wir der Sache dienen und nicht irgendwelchen ideologischen Vorbehalten. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering von der SSW-Fraktion.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Blick auf die vorliegenden Anträge von CDU und FDP zu Lehrmethoden in unseren Grundschulen bin ich für einen Hinweis besonders dankbar: Die **Methodenfreiheit an Schulen** ist ein hohes Gut. Das hält zumindest die FDP in ihrem Antrag fest. Das ist schön. Ehrlich gesagt, alles andere hätte mich bei einer Partei, die stets die Eigenverantwortlichkeit der Menschen betont, auch sehr gewundert. Was die Autonomie der Schulen bei der Unterrichtsgestaltung angeht, so scheinen wir uns also im Grundsatz einig zu sein. Wenn wir schon bei Grundsätzen sind, dann hoffe ich, dass auch die **Notwendigkeit von reformpädagogischen Ansätzen** insgesamt nicht ernsthaft bestritten wird. Für den SSW ist die Reformpädagogik jedenfalls unverzichtbar.

Wer als Lehrerin oder Lehrer tätig ist oder sich anderweitig mit Schulbildung befasst, der weiß, dass moderne oder eben einfach unkonventionelle Methoden immer mit großer Aufregung und mit Geschrei verbunden sind. Nur zur Erinnerung: Wenn zum Beispiel die damaligen Kritiker der Ganzwortmethode recht behalten hätten, dann könnten heute ganze Generationen von Menschen nicht lesen. Ich will damit nur sagen, dass die Aufregung meistens deutlich größer ist als die vermeintlich negativen Auswirkungen einer Methode.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb denke ich, wir alle sind gut beraten, wenn wir auch mit diesem Thema sachlich umgehen. Wenn ich mir den Antrag der CDU anschau, dann

(Jette Waldinger-Thiering)

bitte ich um etwas mehr Verhältnismäßigkeit. Unsere Grundschul Kinder hier im Land sind ganz sicher keine Versuchskaninchen, die durch Verbote gewisser Methoden vor den allzu experimentierfreudigen Lehrerinnen und Lehrern geschützt werden müssen. SPD, Grüne und SSW trauen - wie die PIRATEN - genau diesen **Lehrkräften** eine sehr genaue **Urteilsfähigkeit** zu, wenn es um die Wahl, die Abwahl oder eben den erfolgreichen Mix von Lese- und Schreibmethoden geht. Kein Zweifel: Unsere Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen sind es, die grundsätzlich am besten beurteilen können, welche pädagogischen Mittel zu welchen Erfolgen führen und welche nicht. Wir wissen, dass wir uns auch in dieser Frage auf sie verlassen können.

Auch wenn es um die konkrete **Methode „Lesen durch Schreiben“** geht, halte ich eine sachliche und differenzierte Betrachtung für angemessen. Sicher lassen sich auch bei dieser Methode Belege - wie etwa in der von Frau Franzen herangezogenen Marburger Studie - finden, die zu einem negativen Ergebnis kommen. Aber wenn die GEW davon ausgeht, dass dieser Ansatz als einer von vielen an rund 80 % unserer Grundschulen zum Einsatz kommt, dann kann er so katastrophal nicht sein. Wenn wir dazu noch bedenken, dass diese Methode nicht erst seit gestern und so gut wie nie in Reinform angewendet wird, dann sollten wir nach Auffassung des SSW zumindest nicht in Panik verfallen.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Wir halten die pädagogische Freiheit unserer Lehrerinnen und Lehrer für wichtig, und wir sehen auch den Mehrwert, den der **Mix aus verschiedenen Methoden** bringt. Uns allen dürfte klar sein, dass Kinder völlig unterschiedlich auf die verschiedenen Methoden ansprechen.

Natürlich nehmen wir auch die Sorge mancher Eltern ernst, nach der ihre Kinder durch bestimmte Ansätze an ihren Lernerfolgen gehindert oder sogar abgehängt werden. Aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, dass die Landesregierung die an den Grundschulen **angewendeten Methoden** unvoreingenommen auf ihre Stärken und Schwächen hin **untersucht**. Auf dieser Basis können wir dann eine sachliche Auseinandersetzung über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Ansätze führen. Dies wäre dann tatsächlich im Sinne der Kinder und Eltern in Schleswig-Holstein. Ich möchte noch einen Satz sagen: Wenn alle unsere Grundschüler nach dem Ende der zweiten Klasse hundertprozentige Rechtschreibfähigkeiten hätten, dann müssten wir

uns morgen nicht über G 8 oder G 9 unterhalten, sondern über G 7.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es recht erstaunlich, wie die Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und SSW das Thema hier eher ins Lächerliche ziehen. Betrachten Sie die Realität in den Schulen: Wenn Eltern aus Familien, in denen beide Elternteile einen hohen Bildungsstand haben, feststellen, dass Kinder mit einem Gekrakel und Geschreibsel aus der Grundschule kommen, über das sie entsetzt sind, dann fangen sie an, selbst mit ihren Kindern zu üben, oder sie organisieren Nachhilfe, weil sie daran interessiert sind, dass ihre Kinder eine gute Rechtsschreibung erlernen. Was ist die Folge? - Die Folge ist, dass die **Kluft** bei den **Rechtsschreibkenntnissen** zwischen Kindern, die aus **bildungsnahen Elternhäusern** kommen, und jenen, die aus **bildungsfernen Elternhäusern** kommen, sehr schnell viel größer wird, als sie sonst wäre. Das ist die Folge.

(Beifall FDP und CDU)

Sie tragen doch immer das Ziel vor sich her, Kindern aus bildungsfernen Schichten und aus bildungsfernen Familien bessere Chancen zu eröffnen. Das, was hier in der schulischen Realität passiert, führt genau zu dem Gegenteil. Natürlich kann man trefflich darüber streiten, wie wichtig und wie bedeutend Rechtsschreibkenntnisse sind. Wenn sich aber die Auseinanderentwicklung so dramatisch vollzieht, wie das vielfach der Fall ist, dann ist die Folge, dass die Bildungs- und auch die Lebenschancen von Kindern aus bildungsfernen Familien - ich sage es vorsichtig - jedenfalls nicht gefördert werden. Es droht eher das Gegenteil.

Sie alle wissen, dass auch nach der Schule **Rechtsschreibkenntnisse** in vielen Bereichen von **Bedeutung** sind. Fragen Sie einmal den Herrn Innenminister nach den Eingangstests für den Polizeidienst in Schleswig-Holstein, und zwar dann, wenn dort Deutschtets geschrieben werden. All das ist nicht nebensächlich, und es ist nicht ins Lächerliche zu ziehen. Ich darf Sie daran erinnern: Es ist schon lange her und viele werden es nicht selbst erlebt ha-

(Dr. Ekkehard Klug)

ben, dass festgestellt wurde, dass die Mengenlehre als Methode eine verheerende Wirkung auf den Erwerb von mathematischen Kenntnissen hat. Man hat die Mengenlehre wieder abgeschafft.

Mit anderen Worten: Wenn man feststellt, dass etwas wirklich nicht förderlich ist für Kinder, dann ist es nach meiner Auffassung schon Sache der Politik, den Schulen einen richtigen Weg zu ebnet. Das kann man in angemessener Form tun, der FDP-Antrag schlägt - wie ich meine - auch in vernünftiger Weise einen Weg vor. Deshalb bitte ich Sie: Ziehen Sie das Thema nicht so, wie das hier in dieser Debatte passiert, ins Lächerliche, sondern bemühen Sie sich ernsthaft darum, für die jungen Leute, für die Sie angeblich etwas tun wollen, auch in der schulischen Realität etwas zu bewirken.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat, ich möchte dort anschließen, wo Ekkehard Klug geendet hat. Ich glaube, wir sollten in dieser Debatte sehr viel ernsthafter mit diesem Thema umgehen. Ich kann Ihnen gern Zuschriften von Eltern zeigen, die ich in der letzten Zeit bekommen habe, und zwar mit Schriftproben aus vierten Klassen. Die Eltern verzweifeln, weil die Kinder im Lesen und Schreiben dorthin gekommen sind. Das sind keine dummen Kinder, das sind auch keine Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Das betrifft unter anderem Kinder von Akademikern, deren Eltern verzweifeln, weil sie nicht wissen, wie sie damit umgehen können und wie sie ihre Kinder auf den nächsten Bildungsweg vorbereiten sollen.

Wir reden hier über eine Fertigkeit, die **Grundvoraussetzung** ist, um in unserem System **Bildungserfolge** sicherstellen zu können. Ohne eine sichere Rechtschreibung werden diese Kinder keine Chance haben. Sie wollen doch die Abiturquote erhöhen. Sie werden keine Chance haben, gute Haupt- und Realschulabschlüsse zu realisieren, wenn die Kinder nicht in der Lage sind, vernünftig zu schreiben.

Zu der Frage der **Eigenständigkeit von Schulen**: Wir stehen in der Tat für die selbstständige Schule. Wir werden morgen darüber diskutieren, wie weit Sie bereit sind, pädagogische Freiheit in den

Schulen zuzulassen, wenn es um die Frage der Unterrichtsgestaltung geht, die Sie einschränken wollen. Hierzu sage ich: Es ist pädagogische Freiheit, zu entscheiden: Wie unterrichte ich, was habe ich für Kinder, welche Lehrkräfte habe ich vor Ort und wie gestalte ich den Unterricht; binnendifferenziert oder äußerlich differenziert. All dies gehört in der Tat in die Entscheidung der Schulen.

Meine Damen und Herren, Eigenständigkeit von Schule hat da **Grenzen**, wo wir **Vorgaben** machen, nämlich in den Lehrplänen und Bildungsstandards der KMK. Daran haben sich unsere Schulen zu orientieren. Das ist auch richtig so. Dort werden die wissenschaftlichen Grundlagen gelegt, an denen sich die Schulen orientieren müssen. Ich hoffe, dass die Ministerin dazu noch einmal ein klärendes Wort sagt, wie sie mir in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage mitgeteilt hat, dass das nicht konform geht mit den Lehrplänen und den KMK-Standards.

Zu EVIT: Die CDU stand und steht zu externer und interner Evaluation.

(Zurufe SPD)

- Gerade die Damen und Herren aus der SPD müssten das eigentlich noch aus der Zeit wissen, in der wir gemeinsam in der Großen Koalition waren. Wir stehen für **externe Evaluation** und wollen sie. Sie gehört mit dazu, wenn man die selbstständige Schule entwickeln will.

Ich bitte darum, das Thema ernsthaft zu diskutieren. Das ist kein Spaß. Damit werden Grundlagen für den Bildungserfolg in unseren Schulen gelegt.

(Beifall CDU und FPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Als weitere Rednerin hat die Kollegin Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klug und Frau Franzen, ich glaube nicht, dass wir das Thema lächerlich gemacht haben. Ich habe ausdrücklich zwischen dem Antrag der FDP, der differenzierter ist, und dem Antrag der CDU unterschieden. Frau Franzen, wenn Sie der Meinung sind, man sollte sich mit diesem Thema ernsthaft auseinandersetzen, hätten Sie vielleicht auch einen etwas ernsthafteren und differenzierteren Antrag stellen sollen, der der Sache angemessen ist. Wir gehen bei der FDP zwar nicht in jedem Punkt mit,

(Anke Erdmann)

aber der FDP-Antrag ist durchaus differenziert; das habe ich deutlich gemacht.

Wir haben hier darüber gesprochen, dass **Spracharmut** Realität ist. Wir haben die Grenzen der Methode thematisiert. Deswegen möchte ich es noch einmal von uns weisen, dass wir das Thema lächerlich gemacht hätten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Herr Dr. Klug, Sie haben gerade gesagt: Wenn man feststellt, dass etwas schädlich ist für Kinder, muss Politik handeln. Vielleicht bin ich falsch informiert. Meines Erachtens ist die Marburger Studie 2007 veröffentlicht worden. Wenn man feststellt, dass etwas für Kinder schädlich ist, muss man handeln. Ich stelle hier die Frage in den Raum, wer zum damaligen Zeitpunkt zuständig gewesen ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Frau Erdsiek-Rave!)

- Das ist nicht tragisch. Wir haben mit unserem Antrag deutlich gemacht, dass wir dieses Thema im Ausschuss ernsthaft betrachten. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass das IQSH da offensichtlich nachsteuert. Wir haben eine ernsthafte Debatte im Ausschuss angekündigt. Deswegen verstehe ich die Vorwürfe von Ihrer Seite, wir würden das Thema nicht ernst nehmen, überhaupt nicht. Wir stimmen die Anträge nicht weg. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der auf viele Ihrer Punkte eingeht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Martin Habersaat von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Dolgner hat etwas herausgefunden, was mir noch nicht bekannt war.

(Anita Klahn [FDP]: Er kann lesen und schreiben! - Weitere Zurufe)

Das passiert häufiger. Die erste **Anlauttabelle** in Deutschland kam 1653 auf den Markt von niemand Geringerem als Herrn Comenius, und niemand Geringerer als Goethe hat damit gelernt.

(Peter Eichstädt [SPD]: Na ja, na ja! - Weitere Zurufe)

Ich habe versucht, in meiner Rede deutlich zu machen: Die Anwendung einer einzigen Methode an einer Schule, glaubend, dass Unterricht eine Technik ist, die mit Methode A immer Wirkung B erzielt, ist falsch. Ich wehre mich gegen die Unterstellung, wir hätten Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen in Schleswig-Holstein, die das glaubten. Natürlich muss eine Methode kritisch eingesetzt werden. Natürlich - das habe ich gesagt - ist ein **Methodenmix** optimal. Natürlich brauchen Kinder Rückmeldung. Ich bin sehr sicher, dass das an den Schulen in Schleswig-Holstein auch passiert.

Herr Dr. Klug, die Mengenlehre ist nicht vom Landtag verboten worden, sondern es hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, dass das möglicherweise ein Schritt in die falsche Richtung war.

(Zurufe)

Aber Mengenlehre taucht heute immer noch in den Schulen als Teil des Mathematikunterrichts auf.

(Zurufe SPD)

Viele Kolleginnen und Kollegen haben es in den Landtag geschafft, obwohl oder vielleicht weil sie in Mengenlehre unterrichtet worden sind. Letztendlich ist die Mathematik insgesamt kaum denkbar ohne Mengenlehre.

Wir sind bereit, im Ausschuss darüber zu debattieren. Wir können gern auch das IQSH einladen und uns die Veranstaltung vorstellen lassen. Ich wollte deutlich machen, dass das Thema vom IQSH aufgenommen und diskutiert wird. Vielleicht können wir die Aufregung ein wenig herunterschrauben.

Ich habe auch versucht, deutlich zu machen, dass ein blindes **Anrennen gegen Reformpädagogik** der falsche Weg ist. Bei der CDU setzt sich in letzter Zeit der Trend durch, alles, was ideologisch ist, sei schlecht, und ideologisch und sozialdemokratisch sei sowieso gleichzusetzen. Ich habe versucht, Ihnen zu verdeutlichen, was wir der Reformpädagogik zu verdanken haben. Ich hoffe, dass wir auch künftig reformpädagogische Ansätze an unseren Schulen zulassen werden, weil sonst Entwicklung von Schule schlechterdings nicht möglich ist. - Ich danke Ihnen zum zweiten Mal für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich der Bildungsministerin Dr. Wara Wende das Wort.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Zurufe)

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Martin Habersaat!

(Zurufe: Oh, oh!)

Wenn man Goethe als Autorität für gutes Schreiben nimmt, muss man aufpassen. Der hat nämlich hessisch gebabbelt und auch häufig hessisch gereimt. Er würde heute den Rechtschreibregeln nicht Genüge tun können.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die CDU würde da keine Gnade finden!)

Meine Damen und Herren, 14,5 % der erwachsenen Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren sind **funktionale Analphabeten**. Das heißt, sie können lediglich auf Grundschulniveau lesen, schreiben und rechnen. Das ist ein Wert, der besorgniserregend ist.

Im Übrigen möchte ich noch eine Anmerkung an Frau Franzen machen. Sie haben eben gesagt, Sie hätten Schreibproben von überaus intelligenten Kindern bekommen, deren Schreibproben katastrophal seien. Auch das sollten wir lernen: Analphabismus hat überhaupt nichts mit Intelligenz zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wer nicht richtig schreiben und lesen kann, ist allerdings in seiner Teilhabe an dem, was wir gesellschaftliches Miteinander nennen, gehandicapt, hat Schwierigkeiten, eine berufliche Ausbildung zu machen, kann seinen Alltag nur mit Mühe bewältigen und dürfte auch in einer audiovisuellen Informationsgesellschaft wie der unseren nur mit großer Anstrengung in der Lage sein, sich zu informieren. Deshalb ist es richtig, wenn wir genau hinschauen, was an unseren Schulen passiert.

Jedes Jahr werden in Schleswig-Holstein circa 22.000 Grundschülerinnen und Grundschüler eingeschult. In etwa 1.000 ersten Klassen an 400 Grundschulen im Land geht es um eine Frage: Mit welcher **Methode** gelingt der **Erwerb der Lese- und Schreibkompetenz** am besten? Die Methode „Lesen durch Schreiben“ des Schweizer Reformpädagogen Jürgen Reichen ist nur eine Methode von vielen.

Daten zur Verbreitung der Methode an unseren Grundschulen werden nicht erhoben. Allerdings wissen wir, dass „Lesen durch Schreiben“ in vielen

Grundschulen praktiziert wird, aber in der Regel nicht in Reinkultur. Häufig wird mit der Anlauttabelle, die wir bereits zweimal vorgeführt bekommen haben, von Jürgen Reichen gearbeitet. Die **Anlauttabelle** ermöglicht Schreiben von Anfang an. Selbstständig und in ihrem individuellen Tempo schreiben Schülerinnen und Schüler Texte auf der Basis ihres eigenen Wortschatzes. Auch wenn der Schwerpunkt hierbei auf der Verschriftung von Sprache liegt, wird ganz nebenbei über Hypothesenbildung zum richtigen Schreiben Rechtschreibsensibilität entwickelt. Zu Ihrer Information: Mittlerweile haben mehrere Schulbuchverlage die Idee der Anlauttabelle von Reichen aufgegriffen und in ihre Lese- und Schreibbücher aufgenommen.

Schreiben- und Lesenlernen ist ein **individueller Denkentwicklungsprozess**. Nicht jedes Kind ist gleich. Die Methode „Lesen durch Schreiben“ ist nicht für jedes Kind geeignet. Das hat uns auch die Marburger Studie, die von den Gegnern der Methode stets zitiert wird, vor Augen geführt. Allerdings: Der Erkenntniswert einer jeden Studie ist ein relativer. Er hängt nicht allein von der jeweiligen Fragestellung, sondern auch vom Methodendesign, vom theoretischen Rahmen, den Vergleichskohorten, den zeitlichen und lokalen Parametern ab.

Wir haben eben gehört - ich glaube, das war Frau Klahn -, dass ein Text, der hundert Worte umfasst hat, früher mit einer Fehlerquote von acht Fehlern und heute mit einer Fehlerquote von 16 Fehlern geschrieben wurde. Wir haben aber zum Beispiel nicht die Information gehabt: Waren das die gleichen Wörter?

Dennoch nehme ich jede Studie ernst. Wenn es stimmt, dass in Hessen im Jahr 2007 der Anteil rechtschreibschwacher Kinder nach der Anwendung der Methode von Reichen bei 23 % lag, im herkömmlichen Unterricht aber nur bei 5 %, dann müssen wir genauer hinschauen.

(Beifall im ganzen Haus)

Wenn allerdings meine eingangs genannten Zahlen ebenfalls stimmen, dass nämlich 14,5 % der erwachsenen Bevölkerung lediglich auf Grundschulniveau lesen und schreiben können, sind die Ergebnisse der Marburger Studie zumindest mit Vorsicht zu betrachten. Wie erklärt es sich, dass die Marburger Studie den herkömmlichen Lese-, Schreib- und Lernmethoden eine Erfolgsquote von 95 % bescheinigt, wir aber von 14,5 % funktionalen Analphabeten sprechen? Da gibt es zumindest aus meiner Sicht ein Logikproblem.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Ich sage Ihnen heute: Wir werden uns mit den **Leistungsprofilen der unterschiedlichen Methoden** beschäftigen. Dabei setze ich auf Lehrerbildung und Fortbildungsangebote und nicht auf Verbote.

Das IQSH - das hat bereits Herr Habersaat erwähnt - wird am 28. November 2013 in Kronshagen ein Bildungsforum veranstalten, das sich dem Thema Lesen- und Schreibenlernen in der Grundschule widmet. Es wird um Ergebnisse wissenschaftlicher Studien gehen und um daraus resultierende Anregungen für die Schulpraxis. Danach werden wir alle klüger sein, sofern wir bereit sind, sachlichen Analysen ein Ohr zu schenken.

Meine Damen und Herren, die **Methodenvielfalt** an unseren **Schulen** ist ein bewährtes und ein hohes Gut. Ich traue unseren Lehrerinnen und Lehrern zu, damit verantwortungsvoll umzugehen. - Ich danke Ihnen - wie immer - für Ihr großes Interesse am Thema.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich habe die Debatte so verstanden, dass Sie die Anträge allesamt in den Bildungsausschuss überweisen wollen, um dort - wie der Kollege Krumbeck sagte - noch schlauer zu werden. Herr Habersaat, gilt das auch für Ihren Antrag, der im Grunde genommen den Inhalt hat, nämlich im Bildungsausschuss berichten zu lassen? Gerade sagten Sie, über den Antrag könne auch in der Sache abgestimmt werden.

(Martin Habersaat [SPD]: Wir wollen gern in der Sache abstimmen!)

- Sie wollen gern über alle in der Sache abstimmen. Nun ist es aber gleichwohl so, dass die Kollegin Franzen Ausschussüberweisung beantragt hat. Deswegen werde ich als Erstes über die Ausschussüberweisung abstimmen lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Erdmann will auch Ausschussüberweisung! - Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich weise darauf hin, dass ich den Antrag der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN so gelesen habe, dass man das Ministerium bittet, im Ausschuss zu berichten, und dass man die Debatte dort weiterführen will. Insofern meine Frage. Ich habe auch Frau Erdmann so verstanden.

(Martin Habersaat [SPD]: Im Interesse der Großen Koalition! - Heiterkeit - Zuruf: Dann stimme ich dagegen! - Heiterkeit - Zuruf: Abstimmen in der Sache!)

- Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob sämtliche Schlaumacheranträge, nämlich die auf den Drucksachen 18/1128, 18/1149 und 18/1189 (neu) in den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen werden sollen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen von FDP, CDU, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dies einstimmig - -

(Widerspruch - Serpil Midyatli [SPD]: Ich möchte keine Große Koalition!)

- Das ist mehrheitlich bei Enthaltung der Kollegin Midyatli so beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2013 bis 30. Juni 2013**Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 18/1121**

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Uli König, das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute als Vorsitzender des Petitionsausschusses den **Tätigkeitsbericht** dieses Ausschusses für das **zweite Quartal 2013** vorzustellen.

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat im Berichtszeitraum 140 neue Petitionen erhalten. In fünf Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen und den aus den vorigen Quartalen noch anhängigen Verfahren befasst.

Im Berichtszeitraum sind 72 **Petitionen** abschließend behandelt worden. Von den 72 Petitionen, die der Petitionsausschuss abschließend behandelt hat, erledigte er sieben Petitionen im Sinne und zwölf teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten. 48 Petitionen konnte er nicht zum Erfolg verhelfen. Zwei Petitionen sind im Laufe des Verfahrens zurückgezogen worden. Drei Petitionen haben sich anderweitig erledigt.

(Uli König)

Der Ausschuss hat den Ministerpräsidenten im Rahmen einer öffentlichen Petition sowie den Beauftragten für Menschen mit Behinderung in zwei Petitionsverfahren angehört. - Vielen Dank dafür.

In dem Berichtszeitraum war es nicht möglich, die öffentliche Petition zu nutzen, da die Landtagsverwaltung das neu geschaffene System noch nicht freigegeben hat.

Ich bitte den Landtag, von der Tätigkeit des Petitionsausschusses Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. - Ich sehe keine Wortmeldungen zum Bericht. Eine Aussprache ist

nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 18/1121 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, der möge bitte das Handzeichen geben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratungen für den heutigen Tag, wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr hier wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:59 Uhr